



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 23

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE
N. 23

vom 12.6.2014

del 12/6/2014

Präsident
Vizepräsident

Dr. Thomas Widmann
Dr. Roberto Bizzo

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 23

vom 12.6.2014

Inhaltsverzeichnis

Beschlussantrag Nr. 32/14 vom 8.1.2014, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Heiss und Foppa, betreffend Unterschutzstellung der Flüsse: Einführung einer Entschädigung für die Gemeinden nach dem Vorbild der Schweiz. . . Seite 1

Beschlussantrag Nr. 33/14 vom 8.1.2014, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend einen Plan für erschwingliche Mietwohnungen Seite 7

Begehrensantrag Nr. 4/14 vom 9.1.2014, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend Ableistung des Zivildienstes durch junge Menschen mit Migrationshintergrund, die ständig in Italien leben Seite 15

Beschlussantrag Nr. 97/14 vom 31.3.2014, eingebracht von der Abgeordneten Hochgruber Kuenzer, betreffend Berufsbild des Wanderleiters/der Wanderleiterin Seite 21

Landesgesetzentwurf Nr. 10/14: "Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung Seite 27

Tagesordnung Nr. 1 vom 10.6.2014, eingebracht vom Abgeordneten Köllensperger, betreffend die Patientenmobilität: Gleichstellung der Südtiroler Ärzte Seite 38

Tagesordnung Nr. 2 vom 10.6.2014, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Klotz und Zimmerhofer, betreffend eine grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung. Seite 42

Tagesordnung Nr. 3 vom 12.6.2014, eingebracht

RESOCONTO INTEGRALE DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO PROVINCIALE

N. 23

del 12/6/2014

Indice

Mozione n. 32/14 del 8/1/2014, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Heiss e Foppa, riguardante fiumi sotto tutela: prevedere una compensazione per i comuni, come in Svizzera pag. 1

Mozione n. 33/14 del 8/1/2014, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante un piano per alloggi in affitto a prezzi accessibili pag. 7

Voto n. 4/14 del 9/1/2014, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante partecipazione dei giovani migranti stabilmente residenti al servizio civile nazionale pag. 15

Mozione n. 97/14 del 31/3/2014, presentata dalla consigliera Hochgruber Kuenzer, riguardante la figura professionale dell'accompagnatore/dell'accompagnatrice di media montagna pag. 21

Disegno di legge provinciale n. 10/14: "Assistenza sanitaria transfrontaliera" pag. 27

Ordine del giorno n. 1 del 10.6.2014, presentato dal consigliere Köllensperger, riguardante la mobilità dei pazienti: equiparazione dei medici altoatesini pag. 38

Ordine del giorno n. 2 del 10.6.2014, presentato dai consiglieri Knoll, Klotz e Zimmerhofer, riguardante un'assistenza sanitaria transfrontaliera pag. 42

Ordine del giorno n. 3 del 12.6.2014, presentato dal consigliere Pöder, riguardante: Contro una medicina

vom Abgeordneten Pöder, betreffend: Gegen die
Zweiklassenmedizin – Abschaffung beziehungsweise
Einschränkung der privatärztlichen Tätigkeit an
öffentlichen Krankenhäusern Seite 48

a due classi – abolizione ovvero limitazione
dell'attività intramoenia dei medici negli ospedali. . . .
. pag. 48

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann

Ore 10.04 Uhr

Namensaufruf - appello nominale

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Bevor wir zur Behandlung der Tagesordnung kommen, möchte ich dem Kollegen Leitner herzlich zu seinem runden Geburtstag gratulieren. Ich wünsche ihm viel Glück und Kraft für die nächsten Jahre. Er hat die ersten 60 Jahre seines Lebens auf alle Fälle sehr gut und jugendlich überstanden.

Wir fahren mit der Behandlung der Tagesordnung fort.

Punkt 32 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 32/14 vom 8.1.2014, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Heiss und Foppa, betreffend Unterschutzstellung der Flüsse: Einführung einer Entschädigung für die Gemeinden nach dem Vorbild der Schweiz".**

Punto 32) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 32/14 del 8/1/2014, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Heiss e Foppa, riguardante fiumi sotto tutela: prevedere una compensazione per i comuni, come in Svizzera".**

In Südtirol wurden über 900 wasserrechtliche Bewilligungen erteilt, auf deren Grundlage 565.000 Liter Wasser pro Sekunde zur Stromerzeugung genutzt werden. Die durchschnittliche Wasserführung der Etsch bei Salurn beträgt hingegen nur 142.000 Liter pro Sekunde. Jeder Liter Wasser treibt also 4 Turbinen ebenso vieler E-Werke an. Lediglich 7 % unserer Flüsse und Bäche werden noch nicht genutzt. Verschiedene Berichte über den Zustand unserer Gewässer belegen, dass hauptsächlich die Wasserableitung zur Stromerzeugung für die schlechte Qualität der Flüsse verantwortlich ist. In einigen Abschnitten ist der Gewässerzustand so schlecht, dass er ab 2015 auf der Grundlage der Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union (EU 60/2000), die ab diesem Datum eine "gute" Qualität der Wasserkörper vorschreibt, nicht mehr annehmbar sein wird.

Trotz dieser umfassenden Nutzung nehmen die Anträge auf neue Stromkonzessionen zu: Die Gewinne im Energiesektor reizen viele private und öffentliche Rechtssubjekte. Insbesondere die um die Zukunft ihrer Investitionen bangenden Gemeinden sind versucht, auf Kosten ihrer Wasserläufe Geld zu verdienen.

Diesem Wettlauf ist Einhalt zu gebieten. Die Umwelt ist nicht nur für die Menschen, sondern auch für eine Wirtschaft grundlegend, die sich vorwiegend auf den Tourismus stützt.

Man muss eine Lösung finden, die die Umwelt schützt und den Finanzierungsbedürfnissen der Gemeinden entgegenkommt. Die Schweiz sichert jenen Gemeinden und Kantonen, die sich dazu entschließen, ihre Gewässer 40 Jahre lang unter Schutz zu stellen und auf die Einkünfte aus der Stromproduktion zu verzichten, eine Entschädigung zu. Die Gelder stammen aus einem Fonds, der mit den Steuern aus der Stromproduktion finanziert wird.

Das entsprechende Schweizer Gesetz ist das Gesetz Nr. 721.80 vom 22. Dezember 1916 in geltender Fassung: "Bundesgesetz über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte" (Wasserrechtsgesetz, WRG). Insbesondere Artikel 22 Absatz 3 und 5 legt Folgendes fest: "Der Bund richtet den betroffenen Gemeinwesen Ausgleichsbeiträge zur Abgeltung erheblicher Einbußen der Wasserkraftnutzung aus, sofern diese Einbußen eine Folge der Erhaltung und Unterschutzstellung schützenswerter Landschaften von nationaler Bedeutung sind."

Die Durchführungsverordnung zum Gesetz ist die Verordnung über die Abgeltung von Einbußen bei der Wasserkraftnutzung (VAEW) Nr. 721.821 vom 25. Oktober 1995, samt den Änderungen vom 19. Juni 2000 und vom 7. November 2007.

Anspruch auf Ausgleichszahlungen hat laut Verordnung das Gemeinwesen, das Einbußen an Wasserzinsen erleidet.

Das anspruchsberechtigte Gemeinwesen sorgt dafür, dass die betroffenen Wasserkörper mindestens 40 Jahre lang unter Schutz gestellt werden. Für diesen Zeitraum hat es Anrecht auf eine Entschädigung, die mindestens der Hälfte der Summe entspricht, und auf eine zusätzliche Pauschale von 25 %, die das Gemeinwesen durch die Errichtung des E-Werks eingenommen hätte.

Durch die Unterschutzstellung schließen das Gemeinwesen und der Bund einen Vertrag des öffentlichen Rechts von einer Laufzeit von 40 Jahren, wonach der Bund dem Gemeinwesen einmal im Jahr eine Entschädigung auszahlt, die durch die Einnahmen der Wasserzinse gedeckt wird.

Soweit uns bekannt ist, kommt diese Bestimmung in über 30 Gemeinden des Wallis, einem Dutzend Gemeinden in Graubünden und verschiedenen weiteren Gemeinden der Eidgenossenschaft zur Anwendung.

Ersetzt man das Wort "Gemeinwesen" durch "Gemeinde" und das Wort "Bund" durch "Land Südtirol" (das die Wasserzinse einnimmt), könnte diese Bestimmung auch in Südtirol zur Anwendung kommen und für die anderen Regionen im Alpenraum als Beispiel fungieren.

Aus diesen Gründen

verpflichtet
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung:

umgehend die etwaige Verabschiedung einer ähnlichen Bestimmung wie jener des Schweizer Bundesgesetzes über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte (Wasserrechtsgesetz, WRG) und der entsprechenden Verordnung über die Abgeltung von Einbußen bei der Wasserkraftnutzung (VAEW, Nr. 721.821 vom 25. Oktober 1995) in Südtirol zu prüfen, samt Entschädigung für jene Gemeinden, die auf die Einkünfte aus der Stromproduktion verzichten und die Wasserläufe im jeweiligen Gebiet unter Schutz stellen.

Sollte diese Prüfung positiv ausfallen, ist ein entsprechender Gesetzentwurf im Landtag einzubringen.

Sul territorio della provincia di Bolzano sono attive oltre 900 concessioni di derivazione d'acqua a scopo idroelettrico, che utilizzano 565.000 litri al secondo, mentre la portata media dell'Adige a Salorno è di soli 142.000 litri al secondo. Ogni litro d'acqua alimenta dunque 4 turbine di altrettante centrali idroelettriche. Solo il 7% dei nostri fiumi e torrenti non è ancora sfruttato. Diversi rapporti sullo stato delle nostre acque hanno dimostrato che la derivazione a scopo idroelettrico è il fattore determinante della cattiva qualità dei fiumi. In alcuni tratti essi versano in uno stato che a partire dal 2015 non sarà più accettabile in base alla "Direttiva quadro sulle acque" dell'Unione Europea (UE 60/2000) che impone da quella data una qualità "buona" dei corpi idrici.

Nonostante questo esteso sfruttamento, si moltiplicano le domande di nuove concessioni idroelettriche: i guadagni dell'energia fanno gola a molti soggetti privati e pubblici. I Comuni in particolare, preoccupati per il futuro dei loro finanziamenti, sono tentati di "fare cassa" a scapito dei corsi d'acqua.

A questa corsa occorre mettere un limite. L'ambiente è fondamentale non solo per le persone, ma anche per un'economia che ha nel turismo uno dei suoi capisaldi.

Occorre trovare una soluzione che tuteli l'ambiente e vada incontro alle esigenze di finanziamento dei comuni. La Svizzera garantisce da tempo una compensazione per quei comuni e cantoni che decidono di mettere per 40 anni sotto tutela le proprie acque, rinunciando così agli introiti della produzione idroelettrica. Il finanziamento viene preso da un fondo alimentato dalle imposte derivanti dalla produzione idroelettrica.

La legge svizzera di riferimento è la n. 721.80 del 22 dicembre 1916 e successive modifiche: "Legge federale sull'utilizzazione delle forze idriche" (LUF). In particolare, i commi 3 e 5 dell'articolo 22 prevedono che "La Confederazione versa agli enti pubblici interessati contributi destinati a compensare rilevanti perdite di introiti da utilizzazione delle forze idriche in quanto dovute alla salvaguardia e messa sotto protezione di paesaggi degni di protezione".

La norma di attuazione della legge è l'"Ordinanza sull'indennizzo delle perdite subite nell'utilizzazione delle forze idriche" (OIFI) n. 721.821 del 25 ottobre 1995, con le modifiche apportate il 19 giugno 2000 e il 7 novembre 2007.

L'ordinanza afferma che ad aver diritto alla compensazione è "la comunità che subisce perdite sotto forma di canoni annui per i diritti d'acqua".

La comunità deve decidere di mettere sotto protezione i corpi idrici interessati per almeno 40 anni e per lo stesso periodo ha diritto all'indennizzo, che equivale almeno alla metà della somma, aumentata del 25%, che la comunità avrebbe incassato se avesse realizzato la centrale elettrica.

Con la messa sotto tutela, la comunità e la Confederazione stipulano tra loro un contratto di diritto pubblico di durata di 40 anni, secondo cui una volta all'anno la Confederazione versa l'indennizzo alla comunità, prelevando la somma necessaria dagli introiti dei canoni di sfruttamento dell'acqua.

Questa norma è stata già utilizzata, per quanto ci risulta, da oltre 30 comuni del cantone Vallese, una decina dei Grigioni e altri sparsi nella Confederazione.

Se sostituiamo la parola "comunità" con "Comune" e la parola "Confederazione" con "Provincia autonoma di Bolzano" (che incassa i canoni idrici), la norma ci appare applicabile anche nel nostro territorio e potrebbe far scuola anche nelle altre regioni dell'arco alpino.

Tutto ciò considerato,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna

la Giunta provinciale:

a verificare al più presto la possibilità di adottare nella nostra legislazione una norma simile a quella prevista in Svizzera dalla "Legge federale sull'utilizzazione delle forze idriche" (LUF) e dalla relativa "Ordinanza sull'indennizzo delle perdite subite nell'utilizzazione delle forze idriche" (OIFI, n. 721.821 del 25 ottobre 1995), prevedendo una compensazione per quei comuni che rinunciano agli introiti da energia idroelettrica e mettono sotto tutela i corsi d'acqua interessati sul proprio territorio.

Ove la suddetta verifica avesse risultati positivi, a portare in Consiglio una proposta di legge in merito.

Herr Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Questa mozione è stata presentata in collegamento con quella che abbiamo discusso ieri. Quindi salto una parte delle premesse che sostanzialmente ripercorre l'argomentazione presentata ieri, che illustra il grado molto alto di sfruttamento dei nostri fiumi e torrenti. Solo il sette per cento dei nostri fiumi e torrenti scorre in condizioni naturali - non è intubato -, e abbiamo quasi 1.000 concessioni idroelettriche. In più l'assessore ieri ci ha detto che ci sono già 400 domande giacenti di concessioni piccole, medie e grandi, alle quali bisogna rispondere. E' chiaro che c'è una corsa, anche da parte dell'ente pubblico, perché è ovvio che i comuni per esempio in una situazione di così grande difficoltà finanziaria sono tentati di ricorrere allo sfruttamento del proprio territorio, chi magari facendo costruire grandi opere nel centro cittadino incassando gli oneri di urbanizzazione ecc., chi invece utilizzando le proprie risorse naturali del proprio fiume e torrente.

Questa esigenza di finanziamento va anche presa in considerazione, perché è vero per esempio che nel panorama dello sfruttamento delle acque a scopo idroelettrico in provincia di Bolzano, come in tutte le altre province e regioni delle Alpi, è sempre più forte la differenza di risorse che sono a disposizione dei comuni che hanno più disponibilità di acque da sfruttare rispetto a quei comuni che non hanno disponibilità di acque da sfruttare. I secondi che non possono progettare di costruire centrali idroelettriche sono certamente svantaggiati e si sentono svantaggiati. Chi ha un fiume davanti, cerca di sfruttarlo il più possibile in questa corsa che ormai conosciamo, per cui si dice che se il comune vicino ha la centrale, perché non la dobbiamo avere anche noi? Siccome Bolzano e Merano hanno l'Azienda elettrica, perché non dobbiamo avere anche noi la nostra piccola o grande centrale idroelettrica?

Come fare quindi, perché questa corsa allo sfruttamento delle risorse naturali, che per quanto riguarda le acque in provincia di Bolzano, ha ormai raggiunto nella quasi totalità dei casi il limite che ormai non è più possibile superare, a dare un'altra risposta alle esigenze che stanno dietro questa corsa, cioè il fatto che ci sono comuni che se rinunciano allo sfruttamento del proprio fiume, del proprio torrente si sentono svantaggiati e perdono una

risorsa, un'entrata economica e poi fanno i conti con i cittadini, a cui possono venire a mancare certi servizi per mancanza di finanziamento.

Già nella scorsa legislatura abbiamo fatto questa proposta e la riproponiamo in questa legislatura, sperando che la nuova Giunta provinciale, che ha inaugurato almeno nello stile e nelle enunciazioni un diverso indirizzo di politica energetica e di politica idroelettrica rispetto al passato, abbia orecchi più attenti a questa nostra proposta per risolvere il problema di dare un'alternativa allo sfruttamento dei fiumi e dei torrenti ai comuni che sarebbero tentati di chiedere la messa sotto tutela, anche ai fini di sfruttamento turistico, le proprie acque da un lato, dall'altro lato però c'è la tentazione dello sfruttamento idroelettrico. La soluzione che ci pare più intelligente è quella che ha adottato la Svizzera. *"La Svizzera garantisce da parecchio tempo una compensazione per quei comuni e cantoni che decidono di mettere per 40 anni sotto tutela le proprie acque, rinunciando così agli introiti della produzione idroelettrica."* E' un finanziamento compensativo, per così dire, che viene preso da un fondo alimentato dalle imposte derivanti dalla produzione idroelettrica. Una parte delle risorse derivanti da produzione idroelettrica viene accumulata in un fondo che finanzia misure compensative ed eroga finanziamenti compensativi a quei comuni che decidono di mettere sotto tutela la propria acqua. Quindi premia anche finanziariamente quei comuni che decidono di tutelare il territorio.

"La legge svizzera di riferimento è la n. 721.80 del 22 dicembre 1916 e successive modifiche: "Legge federale sull'utilizzazione delle forze idriche" (LUF). In particolare, i commi 3 e 5 dell'articolo 22 prevedono che "La Confederazione versa agli enti pubblici interessati contributi destinati a compensare rilevanti perdite di introiti da utilizzazione delle forze idriche in quanto dovute alla salvaguardia e messa sotto protezione di paesaggi degni di protezione".

La norma di attuazione della legge è l'"Ordinanza sull'indennizzo delle perdite subite nell'utilizzazione delle forze idriche" (OIFI) n. 721.821 del 25 ottobre 1995, con le modifiche apportate il 19 giugno 2000 e il 7 novembre 2007."

Queste modifiche in realtà hanno rimpolpato una legge che fino a 20 anni fa era poco utilizzata e che invece ultimamente ha avuto un grosso sviluppo proprio perché anche in Svizzera ci si rende conto che siamo arrivati alla saturazione. L'esempio del referendum che a Schaffhausen ha spinto il 60 % della popolazione a dire no allo sfruttamento idroelettrico delle Cascate sul Reno ne è un esempio, e la popolazione si è espressa in questi termini sapendo che l'eventuale no alla grande centrale idroelettrica la proposta sarebbe stato non solo un no, ma anche un sì a queste compensazioni di tipo finanziario per i comuni interessati. In questo modo nessuno ha potuto usare l'argomento di mettere la natura contro i servizi sociali del comune dicendo: o rinunciamo ai servizi sociali o rinunciamo al territorio. Chi mette sotto tutela il territorio in Svizzera riceve dei finanziamenti compensativi che vengono presi dal fondo delle tasse idroelettriche, quindi da un fondo che deriva da contribuzioni che derivano dagli altri comuni che hanno le centrali. Quindi è un sistema di perequazione e di riequilibrio tra comuni forti e comuni deboli.

"L'ordinanza afferma che ad aver diritto alla compensazione è "la comunità che subisce perdite sotto forma di canoni annui per i diritti d'acqua". La comunità deve decidere di mettere sotto protezione i corpi idrici interessati per almeno 40 anni e per lo stesso periodo ha diritto all'indennizzo, che equivale almeno alla metà della somma, aumentata del 25%, che la comunità avrebbe incassato se avesse realizzato la centrale elettrica."

Non è che si dà al comune o al cantone un introito pari a quello che avrebbe dovuto se avesse realizzato la centrale, perché si pensa che la messa sotto tutela per esempio aumenta le entrate dal turismo, e quindi lì ci sono ulteriori entrate.

Con la messa sotto tutela, la comunità e la Confederazione stipulano tra loro un contratto di diritto pubblico di durata di 40 anni, secondo cui una volta all'anno la Confederazione versa l'indennizzo alla comunità, prelevando la somma necessaria dagli introiti dei canoni di sfruttamento dell'acqua.

Questa norma è stata già utilizzata, per quanto ci risulta, da oltre 30 comuni del cantone Vallese, una decina dei Grigioni e altri sparsi nella Confederazione.

Se sostituiamo la parola "comunità" con "Comune" e la parola "Confederazione" con "Provincia autonoma di Bolzano" (che incassa i canoni idrici), la norma ci appare applicabile anche nel nostro territorio e potrebbe far scuola anche nelle altre regioni dell'arco alpino.

Tutto ciò considerato, il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano impegna la Giunta provinciale:

a verificare al più presto la possibilità di adottare nella nostra legislazione una norma simile a quella prevista in Svizzera dalla "Legge federale sull'utilizzazione delle forze idriche" (LUF) e dalla relativa "Ordinanza sull'indennizzo delle perdite subite nell'utilizzazione delle forze idriche" (OIFI, n. 721.821 del 25 ottobre 1995), preve-

deno una compensazione per quei comuni che rinunciano agli introiti da energia idroelettrica e mettono sotto tutela i corsi d'acqua interessati sul proprio territorio."

Che rinunciano oppure che sono costretti a rinunciare, perché ieri l'assessore Theiner ha detto che si sta elaborando un nuovo piano di utilizzazione delle acque in cui alcuni tratti di fiumi e torrenti vengono messi sotto tutela dalla Provincia stessa, quindi la Provincia sottrae a quei comuni una possibile fonte di introiti. Mi sembra giusto che anche in questo caso i comuni che sono interessati possano accedere a delle compensazioni finanziarie che premiano la tutela del territorio.

Il secondo punto della parte impegnativa dice: *"Ove la suddetta verifica avesse risultati positivi, si impegna la Giunta provinciale a portare in Consiglio una proposta di legge in merito."*

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Der Vorschlag klingt sehr, sehr gut, weil gerade für den Schutz der Umwelt etwas Konkretes als Ausgleich an die Gemeinden vorgesehen wird. Das macht die Schweiz, aber die Frage ist, inwieweit wir solche Regeln, die in der Schweiz gerade im Zusammenhang mit dem föderalistischen Selbstbewusstsein der Schweiz und anderem größere Möglichkeit haben, übernehmen können. Im beschließenden Teil steht, dass man prüfen möge, ob eine ähnliche Bestimmung in Südtirol möglich ist. Diesbezüglich wäre nichts einzuwenden, wenn man sich dies vom Juridischen her genauer anschaut. Kollege Zimmerhofer, der sich in der Wassernutzung sehr gut auskennt, sagt, dass wir EU-Bestimmungen und gesamtstaatliche Bestimmungen hätten, die einzuhalten sind.

ABGEORDNETER: *(unterbricht)*

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Sie haben mich gestern dabei einmal angeschaut und ich habe das mit sehr großem Wohlwollen bemerkt, also diese Botschaft bleibt.

Sollte diese Prüfung positiv ausfallen, ist ein entsprechender Gesetzentwurf vom Landtag einzubringen. Ob das so einfach möglich ist, weiß ich nicht. Ich bin auf die Ausführungen der Landesregierung gespannt. Der Vorschlag klingt auf jeden Fall sehr interessant und ist, meines Erachtens, einer Prüfung wert. Ob dann die Verschmutzung wirklich von der Nutzung herrührt, kann ich nicht beurteilen, weil ich nicht die entsprechenden Kenntnisse habe. Das werden die Techniker, die Fachleute überprüfen. Der Landesrat wird uns dies vielleicht auch sagen können, das hoffe ich, aber der Ansatz ist sehr, sehr interessant.

Dass das Ganze in der Schweiz bereits auf 1916 zurückgeht, zeigt uns, wie weit vorne die Schweizer in dieser Gesamtschau sind, was die Harmonie zwischen Umwelt und Mensch, aber auch was den Schutz der Heimat und die direkte Demokratie angeht. Das kann uns in jedem Fall als Beispiel dienen.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich möchte weniger technisch, sondern ein wenig emotional in diesem Zusammenhang argumentieren. Wenn man in diesen Tagen in das Schalderer Tal hineingeht – das kennen Sie zum Teil, denn es ist ein Tal, das bei Vahrn abzweigt und die zweite Heimat unseres heutigen Jubilars Pius Leitner ist - ... Wie bitte?

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): *(unterbricht)*

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Geburtstagskind, okay, er jubiliert über sein Lebensalter, deswegen Jubilar.

Wenn man in diesen Tagen in das Schalderer Tal hineingeht, so geht man entlang des Schalderer Baches und erlebt ein Naturschauspiel, das seinesgleichen sucht. Ein Naturschauspiel, das einen lebendigen, von frischem Wasser gespeisten Bach zeigt, der über Felsblöcke hinwegspringt, der in seiner Wasserqualität, in seiner limnologischen Qualität, in der Qualität des Umfeldes einfach ein Schauspiel ist, wie man es eigentlich sonst kaum noch findet. Es ist ein Bach, der kaum genutzt ist. Es gibt nur eine kleine Ableitung weiter oben und er ist mühsam unter Schutz gestellt worden. Er repräsentiert unsere Bach- und Flussläufe, wie sie zum großen Teil noch vor wenigen Jahrzehnten bestanden haben. Es ist ein Schauspiel, das Natur pur zeigt, das auch touristisch als Landschaftserlebnis einmalig ist. Es gibt wenige solche Bäche, die eine ähnliche Qualität aufweisen. Wenn man noch ins Burgumtal in Pfötsch, in die Heimat von Maximilian Rainer, hineingeht, so ist der Burgumberbach trotz Ableitung noch damit vergleichbar und, natürlich, im Vinschgau der Rambach, der jetzt wahrscheinlich genutzt wird und dessen Wasserqualität, dessen Lebensqualität eine außerordentliche Größe darstellt, einen Ausdruck auch der landschaftlichen und naturräumlichen Qualitäten unseres Landes. Das sind allerdings Reste, muss man sagen,

einer früheren Landschaftsqualität, die nur mehr in Bruchstücken erhalten ist, denn wie Kollege Dello Sbarba ausgeführt hat, sind inzwischen über 900 Wasserläufe genutzt. Es gibt einige wenige Wasserläufe, die unter Schutz gestellt sind, wie die Etsch, die bereits weitestgehend kanalisiert ist, oder Teile des Eisacks, aber im Großen und Ganzen gibt es diesen Schutz eigentlich kaum mehr.

Dieser Beschlussantrag stellt in Aussicht, dass sozusagen ein Teil der Rücklagen, die aus Wasserzinsen oder aus anderen Einhebungen einfließen, in einem Fonds den Gemeinden, die auf die Ausnutzung der Wasserkraft verzichten, zur Verfügung gestellt werden könnte. Das scheint ein guter, gangbarer und notwendiger Schritt zu sein, wenn man noch diese Restbestände an Wasserqualität im Sinne der europäischen Wasserrahmenrichtlinie und im Sinne einer ursprünglichen Qualität unseres Landes erhalten will. Mir erscheint das ein praktikabler Vorschlag in einer Situation der bereits weitgehenden Erschlossenheit, der aus der Schweiz kommt, die in Sachen Wasserkraft allerdings, Kollegin Klotz, nicht sonderlich vorbildlich ist, weil dort die Ausnutzung der Wasserressourcen noch ungleich weiter fortgeschritten, noch ungleich intensiver und ungleich massiver ist. Das sind Kompensationsmaßnahmen für eine weitgehende Verrohrung des löblichen Schweizer Wassergutes.

Dasselbe gilt auch für das Bundesland Tirol, dem Sie, Kollegin Klotz, vielleicht zustreben. Auch dort ist die Wassernutzung ungleich stärker als hier im Lande. Trotzdem sind wir auf einem Weg, der in den letzten Jahren sehr, sehr intensiv war und der durch die Bearbeitung der 300 oder 400 aufliegenden Gesuche, die zu einem Teil sicher abgelehnt werden, trotzdem erhebliche weitere Belastungen bringen wird. Deswegen wäre diese Möglichkeit wichtig. Sie würde bestimmte Gemeinden ermutigen zu sagen: Wir machen diesen Schritt im Sinne unserer Bürger, wir schädigen sie nicht dadurch, dass wir ihnen wertvolle Eingänge und Ressourcen entziehen, und wir haben einen Fonds, auf den wir zurückgreifen können. Das wäre im Sinne der Natur, aber auch des Tourismus in unserem Lande, denn ich glaube, dass zunehmend mehr Gäste kommen werden, die erstaunt sehen, dass irgendwo noch ein Bach so fließt wie er irgendwann einmal geflossen ist. In dem Sinne ersuchen wir diesen Beschlussantrag zu berücksichtigen.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Der Beschlussantrag der Fraktion der Grünen nimmt Bezug auf das Schweizer Wasserrechtgesetz und auf dessen Durchführungsverordnung. Dort wird vorgesehen, dass Naturschönheiten zu schonen sind und dort, wo das Allgemeininteresse an ihnen überwiegt, ungeschmälert erhalten werden sollen, aber es ist auch auszuführen - Kollege Heiss hat es vorweggenommen -, dass die Schweizer wesentlich intensiver sind, was die Nutzung der Wasserkraft anbelangt. Südtirol hat aus naturschützerischer Sicht nicht allzu viel zu lernen, im Gegenteil. Ich glaube, es ist umgekehrt, das heißt, dass die Schweizer wenschon von uns etwas lernen können. Ich habe gestern bereits ausgeführt, dass dies mit den Rhein-Wasserfällen bei uns gar nicht möglich wäre, weil sie von vornherein schon unter Schutz gestellt sind.

Weiters ist vorgesehen, dass die betroffenen Gemeinwesen Ausgleichsbeiträge erhalten, wenn die finanziellen Einbußen durch die Nichterrichtung von Wasserkraftwerken eine Folge der Erhaltung und Unterschutzstellung schützenswerter Landschaften von nationaler Bedeutung sind. Im Schweizer Wasserrechtgesetz stehen ausdrücklich die Worte "von nationaler Bedeutung". Das machen Sie nach? Die Beträge der Ausgleichszahlung werden an der möglichen Bruttoleistung, also an der Nennleistung des entsprechenden Projektes bemessen und nicht am Wert der zu schonenden Landschaft. Finanziert werden die Ausgleichszahlungen über die Uferzinse bestehender Anlagen. Es handelt sich im Wesentlichen um eine Kompensationszahlung, die dann anzuwenden ist, wenn auf eine lukrative Nutzung verzichtet wird, um ein öffentliches Gut im Interesse von Naturschutz oder Landschaftsschutz zu schützen.

Im Beschlussantrag der Fraktion der Grünen wird von der Unterschutzstellung von Flüssen gesprochen. Die Schweizer Rechtssprechung aber spricht mit gutem Grund immer von Landschaften und nicht allein von Flussläufen. Das ist auch sinnvoll, denn ein eventueller Schutz sollte immer vom Gewässerökosystem bzw. einer Flusslandschaft ausgehen, ob schützenswert oder nicht schützenswert. Es ist aber kaum nachvollziehbar, ein Gewässer unter Schutz zu stellen, nur um die Energiegewinnung zu verhindern.

Insgesamt ist der Ansatz, den Kollege Dello Sbarba ausgeführt hat, nichts Neues. Er ist auch in der letzten Legislaturperiode unterbreitet worden und ist durchaus interessant, aber mit unserem System nicht 1:1 übertragbar. Auch bei uns gibt es ähnliche Kompensationszahlungen, aber nicht in diesem Ausmaß. Es besteht bereits ein bestimmter Ausgleich durch die Auszahlung von Uferzinsen. Ein Teil der Uferzinsen wird allen Gemeinden des Einzugsgebiets der Etsch ausbezahlt. Standortgemeinden großer Wasserkraftwerke bekommen mehr, insbesondere auch durch die Auszahlung der Umweltgelder. Beim Aufteilungsschlüssel der Uferzinsen könnte – das ist sicherlich auch ein Anlass, darüber weiter nachzudenken – ein Korrektiv eingeführt werden. Dabei könnte etwas mehr für jene Gemeinden vorgesehen werden, die selbst keine Anlagen errichten können, weil sie zum Beispiel

unter Schutz gestellt werden, aber nicht, dass wir das Schweizer Modell, wie hier vorgesehen, übertragen. Das würde unser ganzes System aus den Angeln heben. Wennschon müsste man darüber nachdenken – dazu bin ich gerne bereit – dahingehend, wie wir eventuell – seit Jahren gibt es auch vom Rat der Gemeinden Vorschläge – Korrekturen anbringen könnten. Diesen Vorschlag können wir durchaus auch konstruktiv aufnehmen, indem wir sagen, dass man solche Überlegungen mit einfließen lässt. Wie könnte man jene Gemeinden, die entsprechende Unterschutzstellungen haben, entsprechend beteiligen? Es ist durchaus sinnvoll, darüber nachzudenken, aber nicht, dass wir hergehen und, wie hier vorgeschlagen, das Schweizer Modell anwenden. Das ist mit unserem Rechtssystem auch nicht machbar.

Wir können diesen Beschlussantrag nicht annehmen, sehr wohl aber die Grundidee, die hier aufgezeigt wird, dass man sich überlegt, wie wir gemeinsam dafür sorgen können, dass Gemeinden, die sich dafür einsetzen, dass bestimmte Abschnitte unter Schutz gestellt werden, auch entsprechende Ausgleichszahlungen erhalten.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Mi dispiacerebbe che dopo la replica dell'assessore Theiner l'intera mozione venisse bocciata, perché penso che neanche Lei sarebbe d'accordo a dire no totalmente alla mozione. Mi pare che abbia detto che l'idea di dare peso alla tutela del paesaggio sia buona come anche quella di prevedere una forma di compensazione per chi sceglie la tutela del paesaggio. Però il problema è l'adattamento, cioè di costruirlo dentro nel nostro sistema giuridico e di non copiare pari pari il sistema giuridico della Svizzera. Visto che c'è anche il famoso tavolo di discussione ecc., chiedo all'assessore se fosse disponibile ad approvare la mozione riformulando la parte impegnativa dicendo quello che abbiamo detto sia io che Lei, cioè dare importanza anche alla tutela del paesaggio, c'è l'esempio della Svizzera che non può essere preso 1:1, ma che comunque l'idea della compensazione sia un'idea da perseguire.

THEINER (SVP): *(unterbricht)*

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Va bene. Signor Presidente, c'è la proposta di riformulazione della parte impegnativa, chiedo quindi di sospendere la trattazione della mozione.

PRÄSIDENT: Wir können die Behandlung des Beschlussantrages aussetzen.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Quanto tempo c'è ancora a disposizione per la minoranza?

PRÄSIDENT: Bis 11.40 Uhr und danach fängt die Mehrheitszeit an.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Allora propongo di continuare la prossima volta.

PRÄSIDENT: In Ordnung. Die Behandlung des Beschlussantrages wird also ausgesetzt.

Ich möchte recht herzlich die Schüler und Schülerinnen und den Prof. Überbacher der Klasse 3G der Mittelschule Oswald von Wolkenstein aus Brixen im Landtag begrüßen. Willkommen im Landtag!

Punkt 25 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 33/14 vom 8.1.2014, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend einen Plan für erschwingliche Mietwohnungen".**

Punto 25) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 33/14 del 8/1/2014, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante un piano per alloggi in affitto a prezzi accessibili".**

Die Ausgaben für das Eigenheim sind für viele Menschen in Südtirol einer der zentralen Armutsfaktoren. Die derzeitige schwere Wirtschaftskrise und der schwindende Realwert der Einkommen verschlimmern die Lage zahlreicher Familien.

Südtirol verfolgt seit Jahren eine Politik, die sich hauptsächlich auf den Kauf des Eigenheims konzentriert. Der Besitz eines Hauses wird, besonders im fortgeschrittenen Alter, als eine Art Lebensversicherung betrachtet, auch weil die Renten nach mehreren Reformen des Sozialversicherungswesens schrittweise reduziert wurden.

Aber nicht alle Menschen können oder wollen ein Eigenheim kaufen, oder zumindest nicht sofort. Es gibt nämlich einerseits Familien, die sich kein Darlehen leisten können, das mit einer langfristigen Verschuldung einhergeht, da man besonders in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise nicht weiß, ob man dieses je wird zurückzahlen können.

Andererseits bedingen die größere gesellschaftliche Mobilität und der spätere Zeitpunkt, an dem junge Menschen eine sichere und unbefristete Arbeitsstelle antreten, dass die Zukunftsplanung für viele in einer ersten, aber leider immer länger werdenden Phase flexibel bleibt, was eine Entscheidung für ein Eigenheim erschwert. Die Kaufentscheidung wird hinausgezögert und man zieht es vor, in Miete zu wohnen.

Die Verfügbarkeit einer beachtlichen Anzahl an Mietwohnungen gilt als Modernitätsindikator von fortgeschrittenen Gesellschaften, da dadurch dem Unterkunftsproblem Abhilfe geschaffen und den wachsenden Anforderungen nach Mobilität und Flexibilität, die entwickelte Gesellschaften auszeichnen, entsprochen wird.

Aus den offiziellen Statistiken wie Eurohousing und Eurostat geht hervor, dass der Anteil der Mietwohnungen am Wohnungsmarkt in Deutschland insgesamt 57 %, in Holland 47 %, in Dänemark 45 %, in Frankreich und in Österreich 41 % beträgt.

Im unteren Bereich der Statistik findet man Länder mit einem weniger stark ausgeprägten Mietmarkt: Spanien mit nur 11 %, Irland 16 %, Italien 20 %, Griechenland 22 % und Portugal 28 %.

Der europäische Vergleich zeigt bzw. dementiert die gängige Meinung, dass eine Mietwohnung gleichbedeutend mit finanzieller Instabilität sei. Ganz im Gegenteil: Je moderner ein Land und je stärker und gut entwickelt seine Wirtschaft ist, desto größer ist das Mietangebot. Und umgekehrt.

In Südtirol hat das Mietangebot schrittweise abgenommen. Noch im Jahre 1961 waren 50,4 % der Unterkünfte in Südtirol Mietobjekte. 2001 waren es nur mehr 22 %, ein Großteil davon Sozialwohnungen. Im Laufe der Zeit hat sich der Mietmarkt in Südtirol immer mehr dem von Ländern wie Italien, Irland, Spanien, Portugal und Griechenland angeglichen und sich von dem von Ländern wie Deutschland, Frankreich, Holland, Dänemark und Österreich entfernt. Südtirol sollte sich aber an Letzteren messen, da ihre strukturelle Daten mit unseren vergleichbar sind.

Die Tatsache, dass es auf dem Südtiroler Mietmarkt immer weniger Mietwohnungen gibt, ist mit ein Grund für die immer teurer werdenden Mieten, insbesondere in den größeren Städten und Dörfern. Dies trifft umso mehr zu, als die Einführung der kommunalen Immobiliensteuer zahlreiche Wohnungseigentümer dazu veranlasst, höhere Mieten zu verlangen.

Von den Sozialpartnern stammt die Forderung, die Politik möge für einen erschwinglichen Mietmarkt sorgen. Einige Schritte in diese Richtung wurden in den letzten Jahren bereits mit den Neuerungen im Gesetz über den geförderten Wohnbau unternommen, aber diese scheinen nicht ausreichend zu sein, um einer neuen Mietpolitik den nötigen Elan zu geben. Das Programm der Mittelstandswohnungen sieht beispielsweise die Errichtung von 1.000 Wohnungen vor, wovon aber 70 % für den Mietkauf bestimmt sind: Dieser beachtliche Anteil führt also nicht zu einer Ausweitung des Mietmarktes, weil es sich dabei grundsätzlich um Eigentumswohnungen handelt (bei Ratenzahlung über zehn Jahre).

Um einen erschwinglichen Mietmarkt wieder in Schwung zu bringen, bedarf es einer Reihe abgestimmter Maßnahmen, die das Angebot verbessern und auch das Potenzial des bestehenden Wohnungsbestandes ausschöpfen.

Es gibt da zum Beispiel die leer stehenden Wohnungen: 20.000 im ganzen Land, d.h. mehr als 9 % des gesamten Bestandes (Gebäude- und Wohnungszählung 2011).

Einige Wohnungen sind zu groß für die Menschen, die darin wohnen (so z.B. wenn die Kinder ausgezogen sind und die betagten Eltern alleine leben). Nach einem angemessenen Umbau, vielleicht mithilfe eines öffentlichen Zuschusses als Gegenleistung für die Verpflichtung, die Wohnung zu einem vernünftigen Preis zu vermieten, könnte zusätzlicher Mietwohnraum frei werden.

Das sollen nur einige Beispiele einer Mietstrategie sein, die gut geplant sein will und unterschiedliche Maßnahmen und Instrumente umfassen soll. Entsprechende Ideen sind auch im Austausch mit den Sozialpartnern und den Gemeinden zu sammeln.

Aus diesen Gründen

verpflichtet
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung, innerhalb eines Monats einen runden Tisch aus Land, Gemeinden und Sozialpartnern, an dem auch die Mitglieder des zuständigen Gesetzgebungsausschusses des Landtages teilnehmen sollen, zur Ermittlung der notwendigen Maßnahmen für einen erschwinglichen Mietmarkt einzurichten, der den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht;

binnen sechs Monaten nach Einrichtung dieses runden Tisches einen "MIETPLAN" zu verabschieden, um innerhalb einer festzulegenden Frist den Anteil der Mietwohnungen in Südtirol auf den Stand der fortschrittlichsten europäischen Länder zu bringen.

La spesa per la casa è uno dei principali fattori del rischio di povertà per molte persone nella nostra provincia. La grave crisi economica in atto e l'erosione del valore reale delle retribuzioni appesantisce la situazione di molte famiglie.

La Provincia di Bolzano persegue da anni una politica della casa che è rivolta soprattutto all'acquisto della prima casa. La proprietà di una casa, soprattutto in età avanzata, viene considerata una "assicurazione sulla vita", anche perché – dopo le ripetute riforme in materia previdenziale – l'ammontare delle pensioni è stato progressivamente ridotto.

Non tutte le persone, però, possono o vogliono acquistare una casa in proprietà, o almeno non subito.

Da un lato, infatti, esistono famiglie che non possono farsi carico di un mutuo che comporta un indebitamento di lungo periodo a cui, soprattutto in questi periodi di grave crisi economica, non si sa se si potrà far fronte.

Dall'altro lato, l'accresciuta mobilità sociale e il ritardo con cui i giovani accedono a un posto di lavoro sicuro e a tempo indeterminato, fa sì che il progetto di vita per molte persone resti ancora flessibile – almeno per una prima fase, purtroppo sempre più lunga – e ciò rende difficile decidersi per una casa in proprietà. La decisione di un acquisto viene rimandata e viene preferito prendere una casa in affitto.

La dotazione di un numero cospicuo di alloggi in affitto viene considerato un indicatore di modernità nelle società avanzate, poiché consente di risolvere il problema dell'alloggio facendo fronte alle crescenti esigenze di mobilità e flessibilità che caratterizzano le società sviluppate.

Dalle statistiche ufficiali Eurohousing ed Eurostat si ricava che in Germania gli alloggi in affitto sono il 57% del totale, in Olanda il 47%, in Danimarca il 45%, in Francia e in Austria il 41%.

Dall'altra parte della graduatoria stanno paesi a bassa presenza di alloggi in affitto: in Spagna solo l'11%, in Irlanda il 16%, in Italia il 20%, in Grecia il 22%, in Portogallo il 28%.

Il quadro europeo suggerisce dunque smentisce l'opinione comune che lega la casa in affitto a condizioni di arretratezza economica. Al contrario, più un paese è moderno e ha un'economia forte e sviluppata, più ha un'offerta rilevante di alloggi in affitto. E viceversa.

In provincia di Bolzano l'offerta di case in affitto è progressivamente diminuita. Nel 1961 il 50,4% degli alloggi in provincia di Bolzano era in locazione. Nel 2001 erano il 22%, di cui buona parte Ipes. Dunque, col passare del tempo, nel campo degli alloggi in affitto l'Alto Adige – Südtirol si è avvicinato sempre di più a paesi come Italia, Irlanda, Spagna, Portogallo e Grecia e si è allontanato da paesi come Germania, Francia, Olanda, Danimarca e Austria. Sono questi ultimi, tuttavia, i paesi con cui la nostra provincia dovrebbe paragonarsi, poiché i loro dati strutturali sono vicini ai nostri.

Il fatto che in provincia di Bolzano vi siano sempre meno alloggi offerti sul mercato dell'affitto è anche una delle cause del caro-affitti, specialmente nei maggiori centri urbani. Tanto più che la "febbre dell'Imu" spinge molti proprietari ad aumentare le loro richieste di canone.

Dalle parti sociali viene l'invito a una politica che ricrei un mercato dell'affitto a prezzi ragionevoli. Qualche passo in questa direzione è stato fatto con le innovazioni introdotte negli ultimi anni nella legge sull'edilizia agevolata, ma esse non sembrano sufficienti per imprimere lo slancio necessario a una nuova politica della casa in affitto. Il programma di alloggi per il ceto medio, ad esempio, prevede la costruzione di 1.000 alloggi, ma il 70% è riservato a futura vendita tramite riscatto: questa rilevante quota, dunque, non allarga il mercato dell'affitto poiché si tratta nella sostanza di alloggi di proprietà (anche se il pagamento è rateizzato in 10 anni).

Il rilancio di un mercato dell'affitto a prezzi ragionevoli ha bisogno di una serie di misure coordinate, che aumentino l'offerta utilizzando anche le potenzialità del patrimonio edilizio esistente.

Vi sono per esempio alloggi non occupati: 20 mila in tutta la provincia, pari a oltre il 9% del totale (dati censimento 2011).

Vi sono alloggi troppo grandi per le persone che vi abitano (magari perché i figli sono usciti di casa e gli anziani genitori vivono da soli) e che, adeguatamente ristrutturati – magari con un aiuto pubblico in cambio dell'impegno ad affittare a prezzi ragionevoli – potrebbero rendere disponibile nuovo spazio per l'alloggio.

Sono solo alcuni degli esempi di una strategia per l'affitto che va ben progettata e deve comprendere misure e strumenti diversificati. Le idee vanno raccolte anche nel confronto con le parti sociali e i comuni.

Per questi motivi

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

impegna

la Giunta provinciale:

a istituire entro un mese un tavolo di confronto tra Provincia, Comuni e parti sociali, a cui partecipino anche i membri della competente Commissione legislativa del Consiglio provinciale, al fine di individuare tutte le misure necessarie per ricreare un mercato della casa in affitto a prezzo ragionevole che corrisponda ai bisogni della popolazione;

ad approvare, entro sei mesi dall'istituzione di questo tavolo di confronto, un "PIANO PER L'AFFITTO" con l'obiettivo di portare, entro un lasso di tempo da determinarsi, la quota degli alloggi in affitto in provincia di Bolzano al livello dei paesi europei più avanzati.

Herr Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Questa mozione cade proprio nel giorno giusto, perché fuori da quest'aula ci sono i sindacati che stanno facendo una manifestazione sul tema del caro affitto e in particolare sulle conseguenze del nuovo sistema del sussidio casa o contributo per l'affitto che dir si voglia, che ha messo in difficoltà diverse famiglie. Certamente il tema è fondamentale nella nostra provincia, sappiamo che da tutte le statistiche sul costo della vita emerge il fatto che i costi degli alloggi sono quelli che determinano di più le difficoltà economiche della famiglia, che erodono più il reddito delle famiglie, e dunque qualcosa bisogna fare. Fino adesso si è risposto con due linee, una è stata quella di aiutare le persone ad avere la casa in proprietà e in questo campo abbiamo una percentuale altissima di persone, ci avviciniamo all'80%, che hanno la casa in proprietà. Questa è una fortuna, perché è un'assicurazione sulla vecchiaia, però in Germania ad esempio siamo al 60% di case in proprietà, in Olanda siamo al 50%, in Inghilterra al 50%, cioè le società più moderne d'Europa presentano delle percentuali fra case in proprietà e case in affitto metà a metà, o 60-40, invece le società più tradizionali hanno cifre come le nostre. L'80% di case in proprietà le troviamo in Italia, Grecia, Spagna, Portogallo, cioè nei paesi mediterranei. Nei paesi più dinamici avere una parte di patrimonio edilizio disponibile per l'affitto è l'altra faccia della medaglia della mobilità e della dinamicità della società. Ci sono persone che pur sognando la casa in proprietà non se la possono permettere, pensiamo ai giovani nel momento in cui cominciano a costruirsi una famiglia e un lavoro. So che noi aiutiamo anche i giovani con il "Bausparen" ecc., però l'obiettivo unico della casa in proprietà non può essere sostenuto. Ci vuole anche l'altra gamba della politica abitativa, che è quella della casa in affitto.

Su questa gamba come ci siamo comportati? Abbiamo sostenuto il reddito, cioè i contributi all'affitto. Chi non poteva, considerato che l'obiettivo è la casa in proprietà, acquistare la casa in proprietà lo si sosteneva pensando che questo aiuto fosse una fase di transizione per la casa in proprietà. In realtà è stato un boomerang, perché sappiamo che questo contributo all'affitto ha contribuito a gonfiare il mercato e non è vero che tagliando il contributo gli affitti diminuiscono, perché c'è una rilevante domanda di affitto. Pensiamo per esempio ai nuovi cittadini che arrivano qui, lavorano, che non sono radicati qui, che arrivano da altri paesi del mondo, è chiaro che innanzitutto si rivolgono al mercato dell'affitto, quindi in realtà il mercato dell'affitto non è mai diminuito. Da quando sono il provincia di Bolzano, dal 1988 vivo in case in affitto, e ho visto gli affitti costantemente aumentare. Ho cambiato due o tre appartamenti e ogni volta non ho trovato, a parità di qualità e di metratura, affitti in diminuzione. Ho sempre visto gli affitti che aumentano oppure, come in questo momento, che restano a livelli abbastanza statici, ma non c'è una diminuzione perché c'è una sproporzione fra l'offerta di alloggi che è relativamente bassa e la domanda di alloggi che è molto più alta.

Il presupposto della politica della Provincia è quello di non disturbare il costruttore. Se fosse un autobus ci sarebbe scritto "non disturbare il conducente". La politica edilizia della Provincia di Bolzano ha fatto sempre in modo da non disturbare il mercato della casa e i costruttori e proprietari privati che chiaramente sono una lobby molto ingente, ma che fanno i loro profitti con un bene che è pubblico, cioè il diritto alla casa. Avere un tetto sulla testa a prezzi accessibili è un diritto civile, sociale, quindi il profitto sulla casa va temperato con il diritto sociale, mentre fino adesso la Provincia non è mai voluta entrare in profitto con i costruttori, vedasi il fatto che le concessioni edilizie si danno in eterno, ci sono scheletri che possono rimanere non finiti per anni, finché il costruttore... Ce ne sono due o tre in provincia di Bolzano specializzati in questo sport che hanno grosse riserve finanziarie e che possono aspettare e non mettono i propri alloggi sul mercato finché il prezzo non arriva a quello che loro vogliono. Invece in un libero mercato chi costruisce un alloggio, non trova da venderlo né da affittarlo, dovrebbe esporlo alla riduzione del prezzo. Questo non succede perché l'immissione di alloggi sul mercato viene centellinata in modo che i prezzi non cadano. Questo vale sia per la vendita di case che per le case in affitto.

Credo che la questione dell'affitto sia una questione molto seria. La Provincia dovrebbe, a prescindere dal dibattito sul sussidio casa, andare alla radice della questione, elaborare un vero e proprio piano per l'affitto a prezzi accessibili che chiaramente non è tutta la politica della casa ma quella parte di politica della casa che fino adesso è stata risolta solo col contributo all'affitto, e abbiamo visto che risultati ha portato. Ci sono delle esperienze nelle altre regioni d'Italia e d'Europa di politiche attive dell'affitto per ricreare un mercato pubblico dell'affitto. Qualcosa è stato fatto ma non mi dica, assessore Tommasini, che la vicenda delle case al ceto medio è risolutiva su questo argomento. Bisogna ridefinire il mercato dell'affitto con l'obiettivo di aumentare la percentuale di case in affitto rispetto alla percentuale di case in proprietà sul nostro territorio, per avvicinarsi a paesi come la Germania, la Francia, l'Inghilterra e allontanarsi da paesi come la Grecia, la Spagna, l'Italia che hanno le nostre stesse percentuali per quanto riguarda il rapporto fra proprietà e affitto, quindi avere l'obiettivo di una media europea e cercare di avvicinarsi dal 20% di case in affitto al 40%, che è la media dei paesi del centro Europa.

La nostra mozione impegna la Giunta provinciale primo ad istituire entro un mese un tavolo di confronto fra Provincia, comuni e parti sociali, a cui partecipano anche i membri della competente commissione legislativa del Consiglio provinciale, al fine di individuare tutte le misure necessarie per ricreare un mercato della casa in affitto a un prezzo ragionevole che corrisponda ai bisogni della popolazione. Le misure possono essere di diverso tipo, di riutilizzo del patrimonio esistente, di attivazione di programmi dell'Ipes, di contratti intergenerazionali, ci sono molte idee per ridare fiato al mercato dell'alloggio in affitto. Per questo chiediamo l'istituzione di un tavolo in cui tutte queste idee possono venire discusse ed elaborate in un piano – e questo è il secondo punto -, da approvare entro sei mesi dall'istituzione di questo tavolo di confronto, per l'affitto, con l'obiettivo di portare, entro un lasso di tempo da determinarsi, la quota di alloggi in affitto in provincia di Bolzano a livelli di paesi europei più avanzati.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Riccardo Dello Sbarba bringt mich hier in einen Gewissenskonflikt. Wenn ich mich an Österreich und an Deutschland anlehne, dann müsste ich diesen Beschlussantrag annehmen, wenn ich mich hingegen an Italien anlehne, dann müsste ich ihn ablehnen. So einfach ist es dann aber doch nicht! Wir müssen schon auch ein bisschen die Gründe erforschen, warum es in Österreich und Deutschland im Vergleich zu Südtirol so viele Mietwohnungen gibt. In Österreich und Deutschland gibt es Großstädte, in denen es tendenziell immer mehr Miet- als Eigentumswohnungen gibt. Das hängt auch damit zusammen, dass in Großstädten Menschen leben, die eine Zeit lang dort wohnen und arbeiten, nach einiger Zeit aber wieder wegziehen wollen. Diese Situation gibt es in Südtirol nicht. Wenn wir Südtirol mit dem Bundesland Tirol oder mit gewissen Gebieten in Bayern vergleichen, so gleicht sich diese Zahl wieder aus. In Serfaus im Oberinntal gibt es überhaupt nur zwei oder drei Häuser, in denen Mietwohnungen angeboten werden. Alles andere sind Eigentumswohnungen. Das ist auch eine Sache der Zukunftsplanung. Wenn man sich mit der Finanzsituation auseinandersetzt, dann wird jungen Menschen immer geraten, so früh wie möglich auf Eigentum zu gehen. Das ist die einzig sichere Absicherung für die Zukunft, denn niemand weiß, was später einmal mit der Rente passieren wird. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass sich nicht jeder eine Eigentumswohnung leisten kann.

Kollege Dello Sbarba, Ihr sprecht in Eurem Beschlussantrag auch die Problematik der leerstehenden Wohnungen an, und es tut mir leid, dass Ihr diese Thematik nicht mehr herausgearbeitet habt. Da haben wir effektiv ein Problem! Das Problem anzugehen, wäre eine konkrete Aufforderung an die Landesregierung, denn wieder einen Runden Tisch einzurichten, ... Es gibt Runde Tische zu so vielen Themen, aber meistens führen diese nicht zu weiß Gott was. Es ist eine Tatsache, dass es für viele Wohnungsbesitzer lukrativer ist, die Wohnung nicht zu vermieten. Hier hätte der Gesetzgeber aber schon Möglichkeiten einzuschreiben. Hier sollte man den Hebel ansetzen! Die Stadt Bozen reagiert auf den erhöhten Wohnungsbedarf damit, dass sie immer mehr baut. Es wird ge-

baut, gebaut und gebaut, obwohl es in keiner anderen Gemeinde Südtirols so viele leerstehende Wohnungen gibt wie in Bozen. Das ist halt auch nicht die Lösung des Problems. Ich möchte die Landesregierung also fragen, welche Maßnahmen sie ergreifen möchte, um die Problematik der leerstehenden Wohnungen anzugehen.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Das Mieten gehört tatsächlich nicht so sehr zu Südtiroler Mentalität. Es gehört auch nicht zu unserer Tradition, das Mieten als Lebenskonzept zu unterstützen. In unserer Lebensplanung führt alles aufs Eigenheim hin. Das pflegen wir, das ist uns wichtig und danach richten wir auch unsere Arbeit usw. aus. Allerdings möchte ich noch auf einen Aspekt hinweisen, der für mich bis jetzt zu kurz gekommen ist. Momentan verändert sich die berufliche Tätigkeit und die Einnahmenskultur der Menschen in Südtirol ganz stark. Vor allem junge Menschen stehen nur in seltenen Fällen vor unbefristeten Arbeitsverträgen, die auf lange Zeit ein sicheres Einkommen garantieren und folglich auch die Aufnahme eines Darlehens ermöglichen würden. Hier zeichnet sich derzeit eine ganze starke Veränderung ab. Menschen können nur mehr kurzfristig planen, und darauf braucht es eine politische Antwort. Dasselbe gilt für die Formen von Familie. Auch dort sehen wir eine gewisse Prekarisierung. Der Bund fürs Leben wird zwar immer noch oft geschlossen, aber es gibt auch mehr Scheidungen, Patchwork-Familien, alleinstehende und alte Menschen. Im Laufe des Lebens ändert sich also auch die Wohnsituation. Es ist nicht mehr so, dass eine Großfamilie eine Wohnung hat und dort mit mehreren Generationen lebt. Hinzu kommt das Thema der Migration. Ich glaube, dass das Thema des Mietens immer wichtiger werden wird. Es ist wirklich notwendig, sich jetzt schon gut auf diese Veränderung vorzubereiten und nicht einfach nur ein vorrangiges Modell für die nächsten Jahrzehnte weiterzuspielen.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Wir unterstützen diesen Beschlussantrag, denn er geht in die Richtung unseres Programms. Wir haben einen ähnlichen Beschlussantrag eingebracht, der mit einem Änderungsantrag von Landesrat Tommasini genehmigt wurde. Er spricht davon, die ganzen leerstehenden Wohnungen dem Mietmarkt zuzuführen. Auch hat er eine Erhebung der ganzen leerstehenden Wohnungen im Sinne des Gesetzes Nr. 14 aus dem Jahr 1985 gefordert. Wir haben diesen Passus aber aus dem Beschlussantrag herausgenommen, weil wir schauen wollen, was das neue GIS-Gesetz diesbezüglich ausrichten wird. Dann wird man ja wissen, welche Wohnungen leer sind und welche nicht. Diese Steuer kann durchaus ein Instrument sein, um es für die Besitzer weniger interessant zu machen, ihre Wohnungen leer stehen zu lassen bzw. zu vermieten. Wir warten also noch bis nächstes Jahr. Dann sehen wir ja, inwieweit uns die GIS hier helfen kann. Eventuell werden wir diesen Beschlussantrag dann noch einmal einbringen. Es braucht ganz sicher einen Plan für erschwingliche Mietwohnungen. Wohnungen ist ein Grundrecht der Bürger, und ich glaube, dass Mietwohnungen vielfach die bessere Lösung sind als der Kauf von Wohnungen. Wir glauben, dass gerade für jüngere Leute eine Mietwohnung viel interessanter ist. Junge Paare sollen schauen können, ob ihre Verbindung auch hält. In Zusammenhang mit Eigentumswohnungen gibt es häufig Probleme, da es Schulden bei der Bank gibt, die ein Leben lang zurückgezahlt werden müssen. Wir werden diesen Beschlussantrag also unterstützen, in der Hoffnung, dass sich vor allem in Sachen leerstehender Wohnungen etwas tun wird. Wenn diese Wohnungen auf den Mietmarkt kommen, dann wird es möglich sein, einen Plan für erschwingliche Mietwohnungen auf die Füße zu stellen.

BLAAS (Die Freiheitlichen): Die Ursachen für leerstehende Wohnungen in Südtirol sind vielfältig. Rechtsunsicherheit und ein übersteigerter Kündigungsschutz für Mieter sind auch Gründe dafür, warum jemand seine Wohnung leer stehen lässt, besonders in solchen Fällen, in denen es Kinder gibt, die in absehbarer Zeit selbst eine Wohnung beanspruchen. Hier ist der Instanzenweg viel zu lang, um den sogenannten Selbstbedarf anzumelden. Man hat fast keine Handhabe gegen sogenannte "Mietnomaden", das heißt gegen Leute, die von einer Wohnung zur anderen ziehen, zwar eine Kautions hinterlegen, dann aber jahrelang keine Miete bezahlen und die Wohnung vermüllt, verdreckt und völlig ausgeräumt zurücklassen. Auch das schreckt viele Personen ab, ihre Wohnungen zu vermieten.

Ein weiteres Problem sind die Wohnungen in den Stadtkernen. Hier ist es für die Eigentümer wirklich nicht interessant, Wohnungen zu vermieten, da die Lage nicht optimal ist. Es gibt weder Garagen, noch Keller und teilweise weisen die Wohnungen auch einen sogenannten Substandard auf. Wenn man sich hier eine Kostennutzenrechnung macht, dann zahlt es sich nie und nimmer aus, eine solche Wohnung zu vermieten. Manchmal ist auch ein übersteigerter Denkmalschutz sehr hinderlich, der den Einbau von Aufzügen nicht oder nur unter erschwerenden Bedingungen gestattet. Wie gesagt, der Markt in diesem Bereich funktioniert nicht und auch die steuerlichen Bedingungen tragen nicht zu einer Normalisierung der Lage bei. Wir haben in Südtirol 13.000 Wohnungen des

Wohnbauinstitutes. Die zuständigen Beamten haben vor ein, zwei Jahren gesagt, dass das Wohnbauprogramm für die einheimische Bevölkerung abgeschlossen sei. Mit dem Zuzug neuer Menschen hat sich die Situation am Wohnungsmarkt natürlich angeheizt, und deshalb ist der Wohnungsmarkt in Südtirol sehr angespannt.

TOMMASINI (Assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere pubbliche - Partito Democratico - Demokratische Partei): Questa è una questione importante e proprio in queste settimane è oggetto di un aggiornamento e una riflessione all'interno della Giunta provinciale e dell'assessorato. Proporrò ai proponenti di accogliere il primo punto della mozione e stralciare invece il secondo punto e spiego il perché. Parto da una brevissima analisi, ma il tema è cruciale. Effettivamente il tema del rapporto fra alloggi in proprietà e alloggi in affitto è un tema culturale. La propensione dei nostri concittadini all'alloggio in proprietà è più forte che in altre zone d'Europa. Ci sono elementi di insediamento territoriale, lo vediamo tutti. Nelle città dove c'è una forte mobilità troviamo una maggiore percentuale di alloggi in affitto che nelle città più piccole o comunque dove c'è una stabilità maggiore dei rapporti. In alcuni casi mi è capitato, proponendo dei progetti di affitto stabile a prezzi calmierati, di impattare, se non scontrarmi, contro questo elemento culturale. Anche per il progetto sperimentale dei cosiddetti alloggi al ceto medio, che sono in realtà per una parte alloggi in rotazione, alla fine è stato trovato un compromesso in Giunta provinciale nel senso che per una parte sarebbero andati a riscatto e per l'altra parte sarebbero rimasti a rotazione permanente per una fascia di popolazione che non avrebbe i requisiti per comperare e allo stesso tempo non entrava nell'Ipes. È giusto farla sperimentale per capire come reagisce la popolazione. Noi vediamo che spesso il cittadino fa domanda, ma poi sapendo che l'affitto è per 10 anni, chiede subito di poter riscattare l'appartamento. Quindi questo è un problema culturale, noi procediamo in una linea di promuovere il mercato dell'affitto, e lo dichiariamo, e poi però ci troviamo la raccolta di firme e le proteste un minuto dopo. Non significa che i problemi culturali non vadano affrontati. Il modello della "Ryan house" per lo sfruttamento del nostro territorio è un modello da ripensare, non ce lo possiamo permettere, quindi stiamo andando sempre di più verso la "Wiedergewinnung der Bausubstanz in den Ortskernen", quindi nei centri storici e non solo. Per affrontare il problema culturale serve non solo una delibera che arriva dalla Giunta provinciale, un atto magari anche giusto in sé, ma occorre una riflessione. È giusto tematizzare il tema, lo abbiamo detto anche noi, quindi concordo di dare visibilità all'elaborazione di proposte proprio perché altrimenti con la delibera sola, magari anche giusta, non si ottiene effetto. Tutti dobbiamo dare il senso che si va in una certa direzione per salvaguardare il territorio da un lato e per dare alle nuove generazioni il senso di dove andiamo.

Abbiamo visto i dati sulla popolazione, da qui al 2030 è stimato che aumenterà fino a 565 mila persone, sono tante, ma abbiamo visto anche che caratteristiche avrà questo trend di aumento. Si tratterà probabilmente di persone che avranno bisogno di alloggi affitto, perché saranno persone che vengono dall'altra parte del mondo, per cui non hanno proprietà. Attendevamo proprio questi dati per avviare un ragionamento, perché dobbiamo ragionare proprio sulla base dei dati di sviluppo della popolazione. Non possiamo ragionare sulla società che vorremmo, ma sulla società che ci attende, quindi i dati Astat sono necessari.

Sono d'accordo con molte delle proposte e delle considerazioni del collega Dello Sbarba, Non sono molto d'accordo quando dice che non disturbiamo i costruttori. Se andiamo a sentire i costruttori, dicono l'esatto contrario, cioè che la Provincia è troppo presente, che pone troppi vincoli, che bisogna togliere il vincolo ventennale e che gli affitti alti sono dovuti all'eccessiva ingerenza provinciale. Anche per questo un confronto vero sui dati, sulle prospettive aperte, pubblico e trasparente può essere utile.

Un'altra cosa che non condivido è quando dice che non esiste un mercato pubblico dell'affitto. Esiste un mercato pubblico dell'affitto fatto dai 13 mila alloggi dell'Ipes. Se questo sia sufficiente o meno lo dobbiamo vedere rispetto ai trend demografici, a quanto ci si attende che abbia bisogno la popolazione. Anche qui ci dobbiamo mettere d'accordo, perché quando diciamo che andiamo a costruire, perché costruiamo troppo, quando non costruiamo, perché costruiamo troppo poco, quando propongo programmi per accelerare le procedure, ho critiche dagli stessi consiglieri perché mi si dice che si fanno speculazioni. Io sono d'accordo nel fare questo gruppo di lavoro perché dobbiamo concordare quali sono gli obiettivi, perché le procedure si possono anche cambiare ma non si può dire tutto e il contrario di tutto come si fa in alcuni casi. Se vogliamo maggiori alloggi in affitto, dobbiamo sapere che questi vanno o costruiti o recuperati.

Per quanto riguarda gli appartamenti vuoti, tutti siamo d'accordo nel riutilizzarli, però bisogna vedere qual è il nostro margine. Anch'io condivido che provvedimenti di rialzo della tassazione possa essere uno strumento, ma anche qui dobbiamo capire se funziona. Anche per quanto riguarda gli alloggi nei centri storici, abbiamo inserito dei provvedimenti come ad esempio il recupero di cubatura che stanno cominciando a dare dei risultati. Gli incen-

tivi alla ristrutturazione purché si affitti a canone concordato, ne parlavamo ieri con il consigliere Blaas, possono essere interessanti, però occorre vedere come risponde la popolazione.

Sono d'accordo nel convocare questo tavolo, è il momento giusto proprio perché abbiamo i dati sullo sviluppo della popolazione, quindi in questo inizio della legislatura anche con il ripensamento degli strumenti di incentivo alla proprietà. È stato detto giustamente che i nuovi cittadini, i giovani, hanno una propensione al risparmio, alla mobilità e alla flessibilità diversa, questo sistema del "Bausparen" che vogliamo fare in collaborazione col Pensplan può essere una via nuova ma vogliamo amalgamare tutto con l'idea di società in cui vogliamo andare. Farei quindi il tavolo, ma chiedo di non mettere un limite di tempo adesso, che entro tre o sei mesi faremo il piano, perché vorrei evitare in questa fase di fare delle politiche di annuncio che creano aspettative che nel giro di tre mesi si abbasseranno gli affitti, perché bisogna essere seri, bisogna capire. Ci sono politiche della famiglia, del lavoro, urbanistiche che si incrociano, non c'è solo l'edilizia abitativa agevolata. Vorrei fare una riflessione approfondita con voi, capire le cause, vedere anche altri territori che hanno altre caratteristiche e poi, aperto anche al Consiglio provinciale questo ragionamento, possiamo pensare eventualmente quali provvedimenti legislativi adottare, ma senza dire prima che abbasseremo gli affitti, perché sarebbe non dico prendere in giro i cittadini ma creare delle aspettative di abbassamento dei prezzi che a priori vorremmo fare ma non siamo sicuri di poter fare.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ringrazio i colleghi che sono intervenuti e l'assessore che ha accettato gran parte della mozione. Mi pare che il tema sia sentito, sia fondamentale proprio nella direzione delle trasformazioni sociali, perché poi la cultura è anche un po' l'effetto dello stato della società. Spesso noi abbiamo una visione della realtà che rispecchia gli schemi del passato. Noi pensiamo alla nostra popolazione come se fosse quella di 20, 30, 40 anni fa, quella che abbiamo sempre conosciuto. Fra l'altro sottolineo un fatto, collega Knoll, esistono anche a Bolzano "elementi" urbani molto simili alle grandi città, ma anche, e lo dico fraternamente, la popolazione di lingua italiana. Qui c'è la popolazione di lingua tedesca che è radicata storicamente, poi da dopo la prima guerra mondiale è quasi bloccata da due confini, quello verso l'Italia, linguistico, e quello amministrativo statale verso il nord Europa, perché la popolazione di lingua tedesca storicamente è sempre stata molto mobile, però credo che nell'ultimo secolo sia stata bloccata da questo passaggio traumatico dell'annessione all'Italia, mentre c'è stata una popolazione di lingua italiana molto mobile. Io ho fatto diverso tempo il giornalista, feci un'inchiesta e scoprii dai dati Astat ecc. che nella popolazione italiana ogni anno 1.500 persone entrano in Sudtirolo e 1.500 persone vecchie se ne vanno dal Sudtirolo. Quindi quella italiana è una popolazione a grande mobilità proprio perché meno radicata o quasi sradicata. È arrivata in ritardo, è arrivata con l'Italia in gran parte, eccetto le isole trentine che c'erano in alcune parti della provincia, e questa doppia velocità nella mobilità tra la popolazione di lingua tedesca e quella di lingua italiana è uno dei problemi che riguarda anche la convivenza in questa terra. Giustamente, lo diceva l'assessore, adesso si aggiungono i nuovi cittadini e abbiamo visto che questa provincia cresce demograficamente solo con i nuovi cittadini. Conosco moltissime di queste persone che lavorano e si sono integrate, e moltissime hanno alloggi in affitto. Tra l'altro si accontentano spesso, grazie alla generosità dei nostri proprietari, di abitare in posti in cui non abiteremmo, con degli affitti abbastanza scandalosi.

È vero, si dice spesso in famiglia: comprati la casa, fai in modo di comperarla al più presto, però arrivare alla casa in proprietà vuol dire indebitarsi. I debiti delle famiglie sono i mutui, perché anche il sostegno dell'acquisto alla casa, il sostegno al mutuo che dà la Provincia è anche un incentivo ad indebitarsi. Noi abbiamo dei giovani che a 23, 24 o 25 anni sono già indebitati con programmi di indebitamento di 20, 30 anni. In questa situazione di indebitamento basta che in famiglia succeda qualcosa di non previsto, un divorzio per esempio, e allora questo debito diventa veramente una tragedia. Ci sono casi di amici, di persone che conosciamo, che tutti abbiamo intorno. Il problema di un patrimonio edilizio che sia più elastico, più flessibile, a prezzi abbordabili ecc. resta. Sono il 22% esattamente le case in affitto in provincia di Bolzano, e l'assessore parlava dei 13 mila alloggi sociali. Però questi non stanno sul mercato, sono abbastanza rigidi, non circolano, anzi è difficilissimo che una famiglia perda l'alloggio sociale. Conosco persone che considerano l'alloggio sociale casa loro, e anche per l'alloggio al ceti medio c'è il riscatto. Se voi chiedete ad una famiglia, ma anche a me che sono qui a difendere l'affitto, se vuol pagare l'affitto per 10 anni e poi andarsene o se alla fine dei 10 anni con pochi soldi acquistare la casa, ovviamente scelgo la seconda alternativa. Se mi date la possibilità di riscattarlo è ovvio che lo riscatto! Mi fa piacere che la Giunta provinciale abbia finalmente cambiato parere. Ricordo che se ne è discusso in altre legislature e c'era forte rigidità, anzi ad un certo punto a noi che proponevamo questo tema, che eravamo sempre noi che ci riferiamo alla parte più mobile e moderna della società, ci veniva detto che eravamo per la precarizzazione, eravamo estranei alle tradizioni ecc. invece adesso questo tema è riconosciuto.

Ringrazio tutti i colleghi che sono intervenuti. Accetto la proposta dell'assessore Tommasini e ritiro il secondo punto della parte impegnativa.

PRÄSIDENT: Wir stimmen über den Beschlussantrag ab, und zwar ohne den zweiten Punkt des beschließenden Teiles des Beschlussantrages, der vom Abgeordneten Dello Sbarba zurückgezogen worden ist. Ich eröffne die Abstimmung: mit 28 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Punkt 26 der Tagesordnung: **"Begehrensantrag Nr. 4/14 vom 9.1.2014, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend Ableistung des Zivildienstes durch junge Menschen mit Migrationshintergrund, die ständig in Italien leben"**.

Punto 26) dell'ordine del giorno: **"Voto n. 4/14 del 9/1/2014, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante partecipazione dei giovani migranti stabilmente residenti al servizio civile nazionale"**.

Mit dem Gesetz Nr. 64 vom 6. März 2001 wurde der italienische Zivildienst ins Leben gerufen. Gemäß Artikel 1 sind die Zielsetzungen und Grundsätze des Gesetzes Folgende: alternativ zum verpflichtenden Wehrdienst einen Beitrag zur Verteidigung des Vaterlandes mit nicht-militärischen Mitteln bzw. Tätigkeiten zu leisten; die Umsetzung der Verfassungsgrundsätze der gesellschaftlichen Solidarität zu begünstigen; die Solidarität und die Zusammenarbeit auf staatlicher und internationaler Ebene zu fördern, insbesondere im Zusammenhang mit dem Schutz sozialer Rechte, den Diensten für Menschen und der Friedenssicherung zwischen den Völkern; die Teilnahme am Schutz des staatlichen Erbes, insbesondere am Umweltschutz, auch im Zusammenhang mit Berglandwirtschaft, Forstwirtschaft, Geschichte und Kunst, Kultur und Zivilschutz; die Beteiligung an der gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen und beruflichen Bildung junger Menschen über Tätigkeiten, die auch in Körperschaften und Behörden im Ausland durchgeführt werden können."

Wie man sieht, sind diese Grundsätze von hohem sozialen und gesellschaftlichen Wert. Wer den Zivildienst ableistet, leistet nicht nur einen Dienst an der Gesellschaft, sondern lebt Solidarität und entwickelt ein Gefühl der gemeinschaftlichen Zugehörigkeit. Diese Erfahrung wäre besonders für jene wertvoll, die sich noch besser in das soziale und gesellschaftliche Umfeld integrieren möchten, in dem sie leben.

Das gesetzesvertretende Dekret Nr. 77 vom 5. April 2002 über die "Regelung des staatlichen Zivildienstes gemäß dem Gesetz Nr. 64 vom 6. März 2001" regelt den staatlichen Zivildienst im Detail. Dabei ist genau definiert, wer diesen ableisten kann: italienische Staatsbürger/innen zwischen 18 und 28 Jahren.

Im Zusammenhang mit der Einwanderung wäre die Beschränkung des Zivildienstes auf italienische Staatsbürger/innen zumindest zu überdenken.

Auch in Südtirol leben nämlich zahlreiche junge Menschen mit Migrationshintergrund, die als Kinder nach Italien gekommen sind, (fast) die gesamte schulische Ausbildung hier genossen haben und sich besser in die Gemeinschaft integrieren wollen, in der sie leben.

Wir erinnern daran, dass laut Astat zum 31.12.2010 rund 9.000 Minderjährige mit Migrationshintergrund in Südtirol lebten. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren liegt bei 9,0 %. Von den Ausländern, die in Südtirol leben, wurden gut 5.656 in Italien geboren.

Für viele von ihnen würde der Zivildienst eine wichtige Gelegenheit zur Sozialisierung und Inklusion bieten, um sich für die Gemeinschaft nützlich zu erweisen, sich mit Südtirol und der Bevölkerung zu identifizieren und die hier herrschenden Regeln und das menschliche und kulturelle Umfeld besser kennen zu lernen. Der Zivildienst könnte sich somit zu einem wichtigen Instrument der Integration für die zweite Generation entwickeln, einer wahren "Einbürgerungsschule".

Dieser Vorschlag stützt sich auch auf die Erfahrung des Referats für Integration der Stadt Turin, welches den freiwilligen Zivildienst für junge Menschen mit Migrationshintergrund zugänglich gemacht hat.

Hier ein Auszug aus der Präsentation der Initiative für das Jahr 2011:

"Die Stadt Turin schreibt für das Jahr 2011/2012 einen Wettbewerb zur Teilnahme an der fünften Ausgabe des Projekts "Zivildienst für junge Menschen mit Migrationshintergrund" aus. Ausgeschrieben sind zwanzig Zivildienststellen für junge Menschen mit Migrationshintergrund zwischen 18 und 27 Jahren, die nicht italienische Staatsbürger sind und in der Gemeinde Turin ihren Haupt- oder Nebenwohnsitz haben.

Der Zivildienst für junge Menschen mit Migrationshintergrund ist ein vergütetes berufsbildendes Praktikum von sechsmonatiger Dauer, das nur im Falle von Universitätsstudenten oder Universitätsabsolventen, deren Abschluss nicht länger als 2 Jahre zurückliegt, um weitere 6 Monate verlängert werden kann. Der Zivildienst umfasst insgesamt 522 Stunden pro Halbjahr, aufgeteilt auf 20 Wochenstunden, die mit 348 Euro pro Monat vergütet werden. Mit dem Zivildienst für junge Menschen mit Migrationshintergrund beabsichtigt die Gemeinde Turin, den neuen Turiner Bürgern, für die der staatliche Zivildienst nicht zugänglich ist, entgegenzukommen. Die Stadt bietet diesen jungen Menschen die Chance, aktiv am gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Stadt teilzunehmen, in der sie leben, und dadurch menschlich und wie auch beruflich zu wachsen.

Das Turiner Projekt ist ein Pilotprojekt, das mit dem Personal und den Ressourcen der Gemeindeverwaltung vorangetrieben wird und an die geltenden Bestimmungen angepasst wurde. Eine Novellierung des Gesetzes über den staatlichen Zivildienst würde es ermöglichen, dieses Projekt auf ganz Italien auszuweiten.

Klarerweise würden nur jene jungen Menschen mit Migrationshintergrund zwischen 18 und 28 Jahren zum Zug kommen, die bereits seit längerer Zeit in Italien wohnhaft sind, über gute Kenntnisse der italienischen (in Südtirol: und/oder deutschen) Sprache verfügen, gegen die kein Strafverfahren anhängig ist, die den entsprechenden Antrag stellen und sämtliche Voraussetzungen laut dem GvD Nr. 77/2002 erfüllen, welches unter anderem Folgendes festlegt: "Ein Ausschlussgrund ist eine auch nicht rechtskräftige Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr wegen eines nicht fahrlässigen Verbrechens bzw. zu einer geringeren Strafe wegen eines Delikts gegen die Person oder wegen Besitz, Verwendung, Führen, Transport, Einfuhr oder Ausfuhr von Waffen oder Sprengmitteln im Widerspruch zu geltenden Bestimmungen bzw. der Beteiligung an oder der Begünstigung von subversiven, terroristischen oder kriminellen Vereinigungen".

Aus den oben genannten Gründen

fordert
der Südtiroler Landtag

das italienische Parlament auf, umgehend das Gesetz Nr. 64 vom 6. März 2001 zu novellieren, damit auch junge Menschen mit Migrationshintergrund zwischen 18 und 28 Jahren, die ihren ständigen Wohnsitz in Italien haben und die italienische (in Südtirol: und/oder die deutsche) Sprache gut beherrschen, keine Strafverfahren anhängig haben, die für alle Staatsbürger geforderten Voraussetzungen gemäß GvD Nr. 77/2002 erfüllen und dies ausdrücklich beantragen, den Zivildienst ableisten dürfen.

Con la legge 6 marzo 2001, n. 64 è stato istituito il servizio civile nazionale. Nel primo articolo sono enumerate le sue finalità e i suoi principi:

concorrere, in alternativa al servizio militare obbligatorio, alla difesa della Patria con mezzi e attività non militari;

favorire la realizzazione dei principi costituzionali di solidarietà sociale;

promuovere la solidarietà e la cooperazione, a livello nazionale e internazionale, con particolare riguardo alla tutela dei diritti sociali, ai servizi alla persona e alla educazione alla pace fra i popoli;

partecipare alla salvaguardia e tutela del patrimonio della Nazione, con particolare riguardo ai settori ambientale, anche sotto l'aspetto dell'agricoltura in zona di montagna, forestale, storico-artistico, culturale e della protezione civile;

contribuire alla formazione civica, sociale, culturale e professionale dei giovani mediante attività svolte anche in enti e amministrazioni operanti all'estero".

Come si vede, si tratta di principi di alto valore sociale e civile, grazie ai quali chi esplica tale servizio non solo si rende utile alla collettività, ma si educa alla solidarietà e sviluppa un sentimento di appartenenza alla comunità. Questa esperienza sarebbe preziosa per chi vuole integrarsi ancora di più nel contesto sociale e civile in cui vive.

Il d.lgs. 5 aprile 2002, n. 77, "Disciplina del Servizio civile nazionale a norma dell'articolo 2 della legge 6 marzo 2001, n. 64", ha regolato nei dettagli il servizio civile nazionale, definendone innanzitutto i soggetti che possono parteciparvi: i cittadini e le cittadine italiane di età compresa tra i 18 i 28 anni di età.

Di fronte al fenomeno dell'immigrazione la restrizione del servizio civile solo a chi ha la cittadinanza italiana appare quantomeno un fattore su cui riflettere.

Esistono infatti anche in provincia di Bolzano moltissimi e moltissime giovani figli di migranti che sono arrivati/e in Italia in età giovanissima e, pur non avendo la cittadinanza italiana, hanno svolto in tutto o in parte il loro iter scolastico nel nostro paese e sono desiderosi di integrarsi sempre di più nella comunità in cui vivono.

Ricordiamo infatti che, secondo i dati Astat, al 31/12/2010 i minorenni stranieri residenti in provincia di Bolzano sono circa 9.000. La loro quota sul totale dei bambini e giovani sotto i 18 anni è del 9,0%. Tra gli stranieri residenti in provincia di Bolzano, ben 5.656 sono nati in Italia.

Per molti di loro l'esperienza del servizio civile potrebbe essere un momento fondamentale di socializzazione e inclusione, un modo per rendersi utili alla comunità, per identificarsi col territorio e la comunità, per conoscere meglio le sue regole e la sua realtà umana, ambientale e culturale. Il servizio civile costituirebbe dunque un'opportunità importante per l'integrazione delle seconde generazioni, una vera e propria "scuola di cittadinanza".

Questa proposta si basa anche sull'esperienza promossa dall'assessorato alle politiche per l'integrazione del comune di Torino che ha aperto le porte del servizio civile volontario a giovani immigrati.

Questo il testo sintetico di presentazione dell'iniziativa per l'anno 2011:

"La Città di Torino indice, per l'anno 2011/2012, un bando per partecipare alla quinta edizione del progetto "Servizio Civile Giovani Immigrati" destinato a venti giovani immigrati di età compresa tra i 18 e i 27 anni, che non possiedono la cittadinanza italiana e sono residenti o domiciliati nel Comune di Torino.

Il Servizio Civile per Giovani Immigrati si configura come tirocinio formativo con borsa lavoro della durata di 6 mesi, rinnovabile per ulteriori 6 mesi solo per gli studenti universitari o i laureati da non più di 2 anni. Prevede un impegno orario semestrale di 522 ore, distribuite in 20 ore settimanali, per il quale si riconoscono 348,00 euro mensili. Con il Servizio Civile Giovani Immigrati, la Città di Torino intende offrire un'opportunità ai nuovi cittadini torinesi, che non possono partecipare al Servizio Civile Nazionale. La città propone a questi giovani un'esperienza di partecipazione attiva alla vita sociale e culturale della città in cui vivono e un'occasione di crescita umana e professionale".

Quella torinese è un'esperienza pilota portata avanti con le forze e le finanze del comune, e adattata alla normativa vigente. Una riforma della legge sul servizio civile nazionale consentirebbe di estendere l'esperienza su tutto il territorio del paese.

Ovviamente questo accesso dovrebbe essere consentito solo a giovani migranti tra i 18 e i 28 anni di età che hanno già un periodo di residenza stabile, dimostrino una buona padronanza della lingua italiana (e/o tedesca per chi svolge servizio civile in provincia di Bolzano), non abbiano procedimenti penali in corso, ne facciano domanda e corrispondano a tutte quelle caratteristiche stabilite dal d.lgs. 77/2002, che prevede tra l'altro che "costituisce causa di esclusione dal servizio civile l'aver riportato condanna anche non definitiva alla pena della reclusione superiore a un anno per delitto non colposo ovvero a una pena anche di entità inferiore per un delitto contro la persona o concernente detenzione, uso, porto, trasporto, importazione o esportazione illecita di armi o materie esplosive ovvero per delitti riguardanti l'appartenenza o il favoreggiamento a gruppi eversivi, terroristici, o di criminalità organizzata".

Per tutti questi motivi,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

invita

il Parlamento italiano ad approvare al più presto una riforma della legge 6 marzo 2001, n. 64 per consentire l'accesso al servizio civile nazionale anche ai/alle giovani stranieri/e tra i 18 e i 28 anni di età, con residenza stabile nel nostro paese e una buona padronanza della lingua italiana (e/o tedesca per chi svolge servizio civile in provincia di Bolzano), che non abbiano procedimenti penali in corso, che abbiano i presupposti previsti per tutti i cittadini e le cittadine dal DLgs77/2002 per l'accesso al servizio civile e che ne facciano espressa richiesta.

Herr Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Leggo il testo del documento voto, che mi pare utile anche per dare un contributo all'integrazione. Il voto propone che a certe condizioni i giovani migranti possano essere ammessi al servizio civile nazionale. C'è tutto un discorso di riforma del servizio civile volontario, lo so, ma chiediamo di dare questa possibilità di integrazione e di coinvolgimento delle persone nel nostro territorio anche, a certe condizioni, a giovani con "hintergrund" migratorio.

"Con la legge 6 marzo 2001, n. 64 è stato istituito il servizio civile nazionale. Nel primo articolo sono enumerate le sue finalità e i suoi principi:

- a) concorrere, in alternativa al servizio militare obbligatorio, alla difesa della Patria con mezzi e attività non militari;*
- b) favorire la realizzazione dei principi costituzionali di solidarietà sociale;*
- c) promuovere la solidarietà e la cooperazione, a livello nazionale e internazionale, con particolare riguardo alla tutela dei diritti sociali, ai servizi alla persona e alla educazione alla pace fra i popoli;*
- d) partecipare alla salvaguardia e tutela del patrimonio della Nazione, con particolare riguardo ai settori ambientale, anche sotto l'aspetto dell'agricoltura in zona di montagna, forestale, storico-artistico, culturale e della protezione civile;*
- e) contribuire alla formazione civica, sociale, culturale e professionale dei giovani mediante attività svolte anche in enti e amministrazioni operanti all'estero".*

Questa è la legge. So che a certi colleghi darà fastidio il sostantivo "nazionale", ma per noi è "provinciale".

"Come si vede, si tratta di principi di alto valore sociale e civile, grazie ai quali chi esplica tale servizio non solo si rende utile alla collettività, ma si educa alla solidarietà e sviluppa un sentimento di appartenenza alla comunità. Questa esperienza sarebbe preziosa per chi vuole integrarsi ancora di più nel contesto sociale e civile in cui vive. Il d.lgs. 5 aprile 2002, n. 77, "Disciplina del Servizio civile nazionale a norma dell'articolo 2 della legge 6 marzo 2001, n. 64", ha regolato nei dettagli il servizio civile nazionale, definendone innanzitutto i soggetti che possono parteciparvi: i cittadini e le cittadine italiane di età compresa tra i 18 e 28 anni di età. Di fronte al fenomeno dell'immigrazione la restrizione del servizio civile solo a chi ha la cittadinanza italiana appare quantomeno un fattore su cui riflettere. Esistono infatti anche in provincia di Bolzano moltissimi e moltissime giovani figli di migranti che sono arrivati/e in Italia in età giovanissima e, pur non avendo la cittadinanza italiana, hanno svolto in tutto o in parte il loro iter scolastico nel nostro paese e sono desiderosi di integrarsi sempre di più nella comunità in cui vivono."

Cito dei dati che sono vecchi, ma che dicono che una parte importante di giovani migranti sono nati in provincia di Bolzano o hanno fatto tutte le scuole in provincia di Bolzano.

"Ricordiamo infatti che, secondo i dati Astat, al 31/12/2010 i minorenni stranieri residenti in provincia di Bolzano sono circa 9.000. La loro quota sul totale dei bambini e giovani sotto i 18 anni è del 9,0%. Tra gli stranieri residenti in provincia di Bolzano, ben 5.656 sono nati in Italia. Per molti di loro l'esperienza del servizio civile potrebbe essere un momento fondamentale di socializzazione e inclusione, un modo per rendersi utili alla comunità, per identificarsi col territorio e la comunità, per conoscere meglio le sue regole e la sua realtà umana, ambientale e culturale. Il servizio civile costituirebbe dunque un'opportunità importante per l'integrazione delle seconde generazioni, una vera e propria "scuola di cittadinanza". Questa proposta si basa anche sull'esperienza promossa dall'assessorato alle politiche per l'integrazione del comune di Torino che ha aperto le porte del servizio civile volontario a giovani immigrati.

Questo il testo sintetico di presentazione dell'iniziativa per l'anno 2011: "La Città di Torino indice, per l'anno 2011/2012, un bando per partecipare alla quinta edizione del progetto "Servizio Civile Giovani Immigrati" destinato a venti giovani immigrati di età compresa tra i 18 e i 27 anni, che non possiedono la cittadinanza italiana e sono residenti o domiciliati nel Comune di Torino.

Il Servizio Civile per Giovani Immigrati si configura come tirocinio formativo con borsa lavoro della durata di 6 mesi, rinnovabile per ulteriori 6 mesi solo per gli studenti universitari o i laureati da non più di 2 anni. Prevede un impegno orario semestrale di 522 ore, distribuite in 20 ore settimanali, per il quale si riconoscono 348,00 euro mensili. Con il Servizio Civile Giovani Immigrati, la Città di Torino intende offrire un'opportunità ai nuovi cittadini torinesi, che non possono partecipare al Servizio Civile Nazionale. La città propone a questi giovani un'esperienza di partecipazione attiva alla vita sociale e culturale della città in cui vivono e un'occasione di crescita umana e professionale".

Questo è un esempio di come a livello di ente locale qualcosa si potrebbe fare, però questo voto chiede al Parlamento una modifica delle norme nazionali.

"Quella torinese è un'esperienza pilota portata avanti con le forze e le finanze del comune, e adattata alla normativa vigente. Una riforma della legge sul servizio civile nazionale consentirebbe di estendere l'esperienza su tutto il territorio del paese. Ovviamente questo accesso dovrebbe essere consentito solo a giovani migranti tra i 18 e i 28 anni di età che hanno già un periodo di residenza stabile, dimostrino una buona padronanza della lingua italiana (e/o tedesca per chi svolge servizio civile in provincia di Bolzano), non abbiano procedimenti penali in corso, ne facciano domanda e corrispondano a tutte quelle caratteristiche stabilite dal d.lgs. 77/2002, che prevede tra l'altro che "costituisce causa di esclusione dal servizio civile l'aver riportato condanna anche non definitiva alla pena della reclusione superiore a un anno per delitto non colposo ovvero a una pena anche di entità inferiore per un delitto contro la persona o concernente detenzione, uso, porto, trasporto, importazione o esportazione illecita di armi o materie esplodenti ovvero per delitti riguardanti l'appartenenza o il favoreggiamento a gruppi eversivi, terroristici, o di criminalità organizzata".

Questo per puntualizzare che ovviamente hanno diritto di accesso le persone con la fedina penale pulita. A questo punto si arriva alla parte deliberativa.

"Per tutti questi motivi, il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano invita

il Parlamento italiano ad approvare al più presto una riforma della legge 6 marzo 2001, n. 64 per consentire l'accesso al servizio civile nazionale anche ai/alle giovani stranieri/e tra i 18 e i 28 anni di età, con residenza stabile nel nostro paese e una buona padronanza della lingua italiana (e/o tedesca per chi svolge servizio civile in provincia di Bolzano), che non abbiano procedimenti penali in corso, che abbiano i presupposti previsti per tutti i cittadini e le cittadine dal DLgs77/2002 per l'accesso al servizio civile e che ne facciano espressa richiesta."

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Das ist grundsätzlich ein interessanter Vorschlag. Ich hätte zunächst eine Frage an die Landesregierung. In Südtirol gibt es unzählige Volontariatsvereine, bei denen man die Tätigkeiten, die beim Zivildienst geleistet werden, leisten könnte. Ist für diese Tätigkeit der Besitz der Staatsbürgerschaft Voraussetzung? Braucht ein junger Mensch mit Migrationshintergrund, der beim Weißen Kreuz mitarbeiten und Freiwilligenarbeit leisten möchte, die Staatsbürgerschaft?

Einen Punkt, Kollege Dello Sbarba, können wir sicher nicht mittragen, nämlich folgenden: *"Klarerweise würden nur jene jungen Menschen mit Migrationshintergrund zwischen 18 und 28 Jahren zum Zug kommen, die bereits seit längerer Zeit in Italien wohnhaft sind, über gute Kenntnisse der italienischen (in Südtirol: und/oder deutschen) Sprache verfügen ..."* Das ist nicht akzeptabel! Wenn man in Südtirol Zivildienst leistet, dann bedeutet das, dass man im Krankentransport, in Altersheimen usw. arbeitet. Wir kennen die Situation von Ausländern in Südtirol.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): *(interrompe)*

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Nein, und/oder heißt eine von beiden! Die Realität der Ausländer in Südtirol ist die, dass nur die italienische Sprache gesprochen wird. Diesen Punkt können wir also auf keinen Fall mittragen! Es müssen beide Sprachen gesprochen werden.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): *(interrompe)*

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Nein, nicht je nachdem. Wir hatten im Landtag Anhörungen der Ausländerbeiräte, wobei nicht ein einziges Mitglied der deutschen Sprache mächtig war. Der Großteil der Ausländer in Südtirol ist in den italienischen Schulen eingeschrieben. In Südtirol muss es die Mindestvoraussetzung sein, dass beide Landessprachen gesprochen werden. Sonst können wir diesem Begehrensantrag sicher nicht zustimmen.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Zu diesem aufgeworfenen Aspekt würde ich fast einen Änderungsantrag vorschlagen, indem man beispielsweise schreibt *"dem Tätigkeitsfeld angepasst"*. Es gibt vielleicht Bereiche, in denen es nur die deutsche Sprache braucht. Ich würde es so formulieren, dass es wichtig ist, dass ein Mensch den Zivildienst so ableisten kann, dass er/sie mit allen Nutzern des Dienstes gut kommunizieren kann. Wenn ich in Truden in einem sozialen Dienst arbeite, dann ist die italienische Sprache vielleicht nicht so wichtig.

Ich möchte noch hinzufügen, dass das wirklich eine sehr gute Möglichkeit wäre, tatsächlich Integration zu üben und nicht eine Ausgrenzung von Menschen zu schaffen. Dadurch könnte man den Menschen die Chance geben, sich mit den Institutionen im Land vertraut zu machen sie und könnten das Gefühl erhalten, ein nützlicher Teil der Gesellschaft zu sein. Die aktive Staatsbürgerschaft beinhaltet die Möglichkeit, sich in den verschiedenen Institutionen zu bewegen und erste Erfahrungen zu sammeln. Früher hat es immer geheißen, dass der Militärdienst wichtig war, und zwar nicht so sehr, um den Umgang mit Waffen zu üben, sondern als Bildung für die Gemeinschaft und als Möglichkeit, von zu Hause wegzukommen. Der Zivildienst hat für viele Menschen Möglichkeiten einer Horizonterweiterung geschaffen und bietet diese Möglichkeit immer noch.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Die Landesregierung ist mit diesem Beschlussantrag einverstanden. Ich darf noch darauf hinweisen, dass wir den freiwilligen Landeszivildienst und den Sozialdienst haben. Wir sind zur Zeit dabei, alle Voraussetzungen zu schaffen, dass auch neue Mitbürgerinnen und Mitbürger zu diesen Diensten zugelassen werden. Eine der Voraussetzungen ist dabei eine ausreichende Kenntnis zumindest der beiden großen Landessprachen. Ich würde also den Vorschlag des Kollegen Knoll befürworten, aus dem "e/o" ein "e" zu machen, wobei "*una buona padronanza della lingua*" schon ein bisschen hoch gegriffen ist. "Buona" ist schon eine relativ hohe Hürde, wobei ich nicht weiß, wie man eine gute Kenntnis definieren will. Wir reden hier von Menschen, die von auswärts zugewandert sind und zwei Sprachen lernen müssen. Es wäre genug, wenn man verlangen würde, dass beide Sprachen zumindest in einem ausreichenden Maße beherrscht werden müssen. Man sollte schon realistisch sein. Auf alle Fälle ist der Forderung, dass es beide Sprachen sein müssen, zuzustimmen, und deshalb würde ich darum ersuchen, den Beschlussantrag in diesem Sinne abzuändern.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): (*interrompe*)

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Gut, dann schreiben wir "soddisfacente" und das Wort "o" wird gestrichen. Dann können wir dem Beschlussantrag zustimmen. Es ist eine Tatsache, dass die staatliche Gesetzgebung den Zuwanderern den Zugang zu diesen Diensten verwehrt. Im Rahmen von Gerichtsverfahren haben aber bereits einige Personen Recht bekommen. Deshalb wird das römische Parlament nicht umhin kommen, diese Öffnung zu gewähren.

Wir sind zur Zeit dabei, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass auch jene neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die die Staatsbürgerschaft nicht haben, den Landeszivildienst leisten können. Wir haben bereits entschieden, die Mittel dafür aufzustocken. Es gibt nämlich sehr viele Nachfragen von Verbänden, Vereinen und Organisationen nach solchen freiwillig Zivildienstleistenden. Es werden rund 300.000 Euro bis 400.000 Euro zusätzlich benötigt, wobei wir diese aus dem Reservefonds nehmen werden.

PRÄSIDENT: Bevor ich dem Kollegen Dello Sbarba das Wort für die Replik gebe, möchte ich die fünfte Klasse der Grundschule Völlan mit Lehrerin Frei herzlich begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

Kollege Dello Sbarba, Sie haben das Wort für die Replik.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ringrazio i colleghi e le colleghe che sono intervenuti. Dico subito che sono d'accordo con la proposta che mi sembra di buon senso del presidente Kompatscher, cioè di sostituire "buona padronanza" con "soddisfacente padronanza" e togliere questa "o" nella parentesi. La frase risulta quindi essere: "...soddisfacente padronanza della lingua italiana (e tedesca per chi svolge servizio civile in provincia di Bolzano)", perché qui non si tratta di chiedere patentini di bilinguismo ma si tratta di affidare alle organizzazioni che dovranno accettare queste persone di valutare loro se la persona è in grado di muoversi nelle lingue in maniera soddisfacente rispetto al servizio o alla situazione concreta, come diceva prima la collega Foppa.

L'accettazione di questo voto credo sia un piccolo passo concreto per implementare una politica di inclusione nella nostra provincia soprattutto rivolta alle seconde generazioni dei giovani migranti che sono la chiave per l'integrazione o anche per il fallimento dell'integrazione. È una cosa che in Europa abbiamo visto già. Le seconde generazioni sono quelle più volenterose e più interessate all'integrazione, ma anche quelle più rabbiose rispetto ad una discriminazione, perché si sentono come noi, magari sono nati in altri paesi ma sono arrivati da piccolissimi, sono cresciuti qui, parlano la nostra lingua, il dialetto, hanno fatto nelle nostre scuole e poi improvvisamente si trovano di fronte un muro. Con questo voto al Parlamento apriamo una porta di questo muro e spero che possano entrare nella nostra società e nel nostro circuito civile e culturale più persone possibili.

Ringrazio quindi per il sostegno.

PRÄSIDENT: Wir stimmen über den Beschlussantrag mit der genannten Änderung ab. Ich eröffne die Abstimmung: einstimmig genehmigt.

An diesem Punkt ist die der Behandlung der Tagesordnungspunkte der Minderheit vorbehaltene Zeit abgelaufen. Wir kommen nun also zur Behandlung der Tagesordnungspunkte der Mehrheit.

Punkt 108 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 97/14 vom 31.3.2014, eingebracht von der Abgeordneten Hochgruber Kuenzer, betreffend Berufsbild des Wanderleiters/der Wanderleiterin".**

Punto 108) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 97/14 del 31/3/2014, presentata dalla consigliera Hochgruber Kuenzer, riguardante la figura professionale dell'accompagnatore/dell'accompagnatrice di media montagna".**

Laut Begleitbericht des Einbringers, sprich der damaligen Landesregierung, war Zweck und Ziel des entsprechenden Landesgesetzentwurfes Nr. 148/12 "Regelung von Tourismusberufen" eine Gesetzeslücke zu schließen, weil es damals in Südtirol keine gesetzliche Bestimmung gab, welche die Berufe des Fremdenführers/der Fremdenführerin und des Reiseleiters/der Reiseleiterin regelte. Dadurch versuchten die Verantwortlichen eine bessere Qualität in diesem Bereich zu gewährleisten und zu fördern.

Der Landesgesetzentwurf Nr. 148/12 wurde vom III. Gesetzgebungsausschuss des Südtiroler Landtages behandelt. Im Rahmen der Generaldebatte sprachen sich die Abgeordneten dafür aus, das Berufsbild des Wanderführers/der Wanderführerin einzuführen, da diese als Kenner des Landes und der Südtiroler Kultur vor allem für den Sommertourismus von Nutzen seien. Schlussendlich einigte sich der Ausschuss einstimmig darauf, eine Regelung für Wanderführer/Wanderführerinnen in das Gesetz über die "Bergführer- und Skiführerordnung" einzuführen.

Somit wurde mit Artikel 13 Absatz 2 des Landesgesetzes vom 5. Dezember 2012, Nr. 21, "Regelung von Tourismusberufen" nach Artikel 8-bis des Landesgesetzes vom 13. Dezember 1991, Nr. 33, "Berg- und Skiführerordnung" folgender Artikel eingefügt:

"Art. 8-ter (Wanderleiter/Wanderleiterin)

(1) Wanderleiter/Wanderleiterin ist, wer berufsmäßig, jedoch nicht unbedingt ausschließlich und dauernd, folgende Tätigkeiten ausübt:

Personen ohne Verwendung von Steigeisen, Seil und Eispickel auf Wanderwegen begleitet, ausgenommen auf Klettersteigen, gesicherten Steigen und Gletschern, unter Beachtung der Sicherheits- und Vorsichtsregeln über die Landschaft und die Naturschönheiten sowie die historischen, ethnografischen und topografischen Aspekte der erwanderten Gebiete informiert und deren Wertschätzung vermittelt.

(2) Für die Berufstätigkeit laut Absatz 1 unterliegen folgende Personen nicht den Bestimmungen dieses Gesetzes:

die Inhaber und Inhaberinnen von gastgewerblichen Beherbergungsbetrieben und von Privatzimmervermietungen sowie deren Familienmitglieder und deren lohnabhängigen Mitarbeiter, wenn sie mit ihren Gästen wandern,

die Inhaber und Inhaberinnen von Betrieben sowie deren Familienmitglieder im Rahmen der Tätigkeit des Urlaub auf dem Bauernhof gemäß Landesgesetz vom 19. September 2008, Nr. 7, in geltender Fassung.

(3) Die Landesregierung bestimmt das Gebiet, die Bedingungen und die Modalitäten für die Ausübung des Berufes des Wanderleiters/der Wanderleiterin.

(4) Die Bergführer/Bergführerinnen und die Bergführeranwärter/Bergführeranwärterinnen dürfen die Tätigkeiten gemäß diesem Artikel ausüben.⁵⁾⁶⁾

⁵⁾ Art. 8-er wurde hinzugefügt durch Art. 13 Absatz 2 des L.G. vom 5. Dezember 2012, Nr. 21.

⁶⁾ Der Verfassungsgerichtshof hat mit Urteil vom 10. Dezember 2013, Nr. 311 die Verfassungsbeschwerden zu Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b), Artikel 7 Absatz 1 Buchstaben d) und e) und Artikel 13 Absatz 2 des L.G. vom 5. Dezember 2012, Nr. 21, für unzulässig erklärt."

Nachdem nun das Berufsbild des Wanderleiters/der Wanderleiterin gesetzlich definiert und verankert worden war, absolvierten viele Betroffene in diversen Bildungseinrichtungen Südtirols entsprechende Fort- und Ausbildungen.

Bis heute aber hat die Südtiroler Landesregierung ihren Auftrag laut Artikel 8-ter Absatz 3 des Landesgesetzes vom 13. Dezember 1991, Nr. 33, "Berg- und Skiführerordnung" nicht erfüllt und hat weder das Gebiet, noch die Bedingungen und die Modalitäten für die Ausübung des Berufs des Wanderleiters/der Wanderleiterin bestimmt.

Dieser Umstand führt zwangsläufig zu einer unbefriedigenden Situation und großer Rechtsunsicherheit für die Wanderleiter und Wanderleiterinnen.

Dies vorausgeschickt,

spricht sich
der Südtiroler Landtag
dafür aus,

die Landesregierung zu verpflichten, ihrer Pflicht laut Artikel 8-ter Absatz 3 des Landesgesetzes vom 13. Dezember 1991, Nr. 33, "Berg- und Skiführerordnung" nachzukommen und eine Durchführungsbestimmung zum besagten Artikel zu erlassen.

Nella relazione illustrativa della Giunta sul disegno di legge provinciale n. 148/12 "Disciplina di professioni turistiche" si spiega che si trattava di colmare un vuoto normativo, visto che allora in Alto Adige non esisteva ancora una disciplina delle professioni di guida turistica e di accompagnatore/accompagnatrice turistica. I responsabili cercavano così di garantire e favorire una migliore qualità in questo settore.

Il disegno di legge provinciale n. 148/12 è stato esaminato dalla III commissione legislativa del Consiglio provinciale. Nell'ambito della discussione generale i/le componenti della commissione si dichiararono favorevoli all'introduzione della figura professionale dell'accompagnatore/dell'accompagnatrice di media montagna che, conoscendo il territorio e la cultura locale, poteva rivelarsi utile soprattutto nei mesi estivi. Alla fine la commissione decise all'unanimità di inserire nell'"Ordinamento delle guide alpine – guide sciatori" una norma sulla figura dell'accompagnatore/dell'accompagnatrice di media montagna.

Con l'articolo 13, comma 2 della legge provinciale 5 dicembre 2012, n. 21, "Disciplina di professioni turistiche", dopo l'articolo 8-bis della legge provinciale 13 dicembre 1991, n. 33, "Ordinamento delle guide alpine – guide sciatori" è stato introdotto il seguente articolo:

"Art. 8-ter (Accompagnatore/Accompagnatrice di media montagna)

(1) accompagnatore/accompagnatrice di media montagna chi svolge professionalmente, anche in modo non esclusivo e non continuativo, le seguenti attività:

accompagna gli escursionisti, senza l'ausilio di ramponi, corda e piccozza, su sentieri, esclusi le vie ferrate, i sentieri attrezzati e i ghiacciai;

fa conoscere ed apprezzare, nel rispetto delle regole della sicurezza e della prudenza, il paesaggio e le bellezze naturali, nonché gli aspetti storici, etnografici e topografici dei luoghi in cui si svolgono le escursioni.

(2) Per l'attività professionale di cui al comma 1, i seguenti soggetti non rientrano nell'applicazione della presente legge:

i titolari e le titolari di esercizi ricettivi e di affittacamere nonché i loro familiari e dipendenti, che accompagnano in gita i propri clienti;

i titolari e le titolari di aziende ed i loro familiari nell'ambito dell'attività agrituristica ai sensi della legge provinciale 19 settembre 2008, n. 7, e successive modifiche.

(3) La Giunta provinciale determina l'ambito territoriale, le condizioni e le modalità dell'esercizio della professione di accompagnatore di media montagna/accompagnatrice di media montagna.

(4) Le guide alpine e gli aspiranti/le aspiranti guida possono svolgere le attività di cui al presente articolo.^{5) 6)}

⁵⁾ L'art. 8-ter è stato inserito dall'art. 13, comma 2, della L.P. 5 dicembre 2012, n. 21.

⁶⁾ La Corte costituzionale con sentenza del 10 dicembre 2013, n. 311 ha dichiarato inammissibili le questioni di legittimità costituzionale degli artt. 3, comma 1, lettera b), art. 7, comma 1, lettere d) ed e), e art. 13, comma 2, della L.P. 5 dicembre 2012, n. 21."

Essendo nel frattempo la figura professionale dell'accompagnatore/accompagnatrice di media montagna stabilita e definita per legge, numerose persone hanno seguito la relativa formazione presso varie strutture formative esistenti in Alto Adige.

A tutt'oggi la Giunta provinciale non ha però provveduto a quanto stabilito al comma 3 dell'articolo 8-ter della legge provinciale 13 dicembre 1991, n. 33, "Ordinamento delle guide alpine – guide sciatori" e quindi non ha determinato l'ambito territoriale, le condizioni e le modalità dell'esercizio di questa professione.

Questa circostanza crea necessariamente una situazione precaria e di grande incertezza per gli accompagnatori e le accompagnatrici di media montagna.

Ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
si dichiara favorevole*

a impegnare la Giunta provinciale a provvedere a quanto stabilito nell'articolo 8-ter, comma 3 della legge provinciale 13 dicembre 1991, n. 33, "Ordinamento delle guide alpine – guide sciatori" e a emanare la disposizione attuativa relativa a tale articolo.

Frau Abgeordnete Hochgruber Kuenzer, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

HOCHGRUBER KUENZER (SVP): Danke, Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde den Beschlussantrag nicht verlesen, sondern kurz erläutern. Es geht um das Berufsbild des Wanderleiters, das im Jahr 2012 mit einem Landesgesetz eingeführt wurde, wobei die Durchführungsverordnung bzw. die Kriterien für das Berufsbild Wanderleiter aber noch fehlen. Es ergeht die Aufforderung an die Landesregierung, Kriterien zu erlassen, um das Berufsbild des Wanderleiters endlich konkret in die Tat umzusetzen. Die Wanderleiter möchten ihre Tätigkeit geregelt haben. Ich weise darauf hin, dass in den letzten Jahren mehr als 400 Südtirolerinnen und Südtiroler eine Ausbildung als Wanderleiterin bzw. Wanderleiter gemacht haben. Ich finde es persönlich sehr vorteilhaft für das Land Südtirol, wenn sich Menschen mit der Geschichte, mit der Natur, mit Umwelt, mit Brauchtum und Traditionen, mit Anbau und Verarbeitung von Produkten auseinandersetzen und diese sowohl Einheimischen, als auch Gästen erklären und näher bringen. Wenn wir einen positiven Bezug zu einem Land haben, dann neigen wir dazu, wieder dorthin zu fahren, weil wir von diesem Land Geschichten kennen und auch erzählen können. Die Wanderleiter möchten, dass auch ihre Tätigkeit, so wie jene der Bergführer, geregelt wird. Das Positive an der Zusammenarbeit zwischen Bergführern und Wanderleitern ist, dass sich beide für klare Kriterien interessieren, damit beide wissen, wo und wie sich bewegen können. Auf noch etwas möchte ich hinweisen. Ihr habt alle die Berichte des AVS, des HGV und des TIS bekommen, die unterschiedliche Stellungnahmen abgegeben und eine unterschiedliche Bewertung dieses Berufsbildes vornehmen. Ich verstehe die Angst von verschiedenen Gruppierungen nicht, dass sie ihre Tätigkeit nicht mehr frei ausüben können, wenn das reglementiert wird. Das ist nicht der Fall! In Südtirol gibt es viele in Berufskammern eingetragene Berufsgruppen, wo nebenher derselbe Beruf ausgeübt wird. Ich denke nicht, dass sich diese Leute gegenseitig vor Gericht anzeigen würden, denn so groß ist Südtirol nun auch wieder nicht. Es gibt ja für Hotel- und Tourismusbetriebe Ausnahmestimmungen, zu denen ich mich nicht zu äußern brauche. Es ist natürlich richtig, dass ein Hotelier, wenn es die Gäste wünschen, mit ihnen die Natur begeht und ihnen Geschichten über uns Land erzählt.

Ein weiteres wichtiges Argument ist Folgendes: Mit diesem Berufsbild wird auch Einkommen erworben. Es ist eine Erwerbstätigkeit, auch wenn das Einkommen nicht hoch ist. Wenn jemand sechs Stunden mit Menschen unterwegs ist, dann bekommt er dafür ungefähr 150 Euro. Das ist nicht unbedingt viel. Die Wanderleiter kennen natürlich auch die Kräuter, die Wildarten, die Geographie und können Geschichten zum Umfeld erzählen, darunter auch Märchen aus dem Gadertal. Wenn wir diese Berufsgruppe legalisieren, dann fördern wir damit auch Erwerbsarbeit. Mit derselben wird Einkommen erwirtschaftet, was versteuert wird. Wir verteilen mit dem Landeshaushalt nur von unseren fleißigen Mitmenschen gezahlte Steuern. Auch das ist ein Grund dafür, dieses Berufsbild zu festigen. Dieser Bereich wird fast ausschließlich als Teilzeitberuf ausgeübt, weil es in Südtirol auch von der Witterung her nicht möglich ist, ihn hauptberuflich auszuüben. Ich bin selber Präsidentin einer Kinderbetreuungsorganisation und sehe, wie Kleinkinderbetreuung in Schwarzarbeit erfolgt. Es wäre mir nie in den Sinn gekommen, diese Schwarzarbeit aufzuzeigen, wobei das natürlich jeder aus seiner eigenen Verantwortung heraus machen kann. Ich bevorzuge auf jeden Fall ein reguläres Arbeitsverhältnis und ein reguläres Einkommen, denn nur so ist der Wohlstand in Südtirol zustande gekommen. Schauen wir uns andere Regionen an, in denen alles liberalisiert worden ist. Wenn Kolleginnen und Kollegen sagen, dass es zu viel Bürokratismus geben würde, dann möchte ich

nur daran erinnern, dass wir gestern beim Antrag über das Freihandelsabkommen gesagt haben, dass die Regionalität gestärkt werden müsse und uns die Besonderheit Lebensqualität und einen hohen Lebensstandard bringe. Ein hoher Lebensstandard kann nur ermöglicht werden, wenn Menschen arbeiten und bereit sind, Steuern zu zahlen. Die Wanderleiter sind Botschafter Südtirols, und deshalb kann ich die Skepsis ihnen gegenüber nicht nachvollziehen. Ich sehe mehr Vorteile als Nachteile und ich sehe auch, dass die Menschen in Zukunft wieder viel mehr in die Natur hinausgehen werden. Auch die Gäste wollen wieder mehr das Naturerlebnis spüren und weniger die Wellness-Angebote der verschiedenen Hotels nutzen. Dasselbe gilt auch für die Einheimischen. Ich war letzt-hin mit einer Gruppe im Schnalstal unterwegs und habe eine Wanderleiterin beansprucht. Diese hat uns die Geschichte der Kartause und andere Dinge in Zusammenhang mit dem Tal erzählt. Es geht um Beziehungen, die Wanderleiterinnen und Wanderleiter sehr wohl herstellen können.

Wie gesagt, ich kann die Angst bestimmter Gruppierungen nicht nachvollziehen. Natürlich entscheidet immer der Markt, wobei es natürlich nicht so sein soll, dass in Zukunft nur mehr Wanderführer angefordert werden müssen.

STEGER (SVP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Brauchen wir Zugangseinschränkungen zu gewissen Berufen oder soll der freie Markt entscheiden, wer die Berufe ausübt? Wir brauchen sie, wenn ein hohes Gut in Frage steht. Welches hohe Gut steht bei einem Wanderleiter derart in Frage, dass man nur einigen den Zugang zu diesem Beruf gewähren kann und anderen nicht? Ist es das hohe Gut der Sicherheit? Wo bleibt die Eigenverantwortung derjenigen, die wandern? Ich habe nichts gegen ein Berufsbild für Wanderleiter, aber ich habe etwas dagegen, wenn man das Berufsbild zur Voraussetzung dafür macht, dass man den Beruf ausüben kann. Ich mache gerne ein Beispiel. Früher hat es im Handwerk die Verpflichtung gegeben, die Meisterausbildung zu machen, um einen handwerklichen Beruf selbständig ausüben zu können. Ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes hat in den 80-er Jahren diese verpflichtende Voraussetzung abgeschafft. Jeder – auch die Kollegin Kuenzer oder ich – kann die Tätigkeit eines Tischlers ausüben, und ich glaube schon, dass der Sicherheitsaspekt beim Tischler nicht geringer ist als bei einer Wanderbegleitung. Man hat gesagt, dass man selbstverständlich auch für das Handwerk ein Berufsbild schaffen werde. Selbstverständlich würde man genau schauen, was die Ausübenden lernen sollen und wie sie sich weiterbilden können. In den 90-er Jahren ist ein entsprechendes Landesgesetz erlassen worden, mit welchem beschlossen wurde, dass derjenige, der die Meisterausbildung absolviert hat, ein Landesemblem "Meisterbetrieb" führen kann. Dann weiß der Kunde, dass er es mit einem Tischlermeister oder mit einem anderen Handwerksmeister zu tun hat. Das könnte man auch beim Wanderleiter machen, beispielsweise mit dem Emblem "Geprüfter Wanderleiter". Aus meiner Sicht ist es nicht in Ordnung, wenn man jetzt eine Berufszugangsbeschränkung vornimmt. Es ist Bürokratie, Kollegin Kuenzer! Sie müssen Kontrollmechanismen einführen. Ein Wort auch zu den Ausnahmestimmungen. Es werden die Richter entscheiden müssen, ob diese Ausnahmen überhaupt rechtmäßig sind. Berufszugangsbeschränkungen dürfen nur gemacht werden, wenn ein bestimmtes hohes Gut in Gefahr ist, in diesem Fall die Sicherheit. Ich bin der Meinung, dass man zu weit geht, wenn man Berufszugangsvoraussetzungen erschwert und nicht den freien Markt entscheiden lässt. Es werden auch weiterhin die Gäste entscheiden, welchen Wanderführer sie mitnehmen wollen. Da braucht es nicht Einschränkungen, Kammern oder öffentliche Strukturen. Man sollte auf freiwilliger Ebene eine Ausbildung akzeptieren und das auch nach außen demonstrieren und nicht dieses Berufsbild verpflichtend nur für einige wenige zulassen. Das wäre ein Schritt zu weit! Deshalb werde ich gegen diesen Beschlussantrag stimmen.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ich werde für diesen Beschlussantrag stimmen, obwohl ich nicht jemand bin, der mehr Bürokratie das Wort redet. Ich bin aber für Qualifikation! Gerade als Tourismusland müssen wir daran interessiert sein, Menschen, die mit Leuten umgehen, eine gute Ausbildung zukommen zu lassen. Wanderführer sind auf einer anderen Ebene angesiedelt als Bergführer und Skilehrer, aber auch bei ihnen ist Qualifikation wichtig. Wir haben ein Schreiben vom TIS bekommen, und es hat mich schon gewundert, dass dieses sich zu diesem Thema äußert. Ich weiß nicht, ob das ein Gefälligkeitsgutachten ist, aber inhaltlich muss man dem zustimmen. Immerhin passierten 36 Prozent der Alpinunfälle im Zeitraum 2012-2013 beim Wandern. Natürlich kann man sagen, dass man sich auch in Begleitung eines Wanderführers verletzen kann, aber wo man hinget und nicht, können Ortskundige besser entscheiden. Der HGV hat sich im Vorfeld gewehrt, weil das Ganze so vermittelt worden ist, als ob die Wirte ihre Gäste nicht mehr begleiten dürften. Diese Tätigkeit steht im Gesetz ausdrücklich als Ausnahme drinnen. Deshalb verstehe ich das nicht! Auch Urlaub-am-Bauernhof-Anbieter, Privatzimmervermieter und andere, die Gäste beherbergen, sind ausgenommen. Die dürfen ihre Gäste auch weiterhin führen. Mehr Qualifikation kann sicher nicht schaden. Meiner Meinung nach ist das ein Mehrwert für unsere Wirtschaft,

vor allem für den Tourismus. Wie gesagt, die ideologischen Kämpfe im Vorfeld habe ich nicht verstanden. Wir sind in Verzug, denn im Gesetz steht, dass es eine Durchführungsbestimmung braucht. Diese wurde bis jetzt nicht gemacht, und deshalb unterstütze ich den Beschlussantrag der Kollegin Kuenzer voll und ganz. Man sollte diese Berufsgruppe ernst nehmen. Es kommt nicht auf die Anzahl an, sondern auf die Qualifikation in diesem Bereich. Die Landesregierung möge einen Termin für das Erlassen dieser Durchführungsbestimmung fixieren, denn das ist keine große Hexerei.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Wir haben in der letzten Legislaturperiode eine ähnliche Diskussion geführt, als es um die Tourismusführer gegangen ist. Es klingt natürlich gut, dass man das Ganze liberalisieren und an die Eigenverantwortung appellieren soll, aber ich erinnere daran, dass es auch bei den Skilehrern klare Kriterien gibt, auch um zu verhindern, dass Leute aus anderen Regionen herkommen und unseren Gäste das Skifahren beibringen. Ich habe dem Kollegen Steger gerade ein paar Fälle genannt, in denen Tourismustreibende aus Polen nach Südtirol kommen und Gäste in unserem Land herumführen. Da stellt sich schon die Frage, ob das sinnvoll ist oder ob es nicht zweckmäßig wäre, ein klares Berufsbild zu schaffen. Wir haben ein Schreiben des AVS bekommen, der bestimmt nicht in Verdacht steht, jemanden schönzureden oder das Interesse einer Partei oder eines Politikers zu vertreten. Wenn selbst der AVS als unbestreitbare Institution in Sachen Wandern und Bergsteigen der Politik empfiehlt, diese Regelung zu treffen, dann kommt es mir schon ein bisschen komisch vor, wenn wir nur auf den Protest des HGV eingehen. Das ist der Grund, der dahinter steht! Der HGV protestiert seit Wochen auf allen Ebenen dagegen! Wenn wir dieses Prinzip gelten lassen würden, dann könnten wir auf allen anderen Ebenen Liberalisierungen zulassen. In Südtirol gibt es Wanderwege, und wenn man sich in diesen Gebieten nicht auskennt, dann kann man in gefährliche Situationen kommen, insbesondere dann, wenn man es mit Leuten zu tun hat, die keine Gebirgsfahrung haben. Da braucht es manches Mal Leute, die eine Tour vorab planen und das Gebiet kennen. Der Meraner Höhenweg ist ein gutes Beispiel dafür. Vielleicht sollten wir hier wirklich einmal den Blick über den Tellerrand hinauswerfen. Wenn es in der Schweiz, in Österreich und sogar in Teilen Italiens solche qualifizierte Begleiter für Wanderungen gibt, warum nicht auch in Südtirol? Es kann nicht sein, dass wir auf Druck eines Verbandes Politik machen. Deshalb werden wir diesem Beschlussantrag zustimmen, wobei der persönliche Kontakt auch in Zukunft möglich sein muss. Ein Hotelier muss auch weiterhin eine geführte Wanderung mit seinen Gästen machen können. Unser Land lebt auch vom Qualitätstourismus und davon, dass die Gäste bei ihren Wanderungen über die besonderen Situationen informiert werden. Das kann nur jemand, der vor Ort Erfahrung hat und nicht jemand, der aus Polen, Ungarn oder anderswo herkommt und hier zu einem niedrigen Preis ein gutes Geschäft machen will. Es ist sinnvoll, dieses Berufsbild, das sich in anderen Regionen bereits bewährt hat, einzuführen. Nur in Südtirol soll das der Untergang sein? Diese Argumentation ist doch ein bisschen zu einfach!

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Eine Zustimmung kommt auch von unserer Seite. Ich bin selber Mitinhaber eines Tourismusbetriebes und darf mich dann und wann trotz meiner grünen Herkunft auch auf diese Traditionsschiene berufen. Ich möchte mit Nachdruck sagen, dass es das Berufsbild der Wanderleiter und entsprechende Durchführungsbestimmungen braucht, und zwar gerade aus ökologischen Gründen. Es ist bitter notwendig, dass Südtirol nicht nur als touristische Benutzeroberfläche und als nach Belieben zu bespielende Region verkauft wird. Es braucht in diesem Bereich Leiterinnen und Leiter, die dieses Land kennen, seine Qualitäten schätzen und entsprechend an die Gäste vermitteln. Der Respekt vor Natur und Landschaft und vor den Kulturschätzen muss an die Gäste herangetragen werden und es muss auch eine Haltung entwickelt werden, die unsere Heimat entsprechend wertschätzt. Es ist schon wichtig, dass das Berufsbild der Wanderleiterinnen und Wanderleiter mit einer Durchführungsverordnung verankert wird.

Wichtig ist, dass diese Leiterinnen und Leiter qualitativ auf einen guten Standard kommen und nicht durch einen Schnellsiederkurs gebrieft in diese Qualifikation hineinkommen. Unter diesem Gesichtspunkt halte ich ein entsprechendes Handeln der Landesregierung notwendig, um diese Berufskategorie ein wenig abzusichern und um unseren Gästen eine zunehmend auch von dieser neuen Sicht auf das Land Südtirol geprägte Sichtweise zu vermitteln. Es ist notwendig, Südtirol als Genussland nicht nur "aufzumarenden", sondern entsprechend nach außen zu tragen.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich möchte kurz auf den Aspekt der Professionalisierung eingehen, den mein Kollege Hans Heiss schon angesprochen hat. Das, was wir nicht möchten, ist, dass Urlaub-auf-dem-Bauernhof-Anbieter oder Gastwirte, die einen kurzen Schnellsiederkurs gemacht haben,

über das Berufsbild legitimiert werden. Wenn der Hintergrund ist zu professionalisieren – ich würde nahelegen, das im beschließenden Teil zu spezifizieren –, dann geht das in Ordnung. Hier steht wirklich viel im Spiel, und es wäre schade, wenn auf eine ganze Reihe von Menschen, die engagiert durch unser Land führen, ein schlechtes Licht geworfen würde.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich erinnere mich an die Diskussion zum entsprechenden Gesetzentwurf. Damals war Landesrat Berger zuständig, der eine Haltung eingenommen hat, die für mich nicht ganz klar war. Vielleicht weiß die Kollegin Kuenzer, warum die Landesregierung bezüglich der Modalitäten bis heute nicht tätig geworden ist. Eigentlich ist es ungewöhnlich, dass man die Landesregierung mit Beschlussanträgen an ihre Verpflichtungen erinnern muss, die sie mit einem Gesetz übernommen hat. Das Gesetz ist genehmigt worden und in Kraft getreten, aber die Landesregierung hat einen der wichtigsten Punkte bis heute nicht erfüllt. Ohne diese Kriterien kann ein Gesetz nicht in Kraft treten. Deshalb sind solche Bestimmungen im Landtag nie gerne gesehen, besonders bei der Opposition nicht. Wie gesagt, wer waren da die Bremser? War es Landesrat Berger selber, der damals schon eine eigenartige Haltung eingenommen hat, oder warum hat sich diesbezüglich noch nichts getan?

BLAAS (Die Freiheitlichen): Ich beantrage vorab die namentliche Abstimmung.

PRÄSIDENT: In Ordnung.
Herr Abgeordneter Steger, bitte.

STEGER (SVP): Ich beantrage eine kurze Unterbrechung der Sitzung.

PRÄSIDENT: In Ordnung.
Bevor ich die Sitzung unterbrechen, möchte ich noch herzlich die Klasse 3 D der Mittelschule Lana mit Professor Pircher begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

ORE 12.10 UHR

ORE 12.17 UHR

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.
Ich erteile Landeshauptmann Kompatscher das Wort für die Stellungnahme seitens der Landesregierung.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Kollegin Kuenzer! Wir sind uns einig, dass das Berufsbild des Wanderbegleiters wichtig ist. Wir wollen diese Qualifizierung und wollen ein Angebot an Wanderbegleiterinnen und –begleitern, die das Gebiet kennen, entsprechende Informationen geben können, und zwar in einer Art und Weise, die der heutigen Zeit entspricht, möglichst in der jeweiligen Sprache usw. Das Problem, das wir mit dem Gesetz haben, ist vielleicht erst auf den zweiten Blick erkennbar. So, wie das Gesetz formuliert ist, dürften nur mehr geprüfte Wanderleiter oder Mitarbeiter von Hotelbetrieben Personen führen. Jede andere Person wäre ausgeschlossen. Wenn man einen solchen Ausschluss definiert, muss man diesen natürlich auch kontrollieren und sanktionieren. Auch dazu würde die Durchführungsbestimmung dienen. Damit habe ich als Wirtschaftslandesrat, aber auch viele andere Mitglieder der Fraktion der Südtiroler Volkspartei ein Problem und nicht nur der HGV. Das ist wiederum diese Regelungswut, die uns auszeichnet. Wir sprechen in diesem Saal immer wieder von Bürokratieabbau, aber wenn wir das so umsetzen würden, dann würden wir ungewollt wieder Bürokratie schaffen. Auf der einen Seite gäbe es die Wanderbegleiter mit Ausbildung, auf der anderen Seite jene Personen, die es ohne Ausbildung machen dürfen, beispielsweise der "Tuttofare" des Hotels. Und alle anderen wären ausgeschlossen! Wenn man sagt, dass man damit auch sicherstellen würde, dass nur Südtirolerinnen und Südtiroler Wanderführer zum Einsatz kommen würden, dann stimmt das nicht, denn wenn Personen in Polen eine ähnliche Zulassung haben, dann dürfen sie diese Tätigkeit laut EU-Recht auch bei uns ausüben. Das sehen wir ja auch bei den Skilehrern. Aus diesem Grund und um die ursprüngliche Zielsetzung des Gesetzes zu erreichen, würde ich vorschlagen, im demnächst zur Behandlung kommenden Omnibusgesetz einen entsprechenden Änderungsantrag zum Artikel 8-ter einzubringen, und zwar in der Form, dass es den Ausschluss nicht mehr gibt. Das Berufsbild wird beibehalten, und ich würde sogar vorschlagen, dass die Landesregierung Maßnahmen ergreifen soll, um dasselbe zu bewerben und zu unterstützen. Es muss natürlich auch geregelt wer-

den, wie die Prüfungen ablaufen, welche Fortbildungen man im Laufe der Tätigkeit machen muss usw. Gleichzeitig soll der Ausschluss komplett entfernt werden. Dann brauchen wir auch keine Ausnahme für Hoteliers usw. Das wäre mein Vorschlag. Unmittelbar darauf muss natürlich die entsprechende Durchführungsverordnung erlassen werden, damit das Ganze greifen kann. Wie gesagt, ich würde vorschlagen, das Gesetz anzupassen, um dem Vorwurf der Regelungswut entgegenzutreten und das Ganze marktgerecht und vernünftig zu gestalten. Letztlich werden sich dann die Geprüften durchsetzen. Wenn ich Gast bin und ein Angebot von jemandem bekomme, von dem ich nicht weiß, ob er überhaupt eine Ahnung hat, und ein weiteres Angebot von jemandem mit einem geprüften Siegel, dann werde ich wahrscheinlich letzteres annehmen. Ich würde die Kollegin Kuenzer also ersuchen, den Beschlussantrag zurückzuziehen. Dann hätten wir die Quadratur des Kreises: Es gibt das Berufsbild und gut ausgebildete Wanderführer, die wir am Markt entsprechend unterstützen werden. Gleichzeitig müssen wir nicht unnötig Bürokratie aufbauen. Im Übrigen möchte ich noch sagen, dass der Großteil der Gäste die Wanderungen ohne Begleitung unternimmt. Es wird sich also nicht allzu viel ändern, wobei ich natürlich hoffe, dass viele den Dienst der Wanderführer in Anspruch nehmen werden. Es wird aber nie die Mehrheit sein. Wir haben jedes Jahr sechs Millionen Gäste, die ohne Begleitung wandern, und deshalb wird sich auch die Unfallgefahr nur relativ einschränken lassen.

Wie gesagt, das wäre der Vorschlag der Landesregierung.

HOCHGRUBER KUENZER (SVP): Die Angst ist anscheinend größer, als ich dachte. Ich möchte überhaupt nicht in Frage stellen, dass Menschen, die die Ausbildung nicht absolviert haben, diese Tätigkeit nicht gut ausüben können. Es geht immer darum, wie viel Freude ich damit habe und wie ich mich damit auseinandersetze.

Frau Kollegin Klotz, es ist die Aufgabe von uns Abgeordneten, zu schauen, wie viele Blindgänger es in den Gesetzen gibt und wo es Durchführungsbestimmungen braucht.

Ich kann dem Vorschlag des Landeshauptmannes zustimmen, und zwar deshalb, weil das Ganze zeitlich überschaubar ist. Wenn der Omnibus-Gesetzentwurf im Juli in den Landtag kommt, dann werden wir im Herbst schauen können, wohin die Reise geht. Ich verpflichte mich dazu, die Landesregierung immer wieder darauf hinzuweisen, den heute versprochenen Vorschlägen nachzukommen. Das ist sicher auch im Sinne der jetzt tätigen Wanderleiter. Ich habe nie gehört, dass ein Wanderleiter, der in das Berufsverzeichnis eingetragen ist, die anderen, die keine Ausbildung haben, anzeigen würde. Anscheinend ist die Sorge aber doch größer, als ich es mir vorgestellt habe. Deshalb ziehe ich den Beschlussantrag zurück und hoffe auf eine zufriedenstellende Lösung.

Punkt 110 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 10/14: "Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung"*.

Punto 110) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 10/14: "Assistenza sanitaria transfrontaliera"*.

Begleitbericht/relazione accompagnatoria

Dieser Gesetzesartikel muss aufgrund der Umsetzung in Italien der EU-Richtlinie 2011/EU/24 über die Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung in die Landesgesetzgebung aufgenommen werden.

Mit dem ersten Absatz wird die staatliche Bestimmung abgeschwächt, welche vorsieht, dass das Ansuchen um vorherige Genehmigung abgelehnt werden muss, wenn im konkreten Fall die Behandlung innerhalb eines medizinisch vertretbaren Zeitraums im italienischen Staatsgebiet erfolgen kann. Dies soll vor allen Dingen deshalb geschehen, weil eine Behandlung im restlichen Staatsgebiet nicht für alle Südtiroler gleichbedeutend mit Behandlung in ihrer Muttersprache ist. Und da auch das emotionale Wohlergehen zu einer besseren Heilung beitragen kann, sollte man diesem Umstand Rechnung tragen, auch weil dieses Recht durch Art. 7 des D.P.R. vom vom 26. Jänner 1980, Nr. 197 (Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut auf dem Sachgebiet Gesundheitswesen) gewährleistet wird.

Der zweite Absatz sieht vor, dass die Beschwerden gegen die Ablehnung des Ansuchens um vorherige Genehmigung und jene gegen die Ablehnung des Ansuchens um Rückerstattung der im Rahmen der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung entstandenen Kosten in Südtirol an die in

der Abteilung Gesundheit angesiedelte Rekurskommission gerichtet werden müssen. Im Unterschied zu dieser Regelung werden die entsprechenden Beschwerden auf dem restlichen Staatsgebiet vom Generaldirektor der jeweiligen Sanitätseinheit entschieden.

Der dritte Absatz enthält die Bestimmung, dass im Falle der Kostenerstattung in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung laut Richtlinie 2011/24/EU die Bestimmungen betreffend die Kostenbeteiligung ("Ticket") nicht angewandt werden.

Diese Vorgehensweise wurde vom Sanitätsbetrieb Südtirol vorgeschlagen. Der bürokratische Aufwand bei der Festlegung der Höhe der unter Umständen anfallenden Kostenbeteiligung ist sehr groß, da es verschiedene Arten der Befreiung von der Kostenbeteiligung gibt. Dieser Aufwand ist in keiner Weise proportional zu den durch die Kostenbeteiligungsbeträge "eingesparten" Summen.

Schließlich wird eine Übergangsregelung vorgesehen, die garantieren soll, dass, wenn alle anderen Voraussetzungen gegeben sind, eine Rückerstattung auch für Leistungen im Rahmen der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung möglich ist, die im Zeitraum zwischen dem 25. Oktober 2013 und dem Inkrafttreten des vorliegenden Landesgesetzes in Anspruch genommen wurden, für die aber nicht vorher um die Genehmigung angesucht werden konnte.

Questo articolo di legge deve essere introdotto nella legislazione provinciale a causa dell'attuazione della direttiva comunitaria 2011/24/UE sui diritti dei pazienti relativi all'assistenza sanitaria transfrontaliera.

Con il comma 1 si intende attenuare la previsione statale secondo la quale è da rifiutare la richiesta di autorizzazione preventiva se, nel caso concreto, la prestazione sanitaria può essere erogata sul territorio italiano entro un termine ragionevole dal punto di vista clinico. Questo soprattutto per il motivo che una cura sul territorio nazionale non per tutti i cittadini altoatesini corrisponde a una cura ricevuta nella loro madrelingua. Siccome anche il benessere emotivo nelle cure serve per far guarire meglio i pazienti, se ne dovrebbe tenere conto, anche perché tale diritto è garantito dall'art. 7 del d.P.R. 26 gennaio 1980, n. 197 (norme di attuazione allo Statuto di autonomia in materia di sanità).

Il comma 2 prevede che i ricorsi contro il diniego della domanda di autorizzazione preventiva e contro il diniego della domanda di rimborso di costi derivanti dalla cura sanitaria transfrontaliera devono essere presentati alla Commissione provinciale istituita presso la Ripartizione Sanità. Diversamente da quanto previsto da tale norma, sui ricorsi in materia sul restante territorio nazionale decide il Direttore generale della rispettiva Azienda sanitaria locale.

Il comma 3 contiene la disposizione che in caso di rimborso per l'assistenza sanitaria transfrontaliera ai sensi della direttiva 2011/24/UE non si applicano le disposizioni riguardanti la compartecipazione alla spesa (cd. "ticket sanitario").

Questo iter è stato suggerito dall'Azienda sanitaria dell'Alto Adige. Il dispendio burocratico necessario per trovare la quota di compartecipazione eventualmente applicabile è molto alto, in quanto esistono diverse categorie di esenzione. Questo dispendio non è in nessun modo proporzionato alle somme "risparmiate" grazie agli importi di compartecipazione dovuti.

Infine è prevista una disposizione transitoria che dovrebbe garantire che, essendo soddisfatte tutte le altre condizioni, può aversi il rimborso dei costi anche per quelle prestazioni fruite nell'ambito dell'assistenza sanitaria transfrontaliera dopo il 25 ottobre 2013 e fino all'entrata in vigore della disciplina provinciale e per le quali non era possibile presentare una domanda di autorizzazione preventiva.

Bericht des IV. Gesetzgebungsausschusses/relazione della IV commissione legislativa

Die Arbeiten im Ausschuss

Der Landesgesetzentwurf Nr. 10/14 wurde vom IV. Gesetzgebungsausschuss in der Sitzung vom 9. Mai 2014 behandelt. An der Sitzung nahmen auch der Ressortdirektor für Gesundheit und Sport, Arbeit, Soziales und Chancengleichheit, Dr. Thomas Mathà, der Amtsdirektor für Gesundheitssprengel, Dr. Alfred König, und die Beamtin des Amtes für Gesundheitssprengel, Dr.in Dagmar Gasser, teil.

Da der Gesetzentwurf einen einzigen Artikel umfasst, wurden General- und Artikeldebatte gemäß Artikel 100 der Geschäftsordnung zusammengelegt.

Herr Dr. Thomas Mathà verwies bei der Erläuterung des Gesetzentwurfs auf die europäische Richtlinie Nr. 2011/24/EU, die schon seit 2011 die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung regelt und von Italien mit Verspätung erst in diesem Jahr mit dem gesetzesvertretenden Dekret Nr. 38 vom 4. März 2014 umgesetzt wurde. In Südtirol seien die vorliegenden Bestimmungen aufgrund der konkurrierenden Gesetzgebungsbefugnis in diesem Bereich durch die Einfügung eines neuen Artikels 34-bis in das Landesgesetz Nr. 7/2001 verabschiedet worden. Im Vergleich zum Inhalt der Richtlinie 2011/24/EU seien die italienischen Bestimmungen jedoch restriktiver, sodass die Europäische Kommission gar die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens in Erwägung ziehen könnte. Um dem Geist der europäischen Regelung besser zu entsprechen, habe sich der Landesgesetzgeber dazu entschlossen, den Zugang zu Leistungen der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung einfacher zu gestalten und auszuweiten. Diese Regelung solle es den Patienten ermöglichen, in anderen EU-Mitgliedsstaaten eine angemessene medizinische Betreuung zu erhalten und es den deutschsprachigen Südtirolern erlauben, sich in Einrichtungen im deutschsprachigen Raum behandeln zu lassen, in denen sie sich in ihrer Muttersprache verständigen können. Aus diesem Grund sehe der Gesetzentwurf im Rahmen einer Reform des Landesgesundheitsystems die Ausstellung einer vorherigen Genehmigung für die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung auch dann vor, wenn die betreffende Leistung in Italien in einem aus medizinischer Sicht vertretbaren Zeitraum erbracht werden kann. Zur Gewährleistung einer besseren Objektivität könne nach Maßgabe des Gesetzentwurfs gegen die Verweigerung der vorherigen Genehmigung bei der für Beschwerden im Zusammenhang mit Gesundheitsversorgungsleistungen zuständigen Landeskommission Beschwerde eingelegt werden. Auch diese Bestimmung unterscheide sich von der italienischen Regelung, wonach die Beschwerde hingegen an den Generaldirektor des jeweiligen Gesundheitsbetriebes zu richten sei. Der neue Artikel 34-bis verfüge unter Absatz 3, dass die Bestimmungen über die Kostenbeteiligung nicht für Rückerstattungen von grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgungsleistungen gelten. Sodann erläuterte Herr Dr. Mathà auch die Änderungsanträge von Landeshauptmann Kompatscher und Gesundheitslandesrätin Stocker zur Einfügung der Finanzbestimmung, der Entfernung der Übergangsbestimmung aus dem Text der Gesetzesnovelle und zur Einführung einer Klausel über die Dringlichkeit des Inkrafttretens des Gesetzes. Nach Inkrafttreten des Gesetzes werde man eine umfassende Informationskampagne für die Bürger starten, um hervorzuheben, dass diese neue Form der Gesundheitsversorgung weder für den Staat noch für das Land finanzielle Belastungen bedingen werde.

Herr Dr. Alfred König ging hingegen auf das Thema der Kosten der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgungsleistungen ein. Die Rückerstattung dieser Leistungen erfolge über die Auszahlung einer Pauschale von mindestens 3.000 bis höchstens 15.000 Euro und decke sowohl die Kosten eines chirurgischen Eingriffs als auch die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Eingriff. Jedenfalls werden dieselben Summen zurückerstattet, die in Italien nach dem System der interregionalen Patientenmobilität für dieselbe Art von Gesundheitsleistung ausbezahlt werden. Praktisch werde nur ein Teil der Kosten für die Gesundheitsversorgung in einem anderen Mitgliedsstaat gedeckt, der Rest gehe zu Lasten des Patienten, so König. Außerdem fordern ausländische Gesundheitseinrichtungen oft finanzielle Sicherstellungen als Kautionsleistung, um im Falle des Ablebens des Patienten einen Rechtsstreit mit den Erben zu vermeiden. Dies bedinge für den Patienten höhere Kosten für diese Art von Gesundheitsversorgung. Tatsächlich seien in den vier Gesundheitsbezirken seit Inkrafttreten des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 38/2014 bis dato nur um die dreißig Rückerstattungsanträge gestellt worden. Außerdem erlaube die Richtlinie Nr. 2011/24/EU auch die Behandlung in ausländischen Privateinrichtungen. Diese sei bisher unter Verwendung des Formblattes E112 nur in hochspezialisierten öffentlichen oder privaten Vertragseinrichtungen möglich gewesen. Der Vollständigkeit halber erinnerte Herr Dr. Alfred König schließlich daran, dass italienische Staatsbürger, die sich vorübergehend im Ausland aufhalten, im Rahmen der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung mit der Bürgerkarte dringende Gesundheitsleistungen auf Kosten des Gesundheitsdienstes in Anspruch nehmen können.

Der Abg. Helmuth Renzler meldete sich zum Gesetzentwurf zu Wort, um sich über die Änderungsanträge zu erkundigen, mit denen zwei neue Zusatzartikel eingefügt werden sollen. Die von der Landesregierung im Ausschuss eingebrachten Gesetzentwürfe sollten für die Bürger unmittelbar verständlich sein, weshalb man insbesondere auf die sprachlichen Aspekte achten müsse.

Herr Dr. Thomas Mathà antwortete, dass der Änderungsantrag zur Einfügung eines neuen Artikels 2 im Gesetzentwurf auf Anraten des Rechtsamtes des Landtags eingebracht worden sei, da die ursprünglich im Artikel 1 Absatz 2 enthaltene Übergangsbestimmung aus Gründen der Rechtsetzungs-technik nicht in das novellierte Landesgesetz Nr. 7/2001 eingefügt werden dürfe. Die Übergangsbestimmung betreffe nämlich die Anträge auf Kostenerstattung von Leistungen der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung, die vom 25. Oktober 2013 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes über die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung in Anspruch genommen wurden, also nach dem Inkrafttreten des Landesgesetzes Nr. 7/2001. Der Änderungsantrag zur Einfügung einer Dringlichkeitsklausel für das Inkrafttreten dieser neuen Regelung sei der Tatsache geschuldet, dass die Anpassung an die einschlägigen europäischen und staatlichen Bestimmungen so rasch wie möglich erfolgen müsse. Außerdem hänge von diesem Termin auch die Auszahlung der Rückerstattungen für Kosten von Leistungen der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung ab, die nach dem 25. Oktober 2013 in Anspruch genommen wurden, der der letzte Tag für die Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU durch die Mitgliedsstaaten war.

Nach Abschluss der gemeinsamen General- und Artikeldebatte brachte der Vorsitzende Oswald Schiefer die Änderungsanträge zu Artikel 1 des Landesgesetzentwurfs Nr. 10/14 mit folgendem Ergebnis zur Abstimmung.

Artikel 1: Der Ausschuss genehmigte zunächst den vom Finanzlandesrat und LH Kompatscher eingebrachten Änderungsantrag zu Absatz 2, um dessen Inhalt durch die Finanzbestimmung zu ersetzen, einstimmig. Sodann genehmigte der Ausschuss, wiederum einstimmig, zwei Änderungsanträge der Gesundheitslandesrätin Stocker, mit denen zwei neue Zusatzartikel eingefügt werden: der eine mit der Übergangsbestimmung für den vorliegenden Gesetzentwurf und der andere mit der Dringlichkeitsklausel für das Inkrafttreten des Gesetzes über die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung.

In der Schlussabstimmung gemäß Artikel 100 der Geschäftsordnung wurde der abgeänderte und nur einen Artikel umfassende Landesgesetzentwurf Nr. 10/14 einstimmig genehmigt (durch den Vorsitzenden Schiefer und die Abgeordneten Amhof, Noggler, Renzler und Sigmar Stocker).

I lavori in commissione

La IV commissione legislativa ha esaminato il disegno di legge provinciale n. 10/14 nella seduta del 9 maggio 2014. Ai lavori hanno partecipato anche il direttore del Dipartimento Sanità e Sport, Lavoro, Sociale e Pari opportunità, dott. Thomas Mathà, il direttore dell'ufficio distretti sanitari, dott. Alfred König e la funzionaria dell'ufficio distretti sanitari, dott.ssa Dagmar Gasser.

Trattandosi di un disegno di legge con un unico articolo, ai sensi dell'articolo 100 del regolamento interno, la discussione generale e quella articolata si sono svolte congiuntamente.

Il dott. Thomas Mathà, illustrando il disegno di legge, ha fatto presente che la regolamentazione dell'assistenza sanitaria transfrontaliera è stata oggetto già nel 2011 della direttiva n. 2011/24/UE, recepita fuori termine dallo Stato italiano soltanto nel corso di quest'anno con il decreto legislativo 4 marzo 2014, n. 38. Nell'esercizio della propria competenza legislativa concorrente, la Provincia autonoma di Bolzano ha quindi provveduto ad emanare la normativa in esame mediante l'inserimento del nuovo articolo 34-bis nella legge provinciale n. 7/2001. La disciplina italiana di recepimento è tuttavia molto restrittiva rispetto al contenuto della direttiva 2011/24/UE, tanto che secondo il dott. Mathà potrebbe addirittura ipotizzarsi una procedura d'infrazione nei confronti dell'Italia da parte della Commissione europea. Al fine di rimanere più aderente allo spirito della legislazione europea, il legislatore provinciale ha quindi deciso di semplificare e ampliare la possibilità di accedere alle prestazioni di assistenza sanitaria transfrontaliera. Questa scelta ha come obiettivo, sia quello di consentire ai pazienti di conseguire in uno Stato membro cure sanitarie adatte al proprio stato di salute, sia quello di agevolare i cittadini di madrelingua tedesca, che avrebbero così la possibilità di trovare, nei paesi dell'area tedesca, luoghi di cura in cui esprimersi anche nella propria madrelingua. Per tale motivo il disegno di legge prevede, nell'ambito di un sistema di verifiche del servizio sanitario provinciale, il rilascio dell'autorizzazione preventiva all'assistenza sanitaria transfrontaliera indipendentemente dal fatto che l'assistenza sanitaria possa essere prestata nel territorio nazionale entro un termine giustificabile dal punto di vista clinico. Il dott. Mathà ha poi fatto presente che contro il diniego al rilascio dell'autorizzazione preventiva, il disegno di legge prevede la possibilità di esperire ricorso alla

commissione provinciale per i ricorsi in materia di assistenza sanitaria, in modo da garantire maggiore obiettività di giudizio. Anche tale previsione si discosta dalla normativa italiana che consente invece di presentare ricorso al direttore generale dell'azienda sanitaria locale. Il terzo comma del nuovo articolo 34-bis dispone poi che nei casi di rimborso per prestazioni sanitarie transfrontaliere non si applichino le disposizioni relative al cd. ticket sanitario. Di seguito il dott. Mathà ha illustrato anche gli emendamenti presentati dal presidente della Provincia Kompatscher e dall'assessora alla sanità Stocker, finalizzati all'inserimento della disposizione finanziaria, all'estrapolazione della norma transitoria dal testo della novella legislativa e all'introduzione della clausola di urgenza per l'entrata in vigore della legge. Infine ha concluso dichiarando che dopo l'entrata in vigore della legge verrà attuata un'ampia campagna di informazione per i cittadini con l'obiettivo di far comprendere che questa nuova forma di assistenza sanitaria non comporterà problemi di sostenibilità finanziaria per lo Stato o per la Provincia.

Il dott. Alfred König, ha illustrato invece gli aspetti riguardanti i costi delle prestazioni di assistenza sanitaria transfrontaliera. Ha spiegato che il rimborso di queste prestazioni avviene mediante la corresponsione di una somma a forfait che può variare da un minimo di 3.000 euro ad un massimo di 15.000 euro e comprende, sia i costi per l'intervento chirurgico che una parte di quelli generali connessi all'intervento stesso. Si tratta in ogni caso del rimborso degli stessi importi previsti per prestazioni sanitarie della medesima tipologia eseguite in Italia, secondo il sistema della mobilità sanitaria interregionale. In sostanza viene garantita la copertura soltanto di una parte dei costi sostenuti per l'assistenza sanitaria in uno Stato membro mentre il resto è a carico del paziente. Inoltre il dott. König ha fatto rilevare che nel caso di interventi sanitari all'estero è spesso necessario prestare anche garanzie finanziarie a titolo di cauzione, richieste dagli istituti di cura per il caso in cui il paziente non sopravviva all'intervento e con il fine di evitare un contenzioso con gli eredi. Ciò comporta per il paziente un ulteriore aumento dei costi per questo tipo di assistenza e infatti si registra la presentazione, dall'entrata in vigore del decreto legislativo n. 38/2014 fino ad oggi, soltanto di una trentina di domande di rimborso per i quattro comprensori sanitari complessivamente considerati. Il dott. König ha precisato inoltre che la direttiva n. 2011/24/UE ha ampliato la possibilità di cura all'estero nelle strutture sanitarie private, possibilità che finora era consentita, attraverso l'utilizzo del modello E112, presso i centri di alta specializzazione, soltanto nelle strutture pubbliche o in quelle private convenzionate. Per completezza ha infine ricordato che nell'ambito dell'assistenza sanitaria transfrontaliera rientra altresì la possibilità prevista per i cittadini italiani, che si trovino temporaneamente all'estero, di ricevere cure sanitarie urgenti a carico del servizio sanitario mediante il semplice utilizzo della tessera sanitaria.

Il cons. Helmuth Renzler, intervenendo sul disegno di legge, ha chiesto chiarimenti sugli emendamenti contenenti due nuovi articoli aggiuntivi al disegno di legge. In particolare ha fatto presente la necessità che i disegni di legge della Giunta provinciale vengano presentati in commissione in maniera tale che sia garantita la loro leggibilità immediata da parte del cittadino e con una particolare attenzione agli aspetti linguistici.

Il dott. Thomas Mathá ha replicato che la presentazione dell'emendamento teso ad introdurre il nuovo articolo 2 nel testo del disegno di legge si è resa necessaria a seguito del suggerimento dell'ufficio affari legislativi e legali del Consiglio che aveva rilevato la necessità, per motivi di tecnica legislativa, di non far confluire il testo della disposizione transitoria, originariamente contenuto nel comma 2 dell'articolo 1 del disegno di legge, nel testo della disciplina novellata ossia della legge provinciale n. 7/2001. La disposizione transitoria in esame attiene infatti alle domande di rimborso relative a costi per prestazioni, rientranti nell'assistenza sanitaria transfrontaliera, ma fruite nell'arco temporale compreso tra il 25 ottobre 2013 fino all'entrata in vigore della legge sull'assistenza sanitaria transfrontaliera. Si tratta quindi di periodi successivi all'entrata in vigore della legge provinciale n. 7/2001. In ordine all'emendamento diretto a introdurre la clausola di urgenza per l'entrata in vigore di questa nuova disciplina, il dott. Mathá ha evidenziato la necessità di un adeguamento tempestivo alle disposizioni comunitarie e statali in materia nonché il fatto che da questo termine dipenda anche l'evasione delle domande di rimborso per le prestazioni di assistenza sanitaria transfrontaliera fruite dopo il 25 ottobre 2013, corrispondente all'ultimo giorno utile per l'attuazione della direttiva 2011/24/UE da parte degli Stati membri.

Al termine della discussione generale e articolata, il presidente Oswald Schiefer ha quindi posto in votazione gli emendamenti all'articolo 1 del disegno di legge provinciale n. 10/14, con il seguente esito di votazione:

Articolo 1: la commissione ha dapprima approvato all'unanimità l'emendamento al comma 2, presentato dall'assessore alle finanze, presidente Kompatscher, e diretto a sostituire il comma nel suo complesso con l'introduzione della disposizione finanziaria al disegno di legge. Di seguito la commissione ha assentito, sempre all'unanimità, due emendamenti dell'assessora alla sanità Stocker, tesi ad introdurre due nuovi articoli aggiuntivi, l'uno contenente la disposizione transitoria al disegno di legge in esame e l'altro, contenente invece la clausola di urgenza per l'entrata in vigore della legge sull'assistenza sanitaria transfrontaliera.

Posto poi in votazione finale, ai sensi dell'articolo 100 del regolamento interno, il disegno di legge provinciale n. 10/14 con un articolo unico, come emendato, è stato infine approvato all'unanimità (presidente Schiefer e cons. Amhof, Noggler, Renzler e Sigmar Stocker).

Ich eröffne die Generaldebatte. Wer möchte das Wort? Herr Abgeordneter Schiefer, bitte.

SCHIEFER (SVP): Danke, Herr Präsident! Ich möchte nur sagen, dass diese Bestimmung eine wesentliche Verbesserung dessen ist, was der Staat angeboten hat.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): È una normativa europea che l'Italia ha adottato in forma restrittiva e con ritardo e che la Provincia vuole adottare estendendone anche la portata. Il tema è quello del diritto che ogni cittadino ha di potersi curare anche all'estero previa un'autorizzazione da avere dal medico curante. Su questo non si può che salutare positivamente il fatto che una normativa europea che riguarda la mobilità dei diritti nell'ambito della salute venga applicata in provincia di Bolzano.

Assessora Stocker, ho un paio di domande che mi sono venute anche leggendo l'ordine del giorno del Movimento 5 Stelle. Sia la normativa europea che questa normativa provinciale, diversamente dalla normativa italiana, allargano moltissimo la possibilità di assistenza sanitaria transfrontaliera. In particolare qui si allarga anche ai medici privati, non solo alle strutture pubbliche o convenzionate, mentre la normativa italiana consente l'assistenza sanitaria transfrontaliera solo nelle strutture pubbliche o convenzionate col pubblico. Naturalmente si deve avere l'autorizzazione del proprio medico curante, poi si va all'estero, ci si fa curare e poi si ha una parte di rimborso. I colleghi del Movimento 5 Stelle cercano di interpretare il retro pensiero. Visto che qui non siamo in Toscana, in Lazio o in Sicilia, ma siamo vicini al confine amministrativo e statale, ci potrebbero essere un sacco di dentisti che aprono lo studio a Gries am Brenner e se i pazienti in provincia di Bolzano hanno dei medici che danno loro l'autorizzazione ad andare a farsi le cure dentistiche a Gries am Brenner o nel Cantone del Grigioni si creerebbe una situazione di non parità con i medici privati della provincia di Bolzano. Mentre se vado a farmi le cure dentistiche da un privato in provincia di Bolzano non ho questo rimborso, se le faccio nel vicino Tirolo, o nel vicino Cantone del Grigioni o nel Vorarlberg, a seconda di come una persona sia vicina al confine, potrei avere il rimborso. I colleghi del Movimento 5 Stelle dicono di fare la pari dignità fra i medici e consentiamo anche ai pazienti della provincia di Bolzano di andare dai privati sul territorio e avere lo stesso trattamento. La cosa però rischia di far saltare il sistema della sanità pubblica. Assessora Stocker, Le pongo la domanda così. Noi siamo per un sistema di sanità pubblica, e anche il collega Köllensperger lo scrive nel suo ordine del giorno, infatti questo problema mi è emerso perché l'ordine del giorno tocca questo punto a cui bisogna dare una risposta. Noi siamo per un sistema di sanità pubblica che garantisca i diritti di base a tutti, di accesso universale e non un sistema pubblico-privato in cui chi ha soldi si fa curare meglio di chi non ha soldi. Diamo naturalmente il proprio spazio al sistema sanitario privato, ma il pubblico deve garantire i diritti fondamentali. Ma allora con questo disegno di legge quali garanzie ci sono che il nostro sistema di sanità pubblica non venga aggirato, che non si creino situazioni di dumping? Dentisti che organizzano i pullman verso la Romania o la Bulgaria ne abbiamo già conosciuti in passato, quindi un diritto sacrosanto di mobilità, riconosciuto dall'Unione Europea. Il disegno di legge è positivo, però se non è precisato si corre il rischio che abbia degli effetti collaterali non voluti. In questo disegno di legge che cosa garantisce che non si scardini il nostro sistema di sanità pubblica, cioè che questa forma di diritto alla libera circolazione e all'assistenza sanitaria transfrontaliera non si trasformi in un libero mercato della sanità?

URZI (L'Alto Adige nel cuore): Per rimanere in linea con il ragionamento del collega che mi ha preceduto e che ha posto domande sicuramente molto coinvolgenti, si deve porre sul piatto della bilancia il vantaggio che il

cittadino europeo otterrà da questo tipo di opportunità, che è quello di poter ambire ad una assistenza legata alle proprie sensibilità e non solo alle proprie esigenze. Di questo si tratta quando si parla di scelta del centro medico specializzato che offra le maggiori garanzie sul piano della credibilità, della fiducia che infonde al paziente. Questo fa parte della libertà che la normativa europea indica, l'Italia ha recepito e la Provincia autonoma di Bolzano ha deciso finalmente di integrare nell'ambito della propria competenza. Per rispondere al collega Dello Sbarba che pone degli interrogativi, può essere anche l'opposto, ossia che il sistema sanitario provinciale possa divenire attrattivo per coloro che vivono fuori dai confini della provincia, per coloro che vivono nel resto del territorio nazionale indubbiamente, ma nell'ambito dell'Unione Europea in senso generale. Allora l'impegno sarà sul piano della capacità nel dimostrare eccellenza sotto tutti i punti di vista. Il collega Knoll in un ordine del giorno parla delle strutture ospedaliere della provincia di Bolzano dislocate a Vipiteno piuttosto che a San Candido, definisce dei punti di riferimento per il territorio e guarda ancora più in là. Ebbene se il sistema sanitario provinciale accetterà questa sfida potrà divenire un sistema di interesse anche extraprovinciale per coloro che qui verranno a veder soddisfatta la propria esigenza alla salute. Questa sarà una grande sfida, vedremo se sapremo non solo raccogliercela, ma anche vincerla.

Chiusa questa brevissima parentesi in cui chiedo di sostituire la paura con la migliore aspettativa di un miglioramento sostanziale nelle opportunità che al cittadino verranno garantite, il tema è importante, è stato recepito attraverso questo disegno di legge. Il nostro gruppo aveva presentato già nel marzo di quest'anno la mozione n. 87 che è ancora all'ordine del giorno, al punto 66, che poi ritireremo, per dimostrare che in un certo qual modo c'era una spinta che veniva dal basso per quanto riguarda il recepimento della disciplina europea e la Giunta provinciale bene ha fatto a presentare un disegno di legge organico che recepisca questo tipo di esigenza. È un disegno di legge ben fatto, chiaro, essenziale nelle sue linee, ma d'altronde questo doveva essere, adeguato ad interpretare anche le particolari esigenze del territorio. Durante il dibattito in commissione legislativa, nella quale non siedo ma ho potuto poi leggere le relazioni che sono agli atti, è stato presentato un passo importante per coloro che rivendicano il diritto legittimo ad avere un'assistenza che possa anche tenere come punto di riferimento quello dell'uso linguistico del paziente. Questa è una particolare casistica che sicuramente va inclusa nella motivazione delle scelte che spettano ai singoli pazienti e noi dobbiamo tenerne conto senza scandalizzarcene e senza enfatizzarla, ma come una delle tante ragioni che spingono ad una scelta piuttosto che un'altra, anche se io rimango sempre dell'avviso che preferisco essere curato da un medico cinese piuttosto che avere il funerale nella mia lingua!

Un tema che nelle pieghe del disegno di legge meriterà un piccolo approfondimento, sul quale peraltro l'assessoria con la quale ho avuto modo di confrontarmi ha dato piena disponibilità ad un dibattito, riguarda le malattie rare, tema complesso perché attiene un'area circoscritta, anzi talvolta difficilmente qualificabile e identificabile, in quanto attiene tutto quel complesso di situazioni patologiche che non è nemmeno compiutamente identificato sul piano scientifico. Le malattie rare, che pure colpiscono una fascia di popolazione, anche se molto ristretta, sono quelle malattie per le quali spesso non c'è un grandissimo investimento da parte della scienza, perché comportano enormi investimenti sul piano della ricerca per risultati di cui andrebbero a beneficiare fasce di cittadini molto contenute. Indubbiamente è un settore nel quale non c'è un enorme investimento da parte dell'industria farmaceutica e questo si ripercuote sull'utilizzo delle medicine utili ad affrontare le terapie, quindi è un settore da una parte inesplorato, dall'altra conosciuto ma sempre un po' in una condizione di difficoltà. E sono soprattutto coloro che ne soffrono ad essere più in difficoltà, assieme alle loro famiglie. Apro una piccola parentesi su questo tema per cercare di creare le condizioni affinché la disciplina di legge provinciale possa tenere conto di queste realtà. C'è un ragionamento da fare a premessa di tutto questo, ossia che un approccio non condizionato e non pregiudiziale con il tema non ci porti ad un approccio eccessivamente elastico, ossia che non si possa ritenere che poi, e rubo un'espressione usata da altri non mia, ciascuno non si inventi sostanzialmente una propria malattia, e rubo sempre un'espressione usata da altri, c'è questa moda dell'autodiagnosi per cui si va su internet e si leggono tante cose senza le competenze opportune e poi ci si diagnostica una malattia più o meno rara sulla base della propria formazione, ma non supportata da basi scientifiche. Un servizio non può permettersi di farsi carico di ciò che non è attestato sul piano scientifico, però ha il diritto e anche il dovere di tentare di rispondere alle esigenze che effettivamente sorgono.

Ho presentato alcuni emendamenti che possono essere ampiamente riscritti o tradotti anche in concetti molto più sintetici e diretti attraverso i quali introdurre alcuni punti di riferimento fondamentali. Il primo punto di riferimento è riconoscere l'attenzione dell'amministrazione provinciale verso le malattie rare e particolarmente gravi, riconoscerle come una condizione a cui guardare con la massima attenzione sulla base delle conoscenze scientifiche che sono note, ossia sul catalogo di queste malattie rare, riconosciute dalla scienza benché poco dif-

fuse sul territorio, riconoscere ai pazienti che ne soffrono la possibilità di poter adire alle opportunità che questa nuova disciplina mette in campo, tenendo conto della specialità di queste malattie, una delle quali può essere purtroppo quella del costo delle terapie. A differenza di una malattia ampiamente diffusa, una malattia rara comporta una spesa, un accompagnamento terapeutico, un investimento in termini di risorse notevole sul piano dell'impegno economico. A questo impegno economico molto spesso le famiglie non possono far fronte. Allora invito alla riflessione sull'opportunità di prevedere per particolari casistiche di patologie la possibilità di un'assunzione diretta delle spese da parte dell'amministrazione provinciale sulla base di una documentazione accertata, di una attestazione riconosciuta dalle strutture sanitarie provinciali, affinché le famiglie possano essere poste nella condizione di poter optare per l'assistenza da parte di un centro specializzato esistente in un posto qualsiasi d'Europa, ma sulla base di una possibilità economica che altrimenti, in via diretta, difficilmente potrebbe avere. Non voglio preconstituire soluzioni e decisioni riguardo questo tema, ma mi permetto di porlo come un tema sensibile e delicato a cui dedicare la massima attenzione, affinché una speciale clausola di salvaguardia e attenzione da parte del Consiglio provinciale possa essere inserita nella legge verso coloro che sono colpiti da queste particolari patologie.

Auspico che dopo la conclusione del dibattito generale, tirando le somme sui diversi temi che sono stati presentati e gli altri che seguiranno, si possa trovare la possibilità di un breve momento di confronto, di sintesi, anche al di fuori del dibattito in aula, attraverso una sospensione dei lavori, ma questo dopo la trattazione degli ordini del giorno, per verificare se esistono le condizioni per accendere un piccolo faro riflettore sulle malattie rare e particolarmente gravi connesse alla rarità di queste malattie.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Ich möchte nur kurz vorwegnehmen, dass ich am Nachmittag bei der Behandlung der entsprechenden Tagesordnung näher auf das Thema der Gleichstellung der Südtiroler Ärzte eingehen werde.

Nun aber zum Gesetzentwurf selber. Es geht um die Umsetzung einer EU-Richtlinie, und deshalb ist das ein zwingender Akt. Die Umsetzung dieser Richtlinie erfolgt im Vergleich zum restlichen Staatsgebiet auf eine recht annehmbare Art und Weise. Im Rest Italiens ist das Ganze nämlich weit restriktiver, denn es gibt keine Möglichkeit der Auslandsbehandlung, wenn eine bestimmte Leistung auch innerhalb des italienischen Staatsgebietes angeboten wird. Das steht meines Erachtens im Widerspruch zur EU-Richtlinie und könnte somit durchaus ein Verfahren nach sich ziehen. Im Amtsblatt der Europäischen Union steht, dass das System der Vorabgenehmigungen usw. nur auf das notwendige und angemessene Maß begrenzt sein und kein Mittel zur Diskriminierung oder keine ungerechtfertigte Behinderung der Freizügigkeit der Patienten darstellen darf. Österreich hat diese Richtlinie angemessen umgesetzt. In der Patientenmobilitätsrichtlinie steht der Grundsatz, dass Kostenerstattungen an sich ohne Vorabgenehmigung zu leisten sind, und zwar in Höhe der Kosten, die dem Versicherungssystem bei Inanspruchnahme der entsprechenden Leistung innerhalb Österreichs entstanden wären. Vorabgenehmigungen seien daher nur als Ausnahme von der Regel anzusehen. Südtirol hat hier einen Mittelweg beschritten. Die Patientenmobilität kann angewandt werden, wenn es klinisch notwendig ist, das heißt, wenn ein Facharzt diese vorab genehmigt. Es kommt jetzt darauf an, wie man das Ganze handhabt. Wenn es restriktiv gehandhabt wird, dann wird es keine großen Veränderungen der jetzigen Situation geben. Auch heute schon ist eine Behandlung im Ausland samt Rückerstattung der Kosten möglich, wenn sie der Primar vorab genehmigt. Es ist auch so, dass de facto nur sehr wenige glücklich Auserwählte in die Gunst dieser Möglichkeit kommen. Man muss also schauen, wie das angewandt wird, aber auf das kann man im Gesetz nicht näher eingehen. Insgesamt ist die Umsetzung der EU-Richtlinie akzeptabel.

Was die Diskriminierung der Südtiroler Privatärzte gegenüber ihren ausländischen Kollegen anbelangt, möchte ich zuerst vorausschicken, dass ich auf keinen Fall für eine Privatisierung der Sanität bin. Die Sanität muss öffentlich bleiben, muss als oberstes Ziel aber jenes haben, die Leistungen für die Patienten zu einem erschwinglichen Preis und rasch zu ermöglichen. Es geht in erster Linie um das Wohl der Patienten, aber auch um das Wohl der Steuerzahler. Wenn es unerträglich lange Wartezeiten gibt und man weiß, dass diese Leistungen innerhalb des Sanitätsbetriebes ein Vielfaches vom Landestarif kosten, dann ist es zumindest richtig, dass man über dieses Thema diskutiert. Wir können diesen Gesetzentwurf also auch dafür hernehmen, um über diesen Aspekt zu diskutieren und die Landesregierung aufzufordern, Schritte einzuleiten, um diese Benachteiligung für die Patienten zu vermeiden. Es kann nicht sein, dass Primare nur deshalb, weil sie nichts loslassen wollen, eine Situation schaffen, die für die Patienten von Nachteil ist. Dazu werde ich dann aber noch reden, wenn wir über den entsprechenden Tagesordnungsantrag diskutieren.

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist bis 14.30 Uhr unterbrochen.

ORE 12.54 UHR

ORE 14.33 UHR

Namensaufruf – appello nominale

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wir fahren mit der Generaldebatte zum Landesgesetzentwurf Nr. 10/14 fort. Herr Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Wir werden diesem Gesetzentwurf zustimmen. Er setzt ja eine EU-Richtlinie um, was höchst an der Zeit ist. Es ist auch richtig, dass wir in diesem Bereich weiter gehen, als es der Staat tut. Wir werden auch den beiden Tagesordnungsanträgen zustimmen, da sie zwei Themenbereiche ansprechen, die wir in Vergangenheit auch immer wieder aufs Tapet gebracht haben.

Ich beginne mit dem Tagesordnungsantrag des Kollegen Köllensperger. Man braucht sich keine Sorgen zu machen, als Klassenfeind bezeichnet zu werden, wenn man in der Sanität ein bisschen Privatwirtschaft zulässt. Angesichts der Tatsache, dass wir mit den Wartezeiten in den vergangenen Jahren große Probleme hatten, ist es sicher sinnvoll, die eigenen Ärzte einzubinden, unabhängig davon, ob sie den Dienst in einem öffentlichen Krankenhaus oder in einer privaten Struktur erbringen. Wenn gleich viel bezahlt wird, dann hat der Bürger zumindest die Auswahl. Wir haben das in Vergangenheit immer wieder verlangt, und man hat uns sofort unterstellt, dass wir für eine Privatisierung des Gesundheitssystems wären. Das ist natürlich ein großer Blödsinn, denn das Gesundheitssystem als solches ist immer öffentlich. Von einer Zwei-Klassen-Medizin will wohl niemand sprechen. Private Elemente im Bereich der Sanität tun der ganzen Geschichte nur gut.

Wir werden auch dem Vorschlag, dass man die peripheren Krankenhäuser grenzüberschreitend nutzen soll, zustimmen. Auch dem Gesetzentwurf insgesamt werden wir zustimmen, weil diese Maßnahme dazu dient, dass sich die Bürger die Gesundheitsversorgung auf europäischer Ebene aussuchen können. Bisher war es ja so, dass das, was im Land angeboten wurde, anderswo nicht in Anspruch genommen werden durfte. Ich bin der Überzeugung, dass der Großteil der Dienste weiterhin im Land bleiben wird, aber diese Durchlässigkeit, die die EU-Norm vorsieht, sollte schon wahrgenommen werden. Der Gesetzentwurf ist kurz gefasst, aber klar und übernimmt die EU-Richtlinie aus dem Jahr 2011. Wenn wir diese so schnell wie möglich zur Anwendung bringen, dann kommen wir sicher dem Wunsch vieler Bürger entgegen und leisten einen Beitrag zur allgemeinen Verbesserung des Gesundheitssystems.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Es ist wichtig, dass Südtirol hier mit einem eigenen Landesgesetz tätig wird. Diese EU-Verordnung entspricht ja dem, was über Jahre hinweg immer wieder propagiert wurde, nämlich das Europa ohne Grenzen. In wesentlichen Bereichen sieht man aber, dass es in Europa dann doch wieder Grenzen gibt. Vor allem die Krankenkassen haben in den letzten Jahren starken Protektionismus betrieben. Wenn man sich die Auslegung dieser EU-Verordnung durch den italienischen Staat anschaut, dann ist das letztlich nichts anderes als reiner Protektionismus. Man bedenke nur, dass es eine Vorabgenehmigung der Sanitätseinheit braucht und dass es sich nur um Leistungen handeln darf, die nicht in einer gleich langen Wartezeit auch auf italienischem Staatsgebiet erbracht werden können. Für manche Regionen mag das vielleicht sinnvoll sein, weil die Sorge besteht, dass es zu einer Patientenflucht kommen könnte. Das hängt aber auch mit dem medizinischen Standard zusammen. In einer Region, wo es eine hohe und qualitätsvolle Grundversorgung gibt, wird man keine Patientenflucht fürchten müssen. Anders sieht es natürlich in Regionen aus, wo es Krankenhäuser gibt, in denen nicht einmal mehr die Bettwäsche zur Verfügung gestellt werden kann und das Essen selbst mitgebracht werden muss. Es ist also sinnvoll, dass das Land Südtirol eine eigene Regelung trifft. Wir haben dazu auch einen eigenen Tagesordnungsantrag eingebracht, weil wir diese EU-Verordnung nicht nur als Möglichkeit der grenzenlosen medizinischen Versorgung, sondern auch als Chance für die peripheren Krankenhäuser in Südtirol sehen. Die Bezirkskrankenhäuser könnten eine Aufwertung erfahren, wenn sie auch die Patienten der umliegenden Regionen betreuen könnten. Dazu aber dann mehr bei der Behandlung des entsprechenden Tagesordnungsantrages.

Zum Gesetzentwurf selbst ist zu sagen, dass er sicher unsere Zustimmung finden wird, wie wohl wir uns natürlich für die Zukunft noch weitreichendere Dinge wünschen würden. Ich glaube, dass es zukünftig eine völlige

Wahlfreiheit geben wird. Patienten werden nicht mehr darauf angewiesen sein, dass eine medizinische Behandlung in ihrem Land durchgeführt werden kann, sondern sie werden sich innerhalb Europa völlig frei bewegen können. Kollege Dello Sbarba, als in Ausbildung befindlicher Zahnarzt habe ich keine Angst davor, dass in Gries am Brenner plötzlich lauter Zahnarztpraxen aufmachen könnten. Da besteht eher die Sorge in Bezug auf die Busfahrten zu Zahnärzten nach Ungarn und Rumänien, weil die Standards dort keinesfalls schlechter sind. Diese Ärzte werden teilweise an der Universität Wien ausgebildet und machen dann ihre Praxis in Ungarn auf, wo die Lohnhaltungskosten wesentlich geringer sind. Deshalb können sie die medizinischen Behandlungen zu einem geringeren Preis anbieten. Ob das immer im Interesse der Patienten ist, gerade was die medizinische Nachbehandlung anbelangt, steht auf einem anderen Papier. Es ist aber eine Tatsache, dass die Patienten dieser europäischen Verordnung bereits vorgegriffen haben. Ich sehe in der Realität vieler arbeitender Menschen, dass sie bisher mit großen Hindernissen konfrontiert worden sind. Ich kenne beispielsweise Personen, die an der Universitätsklinik Innsbruck arbeiten, in Innsbruck ihren Wohnsitz haben, aber immer noch bei der Krankenkasse in Südtirol gemeldet sind. Das ist ein Problem, denn bisher waren diese Personen immer auf eine Genehmigung von Seiten der Sanitätseinheit angewiesen. Wenn jemand in Sterzing wohnt und in Innsbruck arbeitet, wo lässt sich dieser dann medizinisch behandeln? Logisch wäre es in Innsbruck, das heißt am Arbeitsplatz. Ich glaube, dass sich der Patient selbst aussuchen können soll, wo er sich medizinisch behandeln lassen will, natürlich zu den Kosten, die die Krankenkasse zahlt. Ich rede hier nicht von den stationären, sondern auch von den ambulanten Behandlungen. Warum soll es in einem vereinten Europa nicht möglich sein, dass sich die Patienten aussuchen können, wo sie ambulante Behandlungen durchführen möchten? Im Grunde genommen zelebrieren wir hier plötzlich wieder staatliche Grenzen, die innerhalb Europas eigentlich nicht mehr existieren sollten.

Wir stimmen diesem Gesetzentwurf grundsätzlich zu, obwohl wir der Meinung sind, dass in Zukunft noch wesentlich mehr zu machen ist, damit eine völlige Wahlfreiheit entsteht. Für das Südtiroler Gesundheitswesen wird das langfristig eine Überlebensfrage sein. In meinem medizinischen Jahrgang waren elf Kollegen aus Südtirol, von denen nur zwei nach Südtirol zurückgekommen sind. Das hat natürlich mit den medizinischen Berufschancen und mit der Bezahlung zu tun. Es hat aber auch damit zu tun, dass man sich in Südtirol schwer tut, eine Stelle zu finden, weil Primariate usw. gut behütet sind. Es hat aber auch mit dem Lebensfeld zu tun. Ich glaube, dass zukünftige neue Formen der Zusammenarbeit angedacht werden sollten. Ich habe in unserem Tagesordnungsantrag die Bezirkskrankenhäuser von Sterzing und Innichen genannt. Für viele Bürger im Wipptal ist das Krankenhaus Sterzing näher als jenes von Bozen oder die Universitätsklinik Innsbruck.

STEGER (SVP): Dieser Gesetzentwurf ist wichtig und es ist notwendig, dass er genehmigt wird. Es ist schon gesagt worden: Italien hat die EU-Richtlinie erst vor kurzem angepasst. Es hat somit lange gedauert. Italien hat sich in einer Art und Weise angepasst, die ich, gelinde gesagt, als nicht adäquat empfinde. Diesbezüglich gebe ich dem Kollegen Knoll Recht. Hier handelt es sich eher um den Willen, Protektion zu betreiben und nicht um den Willen, die Grenzen zu öffnen, wie es in vielen anderen Bereichen innerhalb der Europäischen Union der Fall ist.

Diese Maßnahme, die wir heute zu beschließen haben, ist wichtig, weil sie weiter geht als das, was der Staat vorsieht. Sie will die grenzüberschreitende Versorgung vereinfachen und ist für uns besonders wichtig, da wir in einem Grenzgebiet leben und wir in Südtirol ganz besonders oder vielleicht öfter als andere Bürger aus Italien im deutschen Sprachraum die Strukturen in Anspruch nehmen, nicht nur, weil wir sie von hier aus annehmen, sondern weil viele von uns ... Auch mein Sohn hat Karriere gemacht, ist Arzt und ist nicht mehr vom Ausland zurückgekommen. Gerade diese und auch ihre Familienangehörigen sollen auf jeden Fall die Möglichkeit bekommen, sich im Ausland behandeln zu lassen.

Insofern ist diese Maßnahme, aus meiner Sicht, ganz besonders wichtig. Sie geht vielleicht noch nicht so weit, wie man es gerne möchte. Das wird sich in den nächsten Jahren zeigen. Auch ich bin der Meinung, dass es für das Südtiroler Sanitätswesen entscheidend sein wird, und solche Maßnahmen sogar helfen, dass man im Konkurrenzsystem in Europa, aber auch in einem Kooperationssystem mit gewissen Strukturen in Europa die eigene Position verbessern kann, denn eines ist klar: Was will diese Richtlinie? Diese Richtlinie will den total freien Zugang im EU-Raum schaffen. Diese sorgt dann indirekt dafür, dass die Qualitäten im EU-Raum stimmen müssen, denn wenn die Qualität des Angebots nicht stimmt, dann werden die lokalen Systeme große Schwierigkeiten bekommen. Jeder versteht, dass dann die Kosten für die öffentliche Hand extrem hoch sein werden, weil alle irgendwo anders hingehen werden. Insofern ist es eine große Chance, dass man neue Möglichkeiten, neue Wege der Zusammenarbeit mit anderen Strukturen außerhalb von Südtirol finden kann.

Wir müssen schon auch zur Kenntnis nehmen, dass wir eine Region sind, die von einem ländlichen Raum geprägt ist. Wir sind eine Region, in der 500.000 Menschen leben und sind keine Metropole. Die Menschen wohnen nicht auf einem Stadtgebiet wie Mailand, München, Wien oder Innsbruck, sondern leben auf 7.400 Quadratkilometer aufgeteilt. Wir haben ein Regionalkrankenhaus und Bezirkskrankenhäuser. Wir werden nie, schwerlich und nur in einzelnen Fällen jene Möglichkeiten für junge Mediziner schaffen können, die diese in Metropolen finden. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Nichtsdestotrotz gibt es auch im Forschungsbereich Spezialisierungsmöglichkeiten, die wir hier in Südtirol in Angriff nehmen müssen, denn wir müssen schauen, junge und fähige Menschen wieder ins Territorium zurückzuholen. Ich warne nur davor, immer wieder davon zu sprechen, dass sie nicht zurückkämen. Wir müssen wissen, wer wir sind. Wir sind eben nicht London, München, Wien oder Mailand. Wir sind ein ländlicher Raum und als solcher, glaube ich, sehr gut entwickelt. Ich glaube auch, dass unser Sanitätssystem auf einem guten Niveau ist, aber es muss sich weiter entwickeln, verbessern und die Zusammenarbeit mit anderen außerhalb von Südtirol stehenden Strukturen intensivieren und ganz neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit finden.

Die Richtlinie erlaubt die Möglichkeit, nicht nur in öffentliche Strukturen, sondern auch in private Strukturen im Ausland zu gehen. Ich halte das für wichtig, weil in anderen Ländern wie beispielsweise in Deutschland das öffentliche System ganz anders strukturiert ist. Deshalb ist es klar, dass man auch zu privaten Strukturen Zugang finden muss. Die Richtlinie gibt Staatsbürgern eines jeden Mitgliedslandes, die sich vorübergehend in einem anderen Staat befinden, die Möglichkeit, dringende Gesundheitsleistungen auf Kosten des Gesundheitsdienstes auf jeden Fall in Anspruch nehmen zu können. Das ist auch wichtig und richtig.

Zusammenfassend. Die Norm, die von Landesrätin Stocker eingebracht wurde, ist gut und positiv zu bewerten. Sie ist wichtig, sie ist ein Schritt. Diesem werden in den nächsten Jahren wahrscheinlich weitere folgen. Ich hoffe, dass man mit diesem Gesetzentwurf, der dann hoffentlich ein Gesetz sein wird, in Richtung Verbesserung der Standards geht und auch durch offene Grenzen die Leistung des Südtiroler Sanitätssystems noch verbessern kann, weil man den Ehrgeiz hat, sich hier im Lande betreuen zu lassen, und das wird getan, wenn die Qualität stimmt.

Ich ersuche um eine kurze Unterbrechung der Sitzung für 15 Minuten.

PRÄSIDENT: Ich gebe dem Antrag statt.

Die Sitzung ist unterbrochen.

ORE 14.33 UHR

ORE 15.12 UHR

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Frau Landesrätin Stocker, bitte.

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Ich bedanke mich für die verschiedenen Stellungnahmen, die mehr oder weniger zum Inhalt hatten, dass die Fraktionen des Südtiroler Landtages der Meinung sind, die Richtlinie zur europäischen Patientenmobilität umzusetzen, die Italien im Jahr 2014 und im Übrigen auch Österreich sehr restriktiv umgesetzt haben. Wir als Land Südtirol tun gut daran, das Ganze etwas zu öffnen. Etwas zu öffnen heißt jetzt aber nicht die totale Freiheit in der Wahl der Krankenhäuser oder der Ärzte innerhalb der Europäischen Union. Dies sieht auch die Richtlinie nicht vor, wie Sie alle wissen, denn diese spricht ganz klar davon, dass die Mitgliedsstaaten darauf achten müssen, wenn sie Einzelgenehmigungen auf den jeweiligen Gesundheitszustand, auf die Dringlichkeiten und auf die Besonderheiten des Einzelfalles geben. Das ist der Inhalt der Richtlinie und das ist auch im Sinne der Richtlinie zu beachten. Ich glaube, dass wir von unserem Gesetz, das sehr weit und sehr allgemein gefasst ist, sagen können, dass wir dem, was die Europäische Richtlinie als solche vorgibt, auf jeden Fall Rechnung tragen. Insofern sind wir hier wahrscheinlich die besten aller Europäer.

Kollege Dello Sbarba hat, denke ich, zu Recht gesagt, dass wir bei diesen Maßnahmen, die wir hier treffen, die Ausgewogenheit mit berücksichtigen und – das haben, denke ich, auch Kollege Köllensperger, die Kollegen Freiheitlichen und unsere Fraktion angesprochen – darauf achten müssen, hier auch Garantien für das öffentliche System zu haben. Wir wollen nicht sagen, dass wir das beste aller Systeme haben, aber wir haben, denke ich, doch ein recht gutes. Dieses ganz einfach für ein völlig anderes aufzugeben, wäre auch sehr bedenklich.

Wir können sagen, dass die Richtlinie im Wesentlichen davon ausgeht, dass wir grundsätzlich die beste, die flexibelste Form zu garantieren und gleichzeitig das öffentliche System noch einmal zu unterstützen haben. Wie schaut es für den einzelnen Mensch aus, der sich in Europa bewegt und Anrecht auf die verschiedenen Maßnahmen hat, die das Land Südtirol vorgesehen hat? Erstens gilt es generell, denn Sie alle wissen, dass man mit der Bürgerkarte, wenn man einen dringenden Eingriff hat bzw. dringend Maßnahmen braucht, jederzeit und überall in Europa diese Dienstleistungen in Anspruch nehmen kann und das jeweilige Gesundheitssystem zur Gänze die Refundierung vornimmt.

Zweitens hat man die Möglichkeit, dass man, wenn man eine Krankheit hat, die im Lande von keiner Institution und keinem Krankenhaus, von keiner Klinik behandelt werden kann, mit dem S2-Schein selbstverständlich auch an die entsprechenden Krankenhäuser, an die entsprechenden Kliniken, wo auch immer im Ausland, überwiesen werden kann. Das geht dann auch sehr schnell und wird unmittelbar veranlasst.

Drittens kommt noch die europäische Patientenmobilität dazu, die eine größere Möglichkeit zum im ambulanten Bereich und zum anderen auch im stationären Bereich vorsieht. Dort ist allerdings vorgesehen, dass ein Facharzt die Genehmigung ausstellt, weil man nicht sagen kann, dass man irgendeinen Eingriff zu machen habe, der ein ganz normaler Eingriff ist, und man diesen in München, in Hamburg oder wo auch immer machen möchte. Die Europäische Richtlinie sieht vor – das möchte ich noch einmal unterstreichen –, dass dem nicht so ist. Dem Ganzen müssen eine fachärztliche Bescheinigung und auch der entsprechende Kostenvoranschlag vorausgehen, der eingereicht werden muss. Dann wird die jeweilige Bezirksbehörde darüber befinden. Mit diesen Unterlagen ist es in der Regel auch ganz selbstverständlich, dass dann auch die Genehmigung erteilt wird.

Ich möchte dem Kollegen Urzi noch einmal unterstreichend Folgendes sagen. Es ist selbstverständlich, dass man, wenn man eine schwere seltene Krankheit hat und dafür im Lande keine geeignete Behandlung angeboten werden kann, mit dem S2-Schein in einer Einrichtung, in einer Klinik anderswo behandelt werden kann und dann auf diese Art und Weise die Kostenrückerstattung zur Gänze bekommt, was mit der Europäischen Patientenmobilität nicht möglich ist. Dort ist es so, dass ich eine Vorauszahlung mache und dann vom Sprengel eine entsprechende Vergütung bekomme, die dann aber nicht im Ausmaß von 100 Prozent, sondern zwischen 50, 60, 70 oder 80 Prozent von dem liegen wird, was die Kosten in der jeweiligen Institution, im jeweiligen Krankenhaus ausgemacht haben.

Im Rahmen der Generaldebatte ist sehr viel darüber gesprochen worden, dass wir auch in Südtirol die privaten Einrichtungen, die Ärzte und deren fachärztliche Leistungen verstärkt berücksichtigen sollten. Ich denke, wir werden darüber noch kurz im Rahmen der Behandlung der Beschlussanträge reden.

Hier geht es – das möchte ich noch einmal unterstreichen – um die europäische Patientenmobilität, also um die grenzüberschreitenden Möglichkeiten. Das andere ist auf einem völlig anderen Tisch zu behandeln und ist, denke ich, dort trefflich zu diskutieren. Darüber besteht überhaupt kein Zweifel, aber das, über was wir heute beraten, ist die grenzüberschreitende Patientenmobilität und über diese haben wir heute zu befinden.

Ich glaube, dass wir auf diese Art und Weise eine dritte, wenn nicht eine vierte Möglichkeit für eine größere Flexibilität geschaffen haben, die allerdings auch das eigene System valorisiert und es nicht beiseite lässt, sondern es in die Gesamtbetrachtung und in die Gesamtmöglichkeiten mit einbezieht.

PRÄSIDENT: Die Generaldebatte ist abgeschlossen. Wir kommen zur Behandlung der Tagesordnungen, welche von den Abgeordneten gemäß Artikel 92 der Geschäftsordnung eingebracht wurden.

Tagesordnung Nr. 1 vom 10.6.2014, eingebracht vom Abgeordneten Köllensperger, betreffend die Patientenmobilität: Gleichstellung der Südtiroler Ärzte.

Ordine del giorno n. 1 del 10.6.2014, presentato dal consigliere Köllensperger, riguardante la mobilità dei pazienti: equiparazione dei medici altoatesini".

Der Landesgesetzesentwurf Nr. 10/14 folgt auf die EU-Richtlinie Nr. 2011/24/EU und regelt die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung auch in Südtirol. Die Umsetzung der Richtlinie ist zu begrüßen, da sie weiter greift als die Regelung auf nationaler Ebene und die Behandlung im Ausland ermöglicht, auch wenn diese auf dem italienischen Staatsgebiet angeboten wird, sofern dies vom Facharzt als „medizinisch notwendig erachtet“ wird. Die Kosten für die Gesundheitsversorgung im Ausland werden den Betroffenen in Höhe des entsprechenden Landestarifes rückerstattet.

Was aber dabei ausgeklammert wird, ist die Behandlung der Patienten bei einem Privatarzt in Südtirol. Eine Gleichstellung der einheimischen Ärzte ist somit noch ausgeschlossen. Der M5S ist natürlich gegen eine Zwei-Klassen Behandlung, ist aber der Ansicht, dass die Ausweitung der Behandlungsmöglichkeiten bei Privatärzten Vorteile mit sich bringt. Zum einen werden Wartezeiten abgebaut und zum anderen Einsparungen im Sanitätsbereich ermöglicht. Außerdem bleiben die Südtiroler zur Behandlung im Lande, statt sich im Ausland behandeln zu lassen, was wiederum einem Kapitalabfluss ins Ausland vorbeugt. Die Landesregierung sollte daher dringend nach Wegen suche, die Südtiroler Ärzte gegenüber ihren ausländischen Kollegen nicht zu benachteiligen, indem eine Regelung angestrebt wird, die es ermöglicht auch bei der Behandlung bei akkreditierten Privatärzten innerhalb der Landesgrenzen den Landestarif zurückzuerstatten.

Aus diesen Gründen

fordert
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung auf,

Maßnahmen in die Wege zu leiten, um eine Gleichstellung der Südtiroler Ärzte gegenüber denn ausländischen Ärzten zu garantieren.

Il disegno di legge provinciale n. 10/14 recepisce la direttiva UE n. 2011/24/EU e disciplina l'assistenza sanitaria transfrontaliera anche in provincia di Bolzano. Il recepimento di tale direttiva è senz'altro positivo in quanto essa è più ampia della normativa nazionale e consente di avvalersi di una prestazione sanitaria all'estero anche quando la stessa prestazione viene fornita sul territorio italiano, a condizione che uno specialista dichiari che ciò "è necessario dal punto di vista medico". I costi relativi all'assistenza sanitaria all'estero sono rimborsati in base alle tariffe provinciali vigenti.

Rimane tuttavia esclusa la possibilità di farsi curare da un medico privato in Alto Adige, il che significa che i medici locali non sono equiparati. Il M5S si oppone ovviamente a una medicina a due classi, ma ritiene che dare la possibilità di farsi curare da un medico privato comporti dei vantaggi. Da una parte si riducono infatti i tempi di attesa e dall'altra il settore sanitario risparmia. Inoltre, se gli altoatesini si fanno curare in provincia anziché recarsi all'estero, si evita una fuga di capitali verso altri Paesi. La Giunta provinciale dovrebbe quindi attivarsi con urgenza per non svantaggiare i medici altoatesini rispetto ai colleghi all'estero varando una normativa che consenta il rimborso delle tariffe provinciali anche in caso di cura presso medici privati accreditati sul territorio provinciale.

Per questi motivi,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
invita

la Giunta provinciale

ad adottare delle misure per garantire l'equiparazione dei medici altoatesini ai medici operanti all'estero.

Das Wort hat Abgeordneter Köllensperger, bitte.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Ich habe keinen Änderungsantrag, sondern eine Tagesordnung eingebracht, weil es mir schon klar ist, dass es bei diesem Gesetzentwurf um die Patientenmobilität mit dem Ausland geht und nicht um interne Angelegenheiten der Südtiroler Sanität privat bzw. öffentlich. Ich habe diesen Gesetzentwurf zum Anlass genommen, um dieses Thema aufzuwerfen, in der Hoffnung, dass es in den nächsten Monaten diskutiert werden kann.

Ich möchte hier noch einmal klarstellen, dass ich, wie auch die Bewegung, die ich vertrete, ganz eindeutig dafür sind, dass die grundlegenden Leistungen für die Bürger in öffentlicher Hand bleiben. Das gilt für das Wasser, für den Müll und vor allem auch für die Sanität. Es soll absolut keine Privatisierung der Sanität geben. Die öffentliche Sanität muss aber dem Patienten garantieren, dass sie die Leistungen, die er braucht, zu erschwinglichen Preisen und relativ rasch in einem angemessenen Zeitraum liefern kann. Dies zum Wohl der Patienten, aber auch mit einem Blick auf die Kosten, die das Sanitätssystem in Südtirol hat.

Eine Zwei-Klassen-Medizin ist absolut zu vermeiden. Diesbezüglich sind wir strikt dagegen. Man muss aber auch der Realität ins Auge blicken. Wenn es heute so ist, dass ich beim öffentlichen Dienst, beim öffentlichen Arzt wie zum Beispiel im Bozner Spital sechs Monate auf eine Visite warten muss, aber wenn ich als Privatist zum

gleichen Arzt gehe, dafür zahle und alles in einer Woche erledigen kann, dann haben wir ungewollt bereits heute de facto eine Zwei-Klassen-Medizin. Es gilt also, diese abzubauen.

Wichtig ist – deswegen sage ich, dass es weiterhin öffentliche Sanität sein soll –, dass dies unter der Regie des Sanitätsbetriebes erfolgt. Ich bin der Meinung, dass nur bei jenen Leistungen, die von der öffentlichen Sanität nicht zeitgerecht oder zu hohen Kosten geliefert werden können, in Betracht gezogen werden soll, gewisse Leistungen auszulagern, und das nicht unkontrolliert oder wild, sondern an akkreditierte und konventionierte Strukturen. Ich wage auch zu behaupten, dass dies sowieso früher oder später geschehen wird, weil es scheint, dass wir das Problem der Wartezeiten nicht in den Griff bekommen und es deswegen dazu kommen wird. Ich glaube, es ist sinnvoller, wenn wir diesem vorgreifen, gerade der öffentlichen Sanität zuliebe, weil ich nicht will, dass die öffentliche Sanität durch ihre Ineffizienz in Frage gestellt wird. Dies ist also der Sinn des Tagesordnungsantrages, in der Hoffnung, dass dieses Thema aufgeworfen wird, weil private oder öffentliche Sanität ein grundlegendes Thema ist. Man könnte darüber auch innerhalb einer "Aktuellen Debatte" im Landtag diskutieren.

Um es noch einmal zu wiederholen: Keine Privatisierung der Sanität, sondern eine größere Effizienz. Was die Kosten betrifft, nur als Beispiel die Radiologie: Die Magnetresonanz kostet dem Steuerzahler in der öffentlichen Klinik über 1.000 Euro und der Landestarif, wenn sie ausgelagert wird, beträgt 222 Euro. Wenn man hier noch dazugibt, dass die Wartezeiten lange sind, dann würde es die Logik sagen, dass man zumindest darüber diskutieren kann, dass gewisse Leistungen unter der Regie des Sanitätsbetriebes an akkreditierte Strukturen ausgelagert werden könnten, dies um die Zeiträume der Leistungen, die Wartezeiten zu verbessern, aber auch durchaus, damit sich die öffentliche Hand Geld sparen kann. Dies ist der Sinn meiner Tagesordnung, sicher nicht die Privatisierung oder die Zerschlagung der öffentlichen Sanität, die auf jeden Fall weiter zu bestehen hat, aber einfach ein bisschen flexibler sein könnte. Dies als Anregung für die zukünftige Diskussion.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ho già detto durante la discussione generale che il problema posto dal collega Köllensperger è serio, ma credo che questo ordine del giorno vada oltre l'equilibrio fra servizio pubblico e medicina privata. Le cose che lui ha aggiunto a voce suonano un po' diverse, ma qua purtroppo dobbiamo votare un testo che non contiene queste cose. Io ho anche dubbi sulla praticabilità di quanto viene proposto, sul fatto che il quadro giuridico possa consentire la fattibilità di quello che viene proposto. L'assoluta parità fra medicina privata e medicina pubblica con la possibilità per la persona di servirsi della medicina privata e poi di vedersi rimborsare i costi a me pare inneschi una dinamica che sostanzialmente fa saltare il sistema di sanità pubblica, perché ad un certo punto bisogna decidere dove investire. Se le risorse vengono indirizzate anche verso la medicina privata in questo modo, ho l'impressione che alla fine si rischi di svuotare la sanità pubblica e anche di rassegnarsi ad una cattiva qualità di alcuni settori della medicina pubblica perché tanto c'è il privato. Quindi se nella sanità pubblica si aspettano sei mesi per fare un esame, in tre giorni si può fare in un laboratorio privato lo stesso tipo di analisi. Questo meccanismo rischia di giustificare le carenze della sanità pubblica.

Il tema è fondamentale, inerisce al nostro modello di sanità, quindi un ordine del giorno appoggiato ad un disegno di legge che certo è rilevante che ma comunque ha una gittata molto limitata, non credo sia il modo per porre un problema così importante e aprire strade che possono avere delle conseguenze così importanti. Questa volta non sosterremo questo ordine del giorno.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Verehrter Kollege Köllensperger, ich teile grundsätzlich Deine Ausrichtung. Wir werden uns aber bei der Abstimmung über den Tagesordnungsantrag aus zwei Gründen der Stimme enthalten. Zum einen glaube ich, dass die Form des Tagesordnungsantrages als solcher sicherlich etwas am Ziel vorbeischießt. Auch glauben wir – das sage ich ganz bewusst –, dass die Patienten ein Recht auf die freie Wahl haben sollen, wo sie sich behandeln lassen dürfen. Ich sehe es nicht unter dem Aspekt eines Kapitalabflusses. Ich glaube, unter diesem Aspekt darf man die medizinische Behandlung nicht sehen. Hier geht es auch um eine Vertrauensfrage, um Wartezeiten und um so viele Aspekte, denn letzten Endes geht es nicht immer nur um kleine, sondern manches Mal um lebenserhaltende Eingriffe. Ich glaube, so etwas darf man einfach nicht unter dem Aspekt eines Kapitalabflusses sehen.

Ich habe mit dem beschließenden Teil, der letztlich jener ist, der zählt, denn die Prämissen sind, wie man so schön sagt, nur schmückendes Beiwerk, ein bisschen ein Problem. Dort steht: *"Der Südtiroler Landtag fordert die Südtiroler Landesregierung auf, Maßnahmen in die Wege zu leiten, um die Gleichstellung der Südtiroler Ärzte gegenüber den ausländischen Ärzten zu garantieren."* Was heißt dies konkret? In welchen Bereichen soll es eine Gleichstellung geben? Eine Gleichstellung der privaten Ärzte mit den öffentlichen Ärzten? Eine Gleichstellung der

privaten Ärzte mit den Krankenkassenärzten? Im beschließenden Teil ist nicht definiert, was unter einer "Gleichstellung" zu verstehen ist. Deswegen sollte man – ich teile Dein Ansinnen – genau formulieren, was man damit effektiv meint, denn sonst ist es ein Beschluss, in den man zwar alles hineininterpretieren kann, bei dem am Ende aber vielleicht nicht einmal das umgesetzt wird, was Du vielleicht gerne erreichen möchtest.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Der öffentliche Dienst muss im Sanitätswesen öffentlich bleiben, noch effizienter arbeiten und als öffentlicher Dienst selbstverständlich seiner Funktion nachkommen. Eine Vermischung oder gar eine zunehmende Privatisierung des öffentlichen Dienstes im Sanitätswesen ist abzulehnen.

Ich bin sogar der Meinung – ich habe auch einen Tagesordnungsantrag eingebracht -, dass die derzeitige Regelung zur privatärztlichen Tätigkeit in den Krankenhäusern zu viel ist, weil dort eine Vermischung stattfindet, die eine Zwei-Klassen-Medizin nach sich zieht, weil dort Patienten, die zum Beispiel die privatärztliche Tätigkeit eines Primars in Anspruch nehmen, auf eine durchgehende Vorzugsschiene kommen. Im öffentlichen Dienst wird eine Kettenreaktion ausgelöst. Wenn bei einem Patient im öffentlichen Dienstleistungssektor im Krankenhaus zuerst eine privatärztliche Visite beim Primar und dann eine Operation, allerdings im öffentlichen Dienst, durchgeführt werden, dann ist er schon auf einer Vorzugsschiene. Dies ist eine Zwei-Klassen-Medizin und im Prinzip geraten wir, wenn wir dann noch weiter gehen, dass wir, was die Privatärzte gerne hätten, die Konventionen und dergleichen abschließen, in die Schiene einer Drei-Klassen-Medizin, und das ist noch problematischer.

Man kann verschiedene Dinge wie zum Beispiel beim Vormerksystem vorsehen, dass, wenn jemand zur Visite nicht drankommt oder darauf zu lange warten muss, eine Regelung gilt, dass er dann zu einem Privatarzt gehen kann und dafür einen entsprechenden geringen Ausgleich erhält. Das ist alles in Ordnung. Man kann auch bestimmte Ausnahmeformen der Zusammenarbeit andenken, aber grundsätzlich muss im Sanitätswesen der öffentliche Dienst als öffentlicher Dienst, wie wir ihn auf hohem Niveau haben, weitergeführt und noch verbessert werden. Man kann immer etwas verbessern und effizienter gestalten, wie die Wartezeiten usw. Man kennt ja die Probleme, aber diese Vermischung, wie sie hier angedacht wird, ist geradezu der direkte Weg in die Zwei-Klassen-Medizin, oder wenn man die privatärztliche Tätigkeit in den Krankenhäusern hernimmt, die es derzeit bereits gibt und die auf staatlicher Ebene von Staatsgesetzen und auch von der Landesgesetzgebung entsprechend vorgesehen ist, dann ist dies schon eine Mehr-Klassen-Medizin, in der derjenige, der es sich leisten kann, die schnellere und bessere Leistung erhält und sich noch dazu den Lieblingsarzt aussuchen kann, und derjenige, der es sich nicht leisten kann, mit den Wartezeiten, die es gibt, und mit den Ärzten, die er bei der Vormerkung zugewiesen erhält, vorlieb nehmen muss.

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Das, was jetzt diskutiert worden ist, ist eine ganz schmale und ganz kurze Bandbreite dessen, was man in einer Diskussion auslöst, wenn man diese über "öffentlich" und "privat" führt. Diese kann natürlich noch viel größere Ausmaße annehmen. Es ist eine Diskussion, die man einerseits gerne hätte, und zwar dahingehend, dass man die Möglichkeit hat, jederzeit und überall auswählen zu können. Auf der anderen Seite möchte man aber wieder die Garantie haben, dass man doch alles vor Ort angeboten bekommt. Dies ist dann etwas schwer zusammenzubringen, aber wir haben uns, wie gesagt, auf einer ganz, ganz kurzen Strecke dieser Diskussion befunden. Das kann aber weit darüber hinausgehen.

Ich kann allen Überlegungen und Argumentationen sehr vieles abgewinnen. Ich kann, was den beschließenden Teil anbelangt, in dem es darum geht, Maßnahmen in die Wege zu leiten, um eine Gleichstellung der Südtiroler Ärzte gegenüber den ausländischen Ärzten zu garantieren, auch Recht geben und dem Kollegen Knoll, der gesagt hat, dass die Formulierung nicht gerade ganz glücklich gelungen ist, aber ich bleibe eigentlich bei der grundlegenden Ausrichtung und bei der grundlegenden Argumentation, die ich bereits eingebracht habe, dass dieser Beschlussantrag mit der europäischen Patientenmobilität nichts zu tun hat. Für mich kann sehr wohl zu Recht die Überlegung, die Diskussion darüber geführt werden, was jetzt auch noch in Zusammenarbeit mit privat tätigen Ärzten verbessert werden kann. Darüber kann man durchaus diskutieren, aber das ist auf einem gesonderten Tisch zu machen.

Abgesehen davon, möchte ich auch darauf hinweisen, dass wir bereits Regelungen und Konventionen mit privaten Institutionen haben, wo es die Regelung gibt, dass, wenn innerhalb des öffentlichen Gesundheitssystems bestimmte Leistungen nicht innerhalb von 60 Tagen möglich sind - insofern der Versuch, bei langen Wartezeiten Abhilfe zu schaffen -, dann kann man eine privatärztliche Visite in Anspruch nehmen und man dafür eine Rückvergütung im Ausmaß von 50 Euro bekommt. Dies haben wir jetzt schon vorgesehen. Insofern ist hier schon einiges im Gange. Wir werden das eine und das andere in diese Richtung auch weiter diskutieren.

Eines ist uns, glaube ich, schon auch wichtig - dies ist hier auch von allen unterstrichen worden -, dass wir diesbezüglich sehr vorsichtig sein müssen. Uns allen ist, denke ich, das öffentliche Gesundheitssystem sehr viel wert. Ich glaube, die Wertschätzung merkt man dann vor allem, wenn man in kleinen Strukturen ist und die Identifikation mit diesen ganz stark vermerkt.

Aus diesen Gründen, die ich angeführt habe, ist dies eine Diskussion, die man durchaus führen kann und sicherlich in anderen Zusammenhängen zu machen ist. Nachdem die Formulierung auch nicht gerade die glücklichste ist und mit diesem Gesetzentwurf nichts zu tun hat, ist die Südtiroler Landesregierung der Meinung, dass diese Tagesordnung abzulehnen ist.

PRÄSIDENT: Wir stimmen über die Tagesordnung Nr. 1 ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 6 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Tagesordnung Nr. 2 vom 10.6.2014, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Klotz und Zimmerhofer, betreffend eine grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung.

Ordine del giorno n. 2 del 10.6.2014, presentato dai consiglieri Knoll, Klotz e Zimmerhofer, riguardante un'assistenza sanitaria transfrontaliera.

Italien hat unlängst ein Dekret für die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Patientenmobilität erlassen, welches zu Lasten der Patienten geht und die Wahlfreiheit bei medizinischen Behandlung in der EU massiv einschränkt.

Die EU-Richtlinie zur Patientenmobilität beabsichtigt die Wahlfreiheit für medizinische Behandlungen in der gesamten EU. Das heißt, Patienten können medizinische Behandlungen dort durchführen lassen, wo sie es wünschen. Die Krankenkassen erstatten dann den Betrag zurück, der im Herkunftsland der Patienten für diese Behandlung berechnet wird.

Italien führt diese sinnvolle EU-Richtlinie jedoch völlig ad absurdum und knüpft bei stationären Aufenthalten die Wahlfreiheit an eine Vorabgenehmigung durch den Sanitätsbetrieb, die nur erteilt wird, wenn in Italien keine gleichwertige Behandlung angeboten wird. Damit wird es für Patienten in den allermeisten Fällen praktisch unmöglich eine medizinisch Behandlung – sofern es sich nicht um einen Notfall handelt – außerhalb Italiens in Anspruch zu nehmen.

Da in Süd-Tirol hiezu ein eigenes Landesgesetz in Kraft treten wird, gilt es dafür Sorge zu tragen, dass die von Italien erlassenen Bestimmungen so nicht in Kraft treten und stattdessen die Wahlfreiheit der Patienten im Sinne der EU-Richtlinie zur Anwendung kommt.

Süd-Tirols Krankenhäuser weisen hohe medizinische Standards auf, weshalb die Angst vor einer Patientenflucht völlig unbegründet ist. Im Gegenteil, durch die Anwendung der EU-Richtlinie ermöglichen sich neue Formen der Gesamt-Tiroler Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, von der alle profitieren würden.

In den vergangenen Jahren hat es bereits mehrfach Versuche einer solchen Zusammenarbeit gegeben, die bisher jedoch größtenteils am Widerstand der Kassen gescheitert sind. Nun schreibt die EU die Wahlfreiheit der Patienten vor und schafft damit Fakten für eine mögliche Zusammenarbeit.

Für die Bevölkerung zählt neben der Qualität der medizinischen Versorgung vor allem ein kurzer Anfahrtsweg. Das Krankenhaus Sterzing ist für einen großen Teil der Bewohner des Nord Tiroler Wipptals schneller erreichbar, als die Klinik in Innsbruck, selbiges gilt für das Krankenhaus in Innichen, das für die Bewohner auf der Ost-Tiroler Seite des Pustertals vielfach näher liegt, als das Krankenhaus in Lienz.

Die Bezirkskrankenhäuser in Sterzing und Innichen würden somit eine enorme Aufwertung und langfristig eine Standortsicherung erfahren, wenn sie auch Patienten aus dem nahegelegenen Bundesland Tirol betreuen dürften und sich somit zu Musterbeispielen einer Gesamt-Tiroler Gesundheitsversorgung entwickeln könnten.

Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten den Antrag:

*Der Südtiroler Landtag
wolle beschließen:*

1. Die Südtiroler Landesregierung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass mittels Landesgesetzgebung die EU-Richtlinie zur Patientenmobilität im Sinne der Wahlfreiheit der Patienten zur Anwendung kommt.
2. Die Südtiroler Landesregierung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Bundesland Tirol, ein Konzept zur gemeinsamen Nutzung der Bezirkskrankenhäuser von Sterzing und In-nichen auszuarbeiten und umzusetzen.

L'Italia ha recentemente emanato un decreto che attua la direttiva UE sulla mobilità dei pazienti, il quale va a scapito dei pazienti limitando pesantemente la libertà di scelta in materia di cure mediche nell'UE.

La direttiva europea sulla mobilità dei pazienti si prefigge di garantire che le cure mediche possano essere scelte liberamente in tutta l'Unione Europea. In altre parole, i pazienti possono farsi curare in un Paese di loro scelta, dopodiché il servizio sanitario rimborsa loro un importo pari a quello previsto per la cura in questione nel Paese di provenienza.

L'Italia tuttavia recepisce questa valida direttiva dell'UE in modo del tutto assurdo, e per i ricoveri ospedalieri vincola la libertà di scelta a un'autorizzazione preventiva da parte dell'azienda sanitaria, la quale viene rilasciata solo se in Italia non viene offerta una prestazione equivalente. In questo modo nella maggior parte dei casi per i pazienti diventa praticamente impossibile avvalersi di una prestazione sanitaria fuori dall'Italia, a meno che non si tratti di un'emergenza.

Visto che in Alto Adige entrerà in vigore un'apposita legge in materia, occorre fare in modo che la normativa italiana non sia applicabile nella versione attuale, in modo che possa valere la libertà di scelta dei pazienti ai sensi della direttiva europea.

Gli ospedali dell'Alto Adige vantano alti standard medici, ragione per cui il timore di una fuga all'estero dei pazienti è del tutto immotivato. Per contro, l'applicazione di questa direttiva europea apre la possibilità di nuove forme di cooperazione sanitaria nell'ambito dell'Euregio, di cui tutti potrebbero trarre vantaggio.

Negli anni scorsi vi sono stati svariati tentativi di collaborazione in tal senso, che tuttavia sono per lo più falliti a causa della resistenza dei servizi sanitari. Ora invece è l'UE a prescrivere la libertà di scelta per i pazienti, creando così i presupposti per un'eventuale cooperazione.

Per la popolazione oltre alla qualità delle prestazioni mediche è importante soprattutto la loro vicinanza. L'ospedale di Vipiteno per gran parte degli abitanti del versante austriaco dell'Alta Val d'Isarco è più facilmente raggiungibile della clinica universitaria di Innsbruck, e lo stesso vale per l'ospedale di S. Candido, che per gli abitanti del versante austriaco della Val Pusteria è più vicino dell'ospedale di Lienz.

Gli ospedali di Vipiteno e di S. Candido verrebbero così enormemente rivalutati, e la loro sopravvivenza sarebbe garantita a lungo termine se potessero curare anche pazienti provenienti dal vicino Land Tirolo. Inoltre potrebbero diventare un modello di cooperazione transfrontaliera nel settore sanitario.

Per questo motivo, i sottoscritti sottopongono all'aula la seguente mozione:

*Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
delibera quanto segue:*

1. *La Giunta provinciale è incaricata di adoperarsi affinché la normativa provinciale consenta l'applicazione della direttiva dell'UE sulla mobilità dei pazienti ai fini di garantire a questi ultimi la libertà di scelta.*
2. *La Giunta provinciale è incaricata di elaborare e attuare in collaborazione con il Land Tirolo un progetto per l'utilizzo comune degli ospedali di Vipiteno e S. Candido.*

Der Abgeordnete Knoll hat das Wort, bitte.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): *"Italien hat unlängst ein Dekret für die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Patientenmobilität erlassen, welches zu Lasten der Patienten geht und die Wahlfreiheit bei medizinischen Behandlungen in der EU massiv einschränkt.*

Die EU-Richtlinie zur Patientenmobilität beabsichtigt die Wahlfreiheit für medizinische Behandlungen in der gesamten EU. Das heißt, Patienten können medizinische Behandlungen dort durchführen lassen, wo sie es wün-

schen. Die Krankenkassen erstatten dann den Betrag zurück, der im Herkunftsland der Patienten für diese Behandlung berechnet wird.

Italien führt diese sinnvolle EU-Richtlinie jedoch völlig ad absurdum und knüpft bei stationären Aufenthalten die Wahlfreiheit an eine Vorabgenehmigung durch den Sanitätsbetrieb, die nur erteilt wird, wenn in Italien keine gleichwertige Behandlung angeboten wird. Damit wird es für Patienten in den allermeisten Fällen praktisch unmöglich eine medizinische Behandlung – sofern es sich nicht um einen Notfall handelt – außerhalb Italiens in Anspruch zu nehmen.

Da in Süd-Tirol hiezu ein eigenes Landesgesetz in Kraft treten wird, gilt es dafür Sorge zu tragen, dass die von Italien erlassenen Bestimmungen so nicht in Kraft treten und stattdessen die Wahlfreiheit der Patienten im Sinne der EU-Richtlinie zur Anwendung kommt.

Süd-Tirols Krankenhäuser weisen hohe medizinische Standards auf, weshalb die Angst vor einer Patientenflucht völlig unbegründet ist. Im Gegenteil, durch die Anwendung der EU-Richtlinie ermöglichen sich neue Formen der Gesamt-Tiroler Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, von der alle profitieren würden.

In den vergangenen Jahren hat es bereits mehrfach Versuche einer solchen Zusammenarbeit gegeben, die bisher jedoch größtenteils am Widerstand der Kassen gescheitert sind. Nun schreibt die EU die Wahlfreiheit der Patienten vor und schafft damit Fakten für eine mögliche Zusammenarbeit.

Für die Bevölkerung zählt neben der Qualität der medizinischen Versorgung vor allem ein kurzer Anfahrtsweg. Das Krankenhaus Sterzing ist für einen großen Teil der Bewohner des Nord Tiroler Wipptals schneller erreichbar, als die Klinik in Innsbruck, selbiges gilt für das Krankenhaus in Innichen, das für die Bewohner auf der Ost-Tiroler Seite des Pustertals vielfach näher liegt, als das Krankenhaus in Lienz.

Die Bezirkskrankenhäuser in Sterzing und Innichen würden somit eine enorme Aufwertung und langfristig eine Standortsicherung erfahren, wenn sie auch Patienten aus dem nahegelegenen Bundesland Tirol betreuen dürften und sich somit zu Musterbeispielen einer Gesamt-Tiroler Gesundheitsversorgung entwickeln könnten.

Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Südtiroler Landtag wolle beschließen:

1. Die Südtiroler Landesregierung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass mittels Landesgesetzgebung die EU-Richtlinie zur Patientenmobilität im Sinne der Wahlfreiheit der Patienten zur Anwendung kommt.
2. Die Südtiroler Landesregierung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Bundesland Tirol, ein Konzept zur gemeinsamen Nutzung der Bezirkskrankenhäuser von Sterzing und Innichen auszuarbeiten und umzusetzen."

Wir haben heute bereits einige interessante Argumente im Zusammenhang mit der EU-Richtlinie gehört. Vielleicht ist dies manches Mal auch eine Generationenfrage. Für mich wäre es eine Verständlichkeit, mich in der EU frei bewegen und auch überall frei behandeln zu können. Ich weiß, dass dies in der EU nicht überall so gesehen wird. Wir haben die italienische Auslegung und teilweise auch die Auslegung in Österreich gesehen, die sehr restriktiv sind, und das ist immer dieses Dilemma in der EU. Auf der einen Seite möchte man Grenzen abbauen und auf der anderen Seite ein gemeinsames Haus Europa aufbauen, aber wenn es dann darauf ankommt, dann hat man doch wieder seine Hand drauf und dann soll alles wieder ein bisschen eingeschränkt werden. Das ist so, als wenn man sagen würde, dass es in Europa eine gemeinsame Währung gibt und alle mit dem gleichen Geld zahlen, aber einkaufen darf man damit nur im eigenen Land. Es ist irgendwo gerade für junge Menschen, die sich in ganz Europa frei bewegen, einfach nicht mehr nachvollziehbar und solche Hürden aufgebaut werden.

Nichtsdestoweniger glaube ich, dass die EU-Verordnung auch als eine Chance gesehen werden kann, als eine Chance gerade für ein Land wie Südtirol. Ich gebe Kollegen Steger Recht, wenn er sagt, dass man sich nicht mit großen Metropolen messen könne und deren Wert gerade in der peripheren Gesundheitsversorgung liege. Das ist ein Gut, das wir oft als ganz selbstverständlich hinnehmen und nicht ausreichend schätzen. Es gibt Gebiete, in denen die nächste medizinische Versorgung – wir reden nicht einmal von Krankenhäusern, sondern von Ärzten – kilometerweit entfernt ist. Wir haben den Luxus, dass wir innerhalb kürzester Räume mehrere Krankenhäuser haben, allerdings – das haben wir in den letzten Jahren und Monaten mit erlebt – werden diese Strukturen durch Sparmaßnahmen und durch andere Maßnahmen in Europa immer öfters in Frage gestellt.

Für uns stellt sich auch die Frage, wie sich die Bezirkskrankenhäuser langfristig entwickeln. Wir haben bereits – das war für viele Bürger ein schmerzhafter Schritt, und das sage ich auch als Vertreter, wenn man es so will, der medizinischen Zunft ganz ausdrücklich – einen Rückschritt machen müssen, weil es selbstverständlich ist, dass man nicht mehr überall alles anbieten kann, sondern dass langfristig Kompetenzzentren errichtet werden müssen. Das heißt, dass man zwar überall eine gewisse Grundversorgung auch in den peripheren Krankenhäusern halten muss, dass aber die qualifizierte Behandlung nicht mehr in jedem Krankenhaus angeboten werden

kann. Das heißt aber nicht, dass diese Krankenhäuser ausgehöhlt werden sollen, und diese Gefahr besteht ein bisschen. Gerade bei den Bezirkskrankenhäusern in Innichen und Sterzing, weniger bei jenem in Schlanders, sehe ich diese Gefahr, weil beim Einzugsgebiet in Innichen das nächste Krankenhaus in Bruneck und das übernächste in Lienz ist, das natürlich ein sehr kleines ist, und wir hier effektiv das Problem haben, dass diese Krankenhäuser, obwohl sie von ihrer geographischen Lage her ein größeres Einzugsgebiet hätten, nur bestimmte Bevölkerungsgruppen behandeln dürfen. Hier bietet uns jetzt die EU-Richtlinie eine neue Chance.

Ich habe in der vergangenen Legislaturperiode mit dem damaligen Landesrat Theiner – er ist jetzt nicht im Saal – bereits ein ausführliches Gespräch über diese Thematik geführt. Er hat mir damals auch erzählt, dass es bereits in der Vergangenheit mehrfach Versuche gegeben hat, gerade das Bezirkskrankenhaus in Innichen aufzuwerten, indem man versucht hat, durch eine Kooperation mit den Kassen im Bundesland Tirol die Möglichkeit zu schaffen, dass auch Patienten aus dem nahe gelegenen Osttiroler Teil des Pustertales sich im Bezirkskrankenhaus in Innichen behandeln lassen dürfen. Ich habe dies bereits in den Prämissen erwähnt. Der Anfahrtsweg ist für die Bevölkerung dort vielfach näher als wenn man nach Lienz fahren müsste. Denken wir beispielsweise an eine Geburtsstation, die dort perfekt mit ausgelastet werden könnte. Das ist ein Konzept gewesen, das mehr oder weniger fix und fertig auf dem Tisch gelegen ist, das letztlich aber am Widerstand der Kassen gescheitert ist. Damals gab es diese EU-Verordnung noch nicht. Jetzt haben wir mit der EU-Verordnung auch auf europäischer Ebene ein Mittel in der Hand, um hier Maßnahmen zu setzen.

Ich glaube, dass es sinnvoll wäre, darüber nachzudenken, dass dies auch in Kooperation – hier soll niemand übergangen werden, denn im beschließenden Teil ist ausdrücklich davon die Rede – mit dem Bundesland Tirol geschehen soll. Zunächst sollte einmal ein Konzept ausgearbeitet werden dahingehend, inwieweit man diese beiden Bezirkskrankenhäuser gemeinsam nutzen könnte, denn eine bessere Auslastung bedeutet letzten Endes auch eine Standortsicherung, aber vor allem eine Aufwertung für die Gebiete rund um dieses Krankenhaus. Deswegen stellen wir mit diesem Tagesordnungsantrag im Zuge des Gesetzentwurfes zur europäischen Verordnung der Patientenmobilität an die Landesregierung den Antrag, ein Konzept zu erstellen, wie man die Bezirkskrankenhäuser von Sterzing und Innichen gemeinsam nutzen könnte, aber darüber hinaus ergeht auch der klare Auftrag an die Landesregierung, nicht nur diese, sondern auch zukünftige Landesgesetze im Bereich der Patientenmobilität im Sinne der EU-Verordnung zu gestalten, das heißt, dass es langfristig eine Selbstverständlichkeit sein sollte, dass, wenn ein Patient – Landesrätin Stocker hat das Beispiel gebracht – überzeugt ist, dass er in München besser aufgehoben ist und sich dort besser behandelt fühlt, er auch die Möglichkeit haben sollte, sich dort behandeln zu lassen.

Wie gesagt, wir haben in Südtirol hohe medizinische Standards und sehen auch beispielsweise im Krankenhaus von Innichen – teilweise kommen Italiener sogar aus dem Bellunesischen, um sich bei uns behandeln zu lassen –, dass bei uns der Effekt eher der gegenteilige wäre, das heißt, dass wir eher Patienten anziehen als verlieren würden, aber nichtsdestoweniger sollte diese Wahlfreiheit bestehen. Ich glaube, dass dies langfristig auch die Zukunft der europäischen Gesundheitspolitik sein wird.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Volevo chiedere al collega Knoll se non ritiene che il punto 1 dell'ordine del giorno non sia già esaudito dal disegno di legge presentato dall'assessora Stocker, perché mi pare che il disegno di legge vada molto oltre la normativa italiana, anzi ha proprio questo obiettivo dichiarato. Quando voi dite "*L'Italia tuttavia recepisce questa valida direttiva dell'UE in modo del tutto assurdo e per i ricoveri ospedalieri vincola la libertà di scelta a un'autorizzazione preventiva da parte dell'azienda sanitaria,*" debbo dire che a me sembra giusto che una persona abbia un'autorizzazione da parte del medico. Poi proseguite dicendo: "*...la quale viene rilasciata solo se in Italia non viene offerta una prestazione equivalente.*" Questo punto mi pare che nel disegno di legge che stiamo discutendo sia eliminato. Nel disegno di legge è previsto che una persona possa essere autorizzata a farsi curare all'estero anche nel caso in cui sia in Italia che in Sudtirolo sia proposta un'assistenza equivalente. Questo primo punto mi sembra quindi inutile. Il disegno di legge così come presentato dalla Giunta provinciale mi pare vada bene.

Per quanto riguarda il secondo punto, la collaborazione transfrontaliera degli ospedali di Vipiteno e San Candido, siamo d'accordo perché mi sembra che anche a livello di "Dreier-Landtag" abbiamo individuato come uno dei campi di collaborazione transfrontaliera tra Nord Tirolo e Sudtirolo proprio il campo della sanità.

Vorrei richiamare l'attenzione del presidente Widmann su un errore che mi sembra di traduzione. È una cosa un po' comica, chiedo al collega Knoll se "Nord Tiroler Wipptals" si può tradurre con "versante austriaco della alta Val d'Isarco". Mi risulta che l'Isarco scorra al di qua.

PRÄSIDENT: Dies ist kein Sprach-, sondern ein Geographiefehler. Wir werden es dementsprechend korrigieren. Danke für den Hinweis.

Der Abgeordnete Knoll hat das Wort, bitte.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Wenn Kollege Dello Sbarba dieser Ansicht ist, dann sind wir gerne bereit, eine getrennte Abstimmung über beide Punkte des beschließenden Teils zu beantragen. Wir haben diesen Punkt gebracht, weil wir der Meinung sind, dass das Landesgesetz eine Verbesserung der Situation mit sich bringt, dass es aber auch noch weiterreichende Möglichkeiten gibt. Das ist immer noch ein großer bürokratischer Aufwand. Man braucht eine Genehmigung und nicht zuletzt eine Überweisung. Wir würden uns dies viel, viel einfacher vorstellen. Deswegen der Vorschlag, dass man es zukünftig im Sinne einer wirklichen Patientenfreiheit regelt. Wenn es hier Bedenken gibt, dann sind wir gerne bereit, darüber getrennt abstimmen zu lassen, denn der Schwerpunkt liegt sicherlich beim Punkt 2 dieses Antrages.

PRÄSIDENT: Dazu braucht es aber auch einen Antrag vom Kollegen Dello Sbarba. Wenn ich es richtig verstanden habe, dann soll über die Prämissen und über den Punkt 1 und dann über den Punkt 2 abgestimmt werden.

Die Frage ist, ob wir drei oder nur zwei Abstimmungen vornehmen sollen. Bis jetzt haben wir immer, wenn eine getrennte Abstimmung beantragt wurde, die Prämissen mit einem Teil des verpflichtenden Teils und dann über den nächsten Teil abgestimmt.

Kollege Knoll, bitte.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Wenn jetzt der erste Teil abgelehnt würde, dann würden die Prämissen automatisch mit abgelehnt und das würde keinen Sinn machen. Deswegen wäre es sinnvoller, über die Prämissen getrennt abstimmen zu lassen.

PRÄSIDENT: Ich brauche einen Antrag vom Kollegen Dello Sbarba.

Kollege Dello Sbarba, bitte.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): A me basta la votazione separata delle premesse e assieme al primo punto e del secondo punto, quindi due votazioni. Io sono dell'avviso che approvare le premesse e bocciare tutta la parte deliberativa non ha senso. La mozione è una parte deliberativa, le premesse sono la spiegazione. Ci sono addirittura dei consigli regionali e dei Länder che non votano neppure le premesse che sono una specie di illustrazione. Quello che conta è la parte deliberativa. Fate comunque come volete.

PRÄSIDENT: Kollege Ex-Landtagspräsident, ich stimme Ihnen absolut zu. Ich sehe es ebenso.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich würde den Vorschlag machen, dass einmal über die Prämissen und den Punkt 2 des verpflichtenden Teils und dann über den Punkt 1 desselben separat abgestimmt wird. So sind die Prämissen automatisch mit enthalten und wir haben dann eine getrennte Abstimmung über Punkt 1.

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Ich schicke voraus, dass ich etwas Schwierigkeiten mit dem Punkt 1 des beschließenden Teils habe, weil hier steht, dass wir die EU-Richtlinie umsetzen sollen. Ich denke, dass wir diejenigen sind – ich habe dies schon am Anfang meiner Stellungnahme gesagt –, die am treuesten diese EU-Richtlinie umsetzen. Insofern tun wir dies mit diesem Gesetzentwurf.

Ich darf vielleicht noch einmal daran erinnern, dass in der EU-Richtlinie drinnen steht, wie das die einzelnen Staaten regeln sollten. Wenn ich es Ihnen vorlese, dann wird allen verständlich, dass wir diese Richtlinie sehr getreu umsetzen, dies durchaus in der liberalsten Form, wie es diese Richtlinie vorsieht. Unter Artikel 9 der EU-Richtlinie steht: *"Die Mitgliedsstaaten legen angemessene Fristen fest, innerhalb derer Anträge auf eine Leistung der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung bearbeitet werden müssen und veröffentlichen sie vorab. Bei der Prüfung eines Antrages auf eine Leistung der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung berücksichtigen die Mitgliedsstaaten den jeweiligen Gesundheitszustand, die Dringlichkeit und die Besonderheit des Einzelfalles. Die Mitgliedsstaaten stellen sicher, dass Einzelentscheidungen bezüglich der Inanspruchnahme einer grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung und der Kostenerstattung für eine in einem anderen Mitgliedsstaat in An-*

spruch genommene Gesundheitsversorgung entsprechend begründet werden und im Einzelfall einer Überprüfung unterliegen und auch vor Gericht angefochten werden können, einschließlich der Möglichkeiten einstweiliger Maßnahmen." Das heißt, dass in beiden Fällen eine ganz klare Formulierung enthalten ist, dass, wenn man dies in Anspruch nimmt, es auch entsprechend begründet sein muss. In diesem Zusammenhang können wir sagen, dass wir diese Richtlinie fast buchstabengetreu umsetzen, und zwar so, wie wir es vorhaben, sie umsetzbar zu machen. Insofern ergibt sich für mich der Punkt 1 im beschließenden Teil.

Was den Punkt 2 anbelangt, würde ich dem Kollegen Knoll einen Vorschlag unterbreiten. Ich habe bereits vorhin darauf hingewiesen, dass es in ziemlich einigen europäischen "Nationalstaaten" ein bisschen Mode geworden ist, die europäischen Richtlinien zurückzufahren. Das gilt für Italien und für Österreich. Insofern wäre es, denke ich, sehr angebracht, wenn wir den Punkt 2 vielleicht auch noch etwas weiter fassen und es nicht nur auf die Bezirkskrankenhäuser, sondern mit Schwerpunkt auf die Bezirkskrankenhäuser beziehen, aber insgesamt doch mehr den gesamten Raum mit einbeziehen, wenn wir gemeinsam für den Dreier-Landtag einen Beschluss vorbereiten, weil wir dann alle mit drinnen haben, die dann auch die Gewähr sind, dass wir so etwas auch umsetzen können. Ich kann nur für die Landesregierung sprechen, aber ich bin sicher, dass dies auch für meine Fraktion gilt. Wir würden einen solchen Beschlussantrag im Dreier-Landtag gerne mit Ihnen auch einbringen, weil er dann effektiv eine größere Chance der konkreten Umsetzung hätte und weil wir auch – das weiß Kollege Knoll auch von der vorhergehenden Tagesordnung – die Zusammenarbeit mit Osttirol und Innichen verstärken wollen. Es hat nicht an uns gelegen, dass es hier zu Schritten nach vorne gekommen ist, sondern eher am Bundesland Tirol. Deswegen wäre es sehr wichtig, wenn wir sie von vornherein mit ins Boot holen und einen Beschlussantrag für den Dreier-Landtag vorbereiten, damit wir in diesem Sinne tätig sein können und damit er auch unser Gesundheitswesen, vor allem die Bezirkskrankenhäuser stärkt.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Zum Fortgang der Arbeiten! Es geht um den Vorschlag, den die Landesrätin gemacht hat. Frau Landesrätin, mir gefällt diese Idee grundsätzlich schon, aber ich erinnere Sie daran, dass wir bei der nächsten Sitzung des Dreier-Landtages keine Beschlussanträge einbringen dürfen, weil das Thema EVTZ auf dem Plan steht – dies ist uns mitgeteilt worden – und beim Dreier-Landtag nur Themen zugelassen werden, die alle drei Landesteile betreffen. Wenn wir die Bezirkskrankenhäuser Innichen und Sterzing in Zusammenarbeit mit dem Bundesland Tirol andenken, dann ist das Trentino nicht davon betroffen. Ich glaube, ganz ehrlich gesagt, dass in den letzten zehn Jahren nicht ein einziger Beschluss des Dreier-Landtages umgesetzt worden ist.

Hier geht es um die Kooperation dieser beiden Bezirkskrankenhäuser mit dem Bundesland Tirol. Nachdem diese Pläne schon auf dem Tisch liegen - damals gab es diese EU-Verordnung nicht, das muss man dazu sagen - , wäre es mir recht, wenn dieser Antrag speziell vom Südtiroler Landtag ausgehen würde, weil sonst vielleicht von Nordtirol wieder die Befürchtung kommt, dass dann die Krankenhäuser von Weltschtirol mit hineinkommen. Ich gebe Ihnen Recht, wenn Sie, was den Punkt 1 anbelangt, Sorge haben. Es gibt den Antrag, dass darüber getrennt abgestimmt wird und dass der Punkt 1, meinerwegen, auch abgelehnt wird, aber beim Punkt 2 würde ich darauf Wert legen, dass die Südtiroler Landesregierung in Zusammenarbeit mit dem Bundesland Tirol ein Konzept zur gemeinsamen Nutzung dieser Bezirkskrankenhäuser ausarbeitet.

PRÄSIDENT: Ich möchte zwei Anmerkungen anbringen. Einmal müsste ein Schreiben unterwegs bzw. schon angekommen sein, in dem ich darauf hinweise, was wir in der letzten Fraktionssprechersitzung ausgemacht haben, nämlich dass der ursprüngliche Antrag des Kollegen van Staa jener ist, nur die Themen des EVTZ und der Makro-Region Alpenvorland zu behandeln, von der SPÖ in Nordtirol nicht goutiert wurde und dieselbe sich vorbehalten hat, weitere Anträge einzubringen. Deshalb habe ich damals darauf hingewiesen und Ihnen die Möglichkeit gegeben, dass, wenn Sie sehen, dass auch andere Anträge eingebracht werden, nicht nur wir die Braven sein und uns an den Vorschlag halten müssen.

Weiters möchte ich daran erinnern, dass die Züge bereits grenzüberschreitend fahren. Das war auch ein Beschluss des Dreier-Landtages.

Wir stimmen über die Prämissen und den Punkt 2 des beschließenden Teils der Tagesordnung Nr. 2 ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 17 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Wir stimmen über den Punkt 1 des beschließenden Teils der Tagesordnung Nr. 2 ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 11 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Tagesordnung Nr. 3 vom 12.6.2014, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend: Gegen die Zweiklassenmedizin – Abschaffung beziehungsweise Einschränkung der privatärztlichen Tätigkeit an öffentlichen Krankenhäusern.

Ordine del giorno n. 3 del 12.6.2014, presentato dal consigliere Pöder, riguardante: Contro una medicina a due classi – abolizione ovvero limitazione dell'attività intramoenia dei medici negli ospedali.

Aufgrund der Bestimmungen des Staatsgesetzes Nr. 120/2007, der Landesgesetze Nr. 10/1995 und Nr. 14/2007 sowie des Beschlusses der Landesregierung Nr. 1069/2008 ist die freiberufliche innerbetriebliche Tätigkeit von sanitären Führungskräften außerhalb der Arbeitszeit in den öffentlichen Krankenhäusern, der so genannte Intramoenia-Dienst, geregelt.

In der Praxis ist es eine privatärztliche Tätigkeit von Primären und Oberärzten unter Inanspruchnahme der öffentlichen Krankenhausstrukturen und auch des Pflegepersonals, das ebenfalls außerhalb der Arbeitszeit tätig sein kann.

Die Patienten bezahlen für diese privatärztlichen Leistungen extra und der öffentliche Sanitätsbetrieb erhält einen bestimmten Anteil davon.

Die Problematik, die dabei entsteht, ist jene, dass in der Praxis Patienten, die es sich finanziell leisten können, sich den Arzt aussuchen können, von dem sie im öffentlichen Krankenhaus behandelt werden. Dabei entsteht – auch ungewollt – die "Kettenreaktion" einer Vorzugsschiene für die betreffenden Patienten:

- sie können sich den leitenden Arzt fast nach Belieben aussuchen;
- sie erhalten wesentlich schneller den Termin einer Visite oder einer Behandlung;
- auch bei anschließenden öffentlichen Leistungen (Behandlungen, Operationen, Nachbehandlungen, Nachvisiten) fährt der betreffende Patient, der es sich leisten kann, häufig auf einer "Vorzugsschiene", weil sich die privatärztliche Visite oder Behandlung mit anschließenden öffentlichen Behandlungen "mischt".

Prinzipiell soll in den öffentlichen Krankenhäusern der öffentliche Dienst angeboten werden und auch funktionieren. In der Praxis gibt es jedoch beim öffentlichen Dienst nicht die Bequemlichkeit, sich den behandelnden Arzt oder den Behandlungszeitpunkt nach Belieben aussuchen zu können oder auf einer Vorzugsschiene zu fahren.

Dies vorausgeschickt,

*beschließt
der Südtiroler Landtag*

folgende Ausrichtung:

1. *Der Landtag ist grundsätzlich für die Abschaffung der privatärztlichen Tätigkeit an den öffentlichen Südtiroler Krankenhäusern.*
2. *Die Landesregierung möge im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten mit geeigneten Maßnahmen die Einschränkung der privatärztlichen Tätigkeit in öffentlichen Krankenhäusern bis hin zu einer gänzlichen Abschaffung derselben vornehmen und den Ausbau des öffentlichen Dienstes anstreben.*

La cosiddetta attività intramoenia ovvero la libera professione di dirigenti sanitari all'interno delle strutture pubbliche, ma fuori dal loro orario di lavoro, è regolamentata dalle disposizioni della legge n. 120/2007, delle leggi provinciali n. 10/1995 e n. 14/2007 nonché della delibera della Giunta provinciale n. 1069/2008.

In pratica si tratta di un'attività privata di primari e aiuti primario avvalendosi delle strutture ospedaliere pubbliche nonché del personale infermieristico che anch'esso può lavorare fuori dal suo orario di lavoro.

I pazienti pagano extra per queste prestazioni libero professionali e all'azienda sanitaria va una parte di queste somme.

Nasce il problema che in pratica vi sono pazienti che così possono permettersi di scegliere il medico dal quale vengono curati in un ospedale pubblico. Ne consegue – anche involontariamente – una "reazione a catena" di una corsia preferenziale per i pazienti in questione:

- possono scegliersi il medico curante quasi a piacimento

- ottengono molto prima l'appuntamento per la visita o la terapia
 - il paziente che se lo può permettere ha un trattamento preferenziale anche per quanto riguarda le prestazioni pubbliche conseguenti (come cure, operazioni, visite e cure post-intervento) perché la visita o la cura privatistica "si mescola" con le prestazioni della sanità pubblica
 Per principio negli ospedali pubblici si dovrebbero offrire le prestazioni del servizio sanitario pubblico e il servizio dovrebbe funzionare. In pratica però nel servizio pubblico non si ha la comodità di scegliere il medico curante o il giorno dell'appuntamento o non si ha la precedenza.
 Ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

decide il seguente orientamento:

1. Il Consiglio provinciale si dichiara sostanzialmente favorevole all'abolizione dell'attività intramoenia negli ospedali pubblici dell'Alto Adige.
2. La Giunta provinciale si attivi, nei limiti delle possibilità previste per legge, ai fini di una limitazione dell'attività intramoenia fino ad arrivare ad una sua completa abolizione - nel contempo viene ampliato il servizio pubblico.

Der Abgeordnete Pöder hat das Wort, bitte.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): In diesem Antrag geht es um die Frage der Zwei-Klassen-Medizin und um die Frage der privatärztlichen Tätigkeit in den öffentlichen Krankenhäusern, aber ich erkenne an, dass diese Thematik mit dem Gesetzentwurf zur Patientenmobilität streng genommen nichts zu tun hat. Ich werde diesen Antrag wortgleich als Beschlussantrag wieder einbringen. Ich ziehe ihn für diese Diskussion zurück, weil er damit wirklich nichts zu tun hat oder im weitesten Sinne nur mit der Sanität zu tun hat. Ich werde ihn dann in Form eines Beschlussantrages einbringen.

Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del vicepresidente: dott. Roberto Bizzo

PRESIDENTE: L'ordine del giorno n. 3 è ritirato. Metto in votazione il passaggio alla votazione articolata. Apro la votazione: approvato con 29 voti favorevoli e 4 astensioni.

Ha chiesto la parola il consigliere Urzi sull'ordine dei lavori, prego.

URZI (L'Alto Adige nel cuore): Prima di iniziare il dibattito sull'articolato, dato che ho presentato un emendamento sostitutivo, chiedo una breve sospensione per un chiarimento.

PRESIDENTE: Accolgo la richiesta e sospendo brevemente la seduta.

ORE 16.03 UHR

ORE 16.08 UHR

PRESIDENTE: Riprendiamo la seduta.

Art. 1

Modifica della legge provinciale

5 marzo 2001, n. 7, recante "Riordinamento
 del servizio sanitario provinciale"

1. Dopo l'articolo 34 della legge provinciale 5 marzo 2001, n. 7, e successive modifiche, è inserito il seguente articolo:

"Art. 34-bis (Assistenza sanitaria transfrontaliera) - 1. L'autorizzazione preventiva all'assistenza sanitaria transfrontaliera ai sensi degli articoli 9 e 10 della direttiva 2011/24/UE del Parlamento europeo e del Consiglio del 9 marzo 2011 concernente l'applicazione dei diritti dei pazienti relativi all'assistenza sanitaria transfrontaliera, può essere concessa indipendentemente dal fatto che l'assistenza sanitaria in questione possa essere prestata nel territorio nazionale entro un termine giustificabile dal punto di vista clinico.

2. Avverso il diniego di autorizzazione preventiva di cui al comma 1, nonché avverso il diniego della richiesta di rimborso dei costi dell'assistenza sanitaria transfrontaliera ai sensi della direttiva 2011/24/UE è ammesso ricorso alla commissione di cui all'articolo 33, comma 3.

3. I costi relativi all'assistenza sanitaria transfrontaliera sono rimborsati in misura corrispondente alle tariffe provinciali vigenti, indipendentemente dalla compartecipazione alla spesa secondo la normativa vigente.“

2. Dopo il comma 1 dell'articolo 85 della legge provinciale 5 marzo 2001, n. 7, e successive modifiche, sono aggiunti i seguenti commi:

“2. Alla copertura degli oneri derivanti dalla presente legge, si provvede con lo stanziamento di spesa già disposto in bilancio sull'unità previsionale di base 10100 a carico dell'esercizio finanziario 2014.

3. La spesa a carico dei successivi esercizi finanziari è stabilita con la legge finanziaria annuale.”

Art. 1

Änderung des Landesgesetzes
vom 5. März 2001, Nr. 7, “Neuregelung
des Landesgesundheitsdienstes”

1. Nach Artikel 34 des Landesgesetzes vom 5. März 2001, Nr. 7, in geltender Fassung, wird folgender Artikel eingefügt:

„Art. 34-bis (Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung) - 1. Die vorherige Genehmigung für grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung im Sinne der Artikel 9 und 10 der Richtlinie 2011/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2011 über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung kann auch dann erteilt werden, wenn die betreffende Gesundheitsdienstleistung im Staatsgebiet innerhalb eines aus medizinischer Sicht vertretbaren Zeitraums erbracht werden kann.

2. Gegen die Ablehnung der vorherigen Genehmigung laut Absatz 1 sowie gegen den negativen Bescheid hinsichtlich der Rückerstattung der Kosten für grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung gemäß Richtlinie 2011/24/EU kann Beschwerde bei der Kommission laut Artikel 33 Absatz 3 eingereicht werden.

3. Die Kosten für die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung werden in dem von den entsprechenden Landestariften vorgesehenen Ausmaß ohne Kostenbeteiligung nach den einschlägigen Rechtsvorschriften erstattet.“

2. Nach Artikel 85 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 5. März 2001, Nr. 7, in geltender Fassung, werden folgende Absätze hinzugefügt:

„2. Die Deckung der Ausgaben, die sich aus diesem Gesetz ergeben, erfolgt durch die Ausgabenbereitstellung des Landeshaushaltes, welche schon zu Lasten des Haushaltsjahres 2014 auf der Haushaltseinheit 10100 bestimmt wurde,

3. Die Ausgabe zu Lasten der folgenden Haushaltsjahre wird mit jährlichem Finanzgesetz festgelegt.“

Emendamento n. 1, presentato dal consigliere Urzì: Comma 1: All'articolo 34-bis della legge provinciale 5 marzo 2001, n. 7, e successive modifiche, dopo il comma 1 è aggiunto il seguente comma:

"1-bis. Nel caso di patologie rare e/o gravi non vige nessuna limitazione riguardante la natura della patologia del paziente. In questi casi, ai fini dell'assistenza sanitaria transfrontaliera, nell'ambito degli Stati membri dell'U.E., non è necessaria l'impegnativa del medico di base ma è necessario presentare la seguente documentazione:

- a) la domanda;
- b) la relazione sulla patologia e sulla sua rarità e/o gravità, di un medico dipendente del servizio sanitario provinciale;
- c) un preventivo finanziario rilasciato dal centro sanitario estero presso il quale avverrà l'assistenza specialistica transfrontaliera.

Per patologie rare si intendono quelle il cui dato statistico non ha motivato l'industria farmaceutica ad effettuare una normale e diffusa ricerca per definire protocolli terapeutici efficaci e che, pertanto, possono essere curate solo in pochi centri specializzati esistenti nell'U.E., oppure protocolli chirurgici innovativi che determinano una più breve ospedalizzazione del paziente con conseguente riduzione dei costi."

Artikel 1 Absatz 1

Im Artikel 34-bis des Landesgesetzes vom 5. März 2001, Nr. 7, in geltender Fassung, wird nach dem Absatz 1 der folgende Absatz eingefügt:

"1-bis. Bei seltenen bzw. schweren Krankheiten gelten für die Art der Krankheit des Patienten keine Einschränkungen. In solchen Fällen bedarf es für die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung in EU-Mitgliedsstaaten keiner Überweisung des Hausarztes, sondern folgender Unterlagen:

- a) des Antrags;
- b) des Berichts über die Krankheit und ihre Seltenheit bzw. Schwere eines Arztes des Landesgesundheitsdienstes;
- c) eines Kostenvoranschlags der ausländischen Gesundheitseinrichtung, in der die grenzüberschreitende fachärztliche Versorgung erfolgt.

Seltene Krankheiten sind solche, deren statistische Wahrscheinlichkeit die Pharmaindustrie davon abgehalten hat, im Rahmen der üblichen und gängigen Forschung entweder wirksame Behandlungsprotokolle zu erstellen, weshalb sie nur in wenigen medizinischen Facheinrichtungen in der EU behandelt werden können, bzw. innovative chirurgische Protokolle zu erstellen, um die Krankenhausaufenthalte der Patienten mit einer dementsprechenden Kostenersparnis zu verkürzen."

Subemendamento n. 1.1 all'emendamento n.1, presentato dal consigliere Urzi: Comma 1: L'emendamento è così sostituito:

"La Provincia autonoma di Bolzano promuove lo sviluppo di capacità di diagnosi e di cura sulle malattie rare al fine di:

- 1) rendere i professionisti sanitari consapevoli degli strumenti a loro disposizione a livello di Unione europea per aiutarli a compiere una corretta diagnosi delle malattie rare;
- 2) rendere i pazienti, i professionisti sanitari e gli organismi responsabili del finanziamento dell'assistenza sanitaria consapevoli delle possibilità offerte dal regolamento (CE) n° 883/2004 per il trasferimento di pazienti con malattie rare in ogni Stato membro dell'Unione europea, anche per diagnosi e cure, incluse nei livelli essenziali di assistenza."

Der Änderungsantrag erhält folgende Fassung:

"Das Land Südtirol fördert den Ausbau der Kapazitäten zur Diagnose und Behandlung seltener Krankheiten mit dem Ziel:

- 1) dem Gesundheitspersonal die ihm in der Europäischen Union zur Verfügung stehenden Instrumente zur korrekten Diagnose seltener Krankheiten aufzuzeigen;
- 2) den Patienten, dem Gesundheitspersonal und den Kostenträgern der Gesundheitsversorgung die Möglichkeiten der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 aufzuzeigen, die die Verlegung von Patienten mit seltenen Krankheiten in jeden EU-Mitgliedsstaat gestattet und auch die Diagnose und die Behandlung zu den wesentlichen Betreuungsstandards zählt."

Emendamento n. 2, presentato dal consigliere Urzi: Comma 1: All'articolo 34-bis della legge provinciale 5 marzo 2001, n. 7, e successive modifiche, dopo il comma 2 aggiunto il seguente comma:

"2-bis. Nei casi di cui al comma 1-bis l'autorizzazione o il diniego dovranno essere rilasciati entro tre giorni dalla data di presentazione della domanda e della relativa documentazione. Avverso il diniego dell'autorizzazione è ammesso il ricorso entro il termine di tre giorni dalla data del diniego, a pena di decadenza, alla commissione di cui all'art. 33, comma 3, della presente legge, la quale commissione dovrà decidere entro tre giorni dalla data del ricorso. Il superamento del termine di tre giorni, di cui ai commi precedenti, sia per il rilascio dell'autorizzazione che per la decisione sul ricorso, equivale a provvedimento di accoglimento della domanda, senza necessità di ulteriori istanze o diffide."

Absatz 1: Im Artikel 34-bis des Landesgesetzes vom 5. März 2001, Nr. 7, in geltender Fassung, wird nach dem Absatz 2 der folgende Absatz eingefügt:

"2-bis. In den Fällen gemäß Absatz 1-bis ist der Antrag binnen drei Tagen ab Vorlage des Antrags und der dazugehörigen Dokumentation zu genehmigen oder abzulehnen. Gegen die Ablehnung kann gemäß Artikel 33 Absatz 3 binnen drei Tagen ab Ablehnung bei sonstigem Verfall des Anspruchs bei der Kommission Beschwerde eingelegt werden, die binnen drei Tagen ab Vorlage der Beschwerde entscheidet. Wird die genannte Frist von drei Tagen sowohl für die Ausstellung der Genehmigung als auch für die Entscheidung über die Beschwerde nicht eingehalten, gilt der Antrag ohne weitere Anträge oder Aufforderungen als genehmigt."

Emendamento n. 3, presentato dal consigliere Urzi: Comma 1: All'articolo 34-bis della legge provinciale 5 marzo 2001, n. 7, e successive modifiche, dopo il comma 2-bis è aggiunto il seguente comma:

"2-ter. La stessa procedura di cui al comma 2-bis è ammessa qualora, sempre in casi di patologie rare e/o gravi, si tratti di rivolgersi a un centro specializzato di uno Stato membro dell'U.E., al fine di pervenire a una diagnosi sufficientemente attendibile che non sia stato possibile definire nelle strutture sanitarie provinciali."

Absatz 1: Im Artikel 34-bis des Landesgesetzes vom 5. März 2001, Nr. 7, in geltender Fassung, wird nach dem Absatz 2-bis der folgende Absatz eingefügt:

"2-ter. Dasselbe Verfahren gemäß Absatz 2-bis ist dann zulässig, wenn sich Patienten im Falle seltener bzw. schwerer Krankheiten für eine ausreichend zuverlässige Diagnose, die in den Landesgesundheitsseinrichtungen nicht möglich war, an eine medizinische Facheinrichtung in einem EU-Mitgliedsstaat wenden."

Emendamento n. 4, presentato dal consigliere Urzi: "Comma 1: All'articolo 34-bis della legge provinciale 5 marzo 2001, n. 7, e successive modifiche, dopo il comma 3 e aggiunto il seguente comma:

"4. L'autorizzazione rilasciata ai sensi del comma 1-bis prevede la copertura del sistema sanitario provinciale in modo diretto. L'assistenza diretta dovrà esser specificata nell'autorizzazione rilasciata ed in tal caso la Provincia autonoma di Bolzano si farà contemporaneamente garante verso il centro sanitario estero secondo le procedure con esso concordate."

Absatz 1: Im Artikel 34-bis des Landesgesetzes vom 5. März 2001, Nr. 7, in geltender Fassung, wird nach dem Absatz 3 der folgende Absatz hinzugefügt:

"4. Die Genehmigung gemäß Absatz 1-bis umfasst die direkte Übernahme der Kosten durch das Landesgesundheitsystem. Die direkte Versorgung ist in der Genehmigung zu erwähnen, damit das Land Südtirol gleichzeitig der ausländischen Gesundheitseinrichtung gegenüber als Garant nach einer mit dieser vereinbarten Vorgehensweise auftreten kann."

Emendamento n. 5, presentato dall'assessora Stocker: Il comma 2 è così sostituito:

"2. Alla copertura degli oneri derivanti dal comma 1, stimati in 20.000 euro annui, si provvede mediante la riduzione dell'autorizzazione di spesa all'unità previsionale di base 10100 di cui alla legge provinciale 7 aprile 2014, n. 1, di 20.000 euro. La spesa a carico dei successivi esercizi finanziari è stabilita con la legge finanziaria annuale."

Absatz 2 erhält folgende Fassung:

"2. Die Deckung der Ausgaben, die sich aus dem Absatz 1 ergeben, in Höhe von geschätzten jährlichen 20.000 Euro, erfolgt durch die Kürzung der Ausgabenermächtigung auf der Haushaltsgrundeinheit 10100 gemäß Landesgesetz vom 7. April 2014, Nr. 1, um einen Betrag in Höhe von 20.000 Euro. Die Ausgabe zu Lasten der folgenden Haushaltsjahre wird mit jährlichem Finanzgesetz festgelegt."

La parola al consigliere Urzi, prego.

URZI (L'Alto Adige nel cuore): Ritiro gli emendamenti n. 2, 3 e 4, e brevemente do motivazione del subemendamento n. 1.1. Qui si vuole cercare di fare il punto della situazione per quanto attiene la questione del trattamento delle malattie rare e gravi nel senso che i due concetti sono correlati. Sulle malattie rare c'è già stato un dibattito, l'assessore è già intervenuto e ha detto quello che è il quadro di riferimento attuale, che possiamo confermare. La nostra iniziativa tende a voler accendere un riflettore su un ambito particolarmente sensibile creando le condizioni che possano essere create e confermate a livello provinciale, sulla base della constatazione di una patologia di una certa rilevanza, tutte le migliori condizioni di assistenza verso coloro che ne siano direttamente coinvolti. La disciplina europea è stata applicata dalla norma nazionale che ha previsto un apposito articolo che fa esplicito riferimento alle malattie rare e rimanda sostanzialmente alle possibilità offerte dal Regolamento CE n. 883/2004 che riguarda la possibilità di trasferimento di pazienti con malattie rare in altri Stati membri dell'Unione Europea anche per diagnosi e cure incluse nei livelli essenziali di assistenza e cura che non siano terapie o opportunità di diagnosi che non siano disponibili in Italia.

L'emendamento presentato sgombra il campo da tecnicismi e vorrebbe affermare il principio per cui anche la Provincia autonoma di Bolzano può avere responsabilità, perché l'art. 14 che ho indicato riguarda la competenza dello Stato. Leggo il testo della norma nazionale: "*L'Italia coopera con gli altri Stati membri dell'Unione Europea e con la commissione europea allo sviluppo di capacità di diagnosi, di cura, in particolare al fine di rendere i propri servizi sanitari consapevoli degli strumenti a loro disposizione a livello di Unione Europea per aiutarli a compiere una corretta diagnosi delle malattie rare, in particolare le basi dati Orphanet e le reti di riferimento europeo. E ancora "rendere i pazienti professionisti sanitari di organismi responsabili del finanziamento dell'assistenza sanitaria consapevoli delle possibilità offerte dal regolamento"* che ho citato in precedenza, il n. 883. Si ritiene che possa essere un passaggio di chiarezza e soprattutto di assunzione di responsabilità da parte della Provincia prevedere il recepimento di questo tipo di indicazione che rimanda poi al regolamento CE n. 883/2004.

Crediamo che questa sia la sede giusta per poterlo fare. Questo fascio di luce deve essere acceso su questa particolare tematica e deve essere riaffermato anche in sede legislativa, come nelle competenze proprie della Provincia autonoma di Bolzano questo tipo non solo di competenza, perché non possiamo parlare di competenza stretta, ma questo tipo di assunzione di responsabilità riguardo un tema particolarmente sensibile.

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann

PRÄSIDENT: Frau Stocker, bitte.

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Ich habe bereits vorhin dem Kollegen Urzì gesagt, dass wir den Änderungsantrag nicht annehmen können, weil die Zuständigkeit, die er hier zitiert hat, eine Zuständigkeit des Staates ist und wir uns nicht an dessen Stelle setzen können. Dies ist auf jeden Fall garantiert, weil es der Staat so vorsieht. Insofern ist dies auch überflüssig.

PRÄSIDENT: Wir stimmen über den Änderungsantrag Nr. 1.1 ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 7 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Abgeordnete Urzì zieht den Änderungsantrag Nr. 1 zurück.

Wir kommen zum Änderungsantrag Nr. 5.

Frau Stocker, bitte.

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Der Änderungsantrag beinhaltet auch eine Kostenschätzung. Diese musste zur Vollständigkeit des Gesetzentwurfes eingebracht werden. Deshalb dieser Änderungsantrag.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Abbiamo visto anche dalla relazione accompagnatoria che l'emendamento è stato proposto dall'Ufficio bilancio e programmazione. Sostanzialmente mancava una quantificazione di spesa stimata e questo si intenderebbe per il bilancio in essere, il 2014, mentre per il 2015 sarebbe la legge finanziaria annuale a ridefinire l'ammontare, mi pare che questo sia lo schema. Allora forse c'è una valutazione da fare sui 20.000 euro. Verrebbe da dire che è molto poco. Poi è evidente che l'uscita non sarà immediata, nel senso che ci sarà tutta una procedura da avviarsi sino al momento della liquidazione. Penso che questa cifra avrà la necessità di essere adeguata in aumento rispetto a quello che è previsto. È una sensazione, anche perché non supportata da un dato assoluto, ma il rischio può essere che di fronte ad una dotazione finanziaria ridotta ed in previsione di una norma che rimanda la finanziaria annuale rischiamo di non poter erogare i contributi che dovessero essere richiesti. Quindi tutta questa norma di fatto per la prima applicazione rimarrebbe inapplicabile. Questo sarebbe un po' paradossale. Per evitare questo tipo di problema chiedo se non sia possibile, ancora nei margini regolamentari – forse era opportuna la presentazione di un regolamento - prevedere una modifica in legge con un adeguamento al rialzo di questa cifra accantonata.

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Kollege Urzì! Hier handelt es sich um die Kosten, die vorgesehen worden sind. Diese sind jetzt auch quantifizierbar gewesen, und zwar vom Inkrafttreten der gesamtstaatlichen Umsetzung bis zum April dieses Jahres. Das, was danach kommt, wird alles über die Kosten, die bereits vorgesehen sind und die über den Betrieb ablaufen und abgerechnet werden, bezahlt.

PRÄSIDENT: Wir stimmen über den Änderungsantrag Nr. 5 ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 24 Ja-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen genehmigt.

Wer wünscht das Wort zum Artikel 1? Abgeordneter Urzì, bitte.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Prima, scherzando con alcuni colleghi che non a caso mi hanno supportato nell'emendamento che ho presentato, quello che rivendicava una certa autonomia per la Provincia di Bolzano, si è creata un'asse un po' trasversale fra noi di Alto Adige nel cuore e i colleghi di Süd-Tiroler Freiheit ed altri colleghi che hanno sostenuto un concetto, ossia che la Provincia autonoma di Bolzano avesse titolo per dare una chiara indicazione su quella che intende come una priorità in materia di approccio con il tema malattie rare. Invece scherzavo dicendo che quando sosteniamo fortemente l'idea che la Provincia debba rivendicare la sua compe-

tenza non vi va bene, quando non lo rivendichiamo non vi va bene perché non lo rivendichiamo. Allora intendiamoci su quale sia la mezza misura che può andare bene.

Io sono fermamente convinto del fatto, la legislazione provinciale ne è piena di esempi di questo tipo... A questo punto farò notare volta per volta che si recepiscono norme già in vigore a livello nazionale, in maniera pedissequa, perfettamente uguale nel senso che è una riproduzione esatta dei testi che sono inseriti nella norma nazionale per riprodurla e per renderla norma provinciale. Ritengo che sul tema delle malattie rare questo processo, di cui si è anche abusato nel passato, avesse la possibilità di essere raccolto anche per quanto riguardava questo particolare e delicato tema: non togliere e soprattutto non limitare le competenze di soggetti terzi, non aggiungere a se stessi competenze che non si hanno, ma rivendicare per la Provincia autonoma di Bolzano il diritto di essere attenta sulle tematiche che riguardano le malattie rare. Oggi invece dobbiamo prendere atto del fatto che tutto il tema rientra non solo nella esclusiva competenza ma anche nell'affermazione di principi che si è riservato da solo lo Stato. Ne prendo atto. Nella sostanza non cambia nulla, nel senso che le norme valgono a pieno titolo, quindi i pazienti non hanno di che temere, ma ritenevo che in questo passaggio così delicato la Provincia autonoma di Bolzano avesse il diritto più che la responsabilità di dare una propria indicazione su quelli che fossero gli obiettivi strategici che voleva preordinare in tema di lotta alle malattie particolarmente complesse, difficili e di sostegno non solo ai pazienti ma anche ai professionisti sanitari e gli organismi responsabili del finanziamento dell'assistenza sanitaria alla lotta contro le malattie rare. Abbiamo perso un'occasione, ne sono convinto!

PRÄSIDENT: Wir stimmen über den Artikel 1 ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 29 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen genehmigt.

Art. 2

Norma transitoria

1. Le domande di rimborso riguardanti costi per prestazioni rientranti nell'assistenza sanitaria transfrontaliera ai sensi della direttiva 2011/24/UE di cui all'articolo 34-bis, fruite dopo il 25 ottobre 2013 e fino all'entrata in vigore della presente legge, possono essere accolte a prescindere dalla richiesta di autorizzazione preventiva.

Art. 2

Übergangsbestimmung

1. Ansuchen um Erstattung der Kosten für Leistungen im Rahmen der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung im Sinne der Richtlinie 2011/24/EU laut Artikel 34-bis, welche nach dem 25. Oktober 2013 und vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in Anspruch genommen worden sind, können unabhängig von der Beantragung der vorherigen Genehmigung angenommen werden.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir über den Artikel 2 ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 30 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Art. 3

Entrata in vigore

1. La presente legge entra in vigore il giorno successivo alla sua pubblicazione sul Bollettino Ufficiale della Regione.

Art. 3

Inkrafttreten

1. Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Region in Kraft.

Wer wünscht das Wort? Abgeordneter Dello Sbarba, bitte.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Volevo chiedere alla collega Stocker di spiegarci questo punto, perché il problema è trattare tutti i cittadini in modo eguale. Qui c'è una finestra di tempo, dal 25 ottobre 2013 ad oggi... Scusate, sto parlando dell'articolo 2, dove c'è questa eccezione e vorrei sapere il perché.

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Auf die Frage des Kollegen Dello Sbarba bezüglich Artikel 2 Folgendes. Hier geht es darum, dass die staatliche Norm im Oktober in Kraft gesetzt worden ist und wir für jene Menschen, die inzwischen schon die grenzüberschreitende Patientenmobilität in Anspruch genommen haben, die Möglichkeit schaffen, dass auch sie eine Rückvergütung bekommen.

PRÄSIDENT: Wir stimmen über den Artikel 3 ab. Ich eröffne die Abstimmung: einstimmig genehmigt.
Wir kommen zu den Stimmabgabeerklärungen.
Das Wort hat der Abgeordnete Knoll, bitte.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich werde es kurz machen. Wir werden diesem Landesgesetzentwurf zustimmen, weil er, wie bereits ausgeführt, eine Verbesserung der durch den italienischen Staat ausgelegten EU-Verordnung ist.

Wir sind froh, dass die Mehrheit des Landtages unseren Tagesordnungsantrag angenommen hat, weil wir glauben, dass damit die Möglichkeit geschaffen wird, die Bezirkskrankenhäuser von Sterzing und Innichen langfristig aufzuwerten und zu sichern. Wir wissen, dass dies sicherlich nicht ein leichter Weg, sondern ein langwieriger Weg sein wird, aber die Aufforderung an die Landesregierung ist ganz klar. Dies muss nicht sofort entstehen. Es ist ein Konzept, das gemeinsam mit dem Bundesland Tirol ausgearbeitet werden soll. Es gibt bereits Pläne, die damals gescheitert sind, das heißt aber nicht, dass sie zukünftig nicht umsetzbar sind. Diesbezüglich braucht es viel Überzeugungsarbeit. Wir werden sicherlich auch noch versuchen müssen, diese Kontakte auf institutioneller Ebene gerade mit dem Bundesland Tirol zu verstärken. Ich werde das nächste Mal dem Fraktionssprecherkollegium einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten, aber nichtsdestoweniger geht dieser Gesetzentwurf in die richtige Richtung, wie wohl hier noch sehr viel zu tun ist. Es ist ein erster Schritt, der auf dem Wege einer völligen Patientenfreiheit ist.

Unser erster Tagesordnungsantrag, der abgelehnt wurde, wäre dahingehend gewesen, dass man die EU-Verordnung im Sinne einer Wahlfreiheit der Patienten auslegt, das heißt, dass man sie nicht nur so umsetzt, wie sie vielleicht mit Buchstaben und Beistrich vorgegeben wird, sondern dass sie für die Südtiroler Patienten so umgesetzt wird, dass sie langfristig frei wählen können, wo sie eine medizinische Behandlung in Anspruch nehmen können. Wenn man schon ein Europa ohne Grenzen haben will, dann muss man dies auch als Land wie Südtirol selbst vorlegen.

PRÄSIDENT: Wer wünscht noch das Wort? Niemand. Ich eröffne die Abstimmung zur Schlussabstimmung über den Landesgesetzentwurf Nr. 10/14: mit 30 Ja-Stimmen genehmigt.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagsitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Danke die Sitzung ist geschlossen.

Ore 16.26 Uhr

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:

BLAAS (12, 26)

DELLO SBARBA (3, 7, 10, 14, 18, 20, 32, 40, 45, 46, 54)

FOPPA (12, 19, 25)

HEISS (5, 25)

HOCHGRUBER KUENZER (23, 27)

KLOTZ (5, 26)

KNOLL (11, 19, 25, 35, 40, 43, 46, 47, 55)

KÖLLENSPERGER (12, 34, 39)

KOMPATSCHER (20, 26)

LEITNER (24, 35)

PÖDER (41, 49)

SCHIEFER (32)

STEGER (24, 26, 36)

STOCKER M. (37, 41, 46, 53, 55)

THEINER (6)

TOMMASINI (13)

URZÌ (32, 49, 52, 53)